

Fachgebiet: Geschichte der Medizin
Ruhr-Universität Bochum
(Leiter: Prof. Dr. med. habil. E. Püschel)

Die Militär-Invalidenhäuser zu Celle und Hameln
im früheren Königreich Hannover bzw. Herzog-
und nachfolgenden Kurfürstentum Braunschweig-
Lüneburg und ihre sozialmedizinische Bedeutung

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Medizin
einer Hohen Medizinischen Fakultät der Ruhr-
Universität zu Bochum

vorgelegt von
Hans-Jurek von Mallek
aus Braunschweig

~~1982~~

1983



Die Militär-Invalidenhäuser zu Celle und Hameln
im früheren Königreich Hannover, bzw. Herzog- und
nachfolgenden Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg
und ihre sozialmedizinische Bedeutung

Hans-Jurek von Mallek

Dekan: Prof. Dr. K. Morgenroth

Referent: Prof. Dr. E. Püschel

Korreferent: Prof. Dr. H. Viefhues

Tag der mündlichen Prüfung: 13.7. 1983

1. Die Geschichte der Invalidenhäuser zu Celle und Hameln unter medizinhisto- rischen Aspekten	2
1.1. Militärsanitätswesen und mili- tärärztliche Versorgung in Deutschland	2
1.2. Analogien und Unterschiede in der Geschichte der Invaliden- häuser zu Celle und Hameln	6
2. Das Hospital St. Wilhelm	9
2.1. Die Stiftungsurkunde und die darin enthaltene Invaliden- fürsorge	9a
2.2. Der Bau des Invalidenhauses und sein späterer Besitzstand	14
2.3. Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung	17
2.4. Die Hausregeln	22
2.5. Auswärtige Unterbringung von Invaliden	28
2.6. Zahlenmäßige Belegung des Hospitals St. Wilhelm	38
2.7. Pensionsvorschriften	40
2.8. Finanzierung und Unterhaltung	46
2.9. Ausgaben und finanzielle Schwierigkeiten des Hauses	48
2.10. Auflösung des Hospitals St. Wilhelm	50
3. Die Invaliden-Verpflegungsanstalt in Hameln	59
3.1. Gründung	59

3.2. Organisation, Aufnahmebedingungen und Versorgung	61a
3.3. Militärhospital und Lazarett im Invalidenhaus	63a
3.4. Umwandlung des Invalidenhauses zum Krankenhaus	68
4. Zusammenfassung der Untersuchungser- gebnisse zur Geschichte der Militär- Invalidenhäuser in Celle und Hameln	76
5. Akten in Abschrift	78
6. Literaturverzeichnis	120
7. Danksagung	122
8. Lebenslauf	123

1. Die Geschichte der Invalidenhäuser zu Celle und Hameln unter medizinhistorischen Gesichtspunkten

Die Geschichte der Invalidenhäuser zu Celle und Hameln ist besonders vor dem Hintergrund der Entwicklung des Militärsanitätswesens und der militärärztlichen Versorgung in Deutschland zu sehen. Sie hängt andererseits zugleich mit der Hospital- bzw. Krankenhausgeschichte zusammen und ist darüber hinaus als spezielle Vorform der in Altersheimen organisierten Altenpflege zu betrachten. Denn die beiden Einrichtungen in Celle und Hameln spiegeln seit ihrer Gründung gerade durch die wechselnde Nutzung und ihren Fortbestand bis in die Gegenwart hinein die Entwicklung des Gesundheitswesens seit dem 17. Jh. und die Entflechtung einzelner medizinischer Disziplinen und Anwendungsgebiete wider. Invalidität als soziales Problem hat vor allem nach den Erfahrungen der Weltkriege und durch den Einsatz der modernen Waffensysteme Aktualität behalten. Die Eingliederung der Invaliden in die Gesellschaft und ihre Altersversorgung stellen auch heute noch besondere Probleme dar, wenn auch längst andere Lösungen gefunden worden sind.

1.1. Militärsanitätswesen und militärärztliche Versorgung in Deutschland¹

Die Fürsorge für Kranke, Alte, Invalide und Arme oblag im Mittelalter primär der Familie.

¹ Vgl. dazu allgemein: H. Deichert: Geschichte des Medizinalwesens im Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover. Hann. und Leipzig 1908 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens Bd. 26).

Innerhalb der soziologischen Struktur der medizinischen Versorgung setzt erst mit dem Beginn der Neuzeit ein Wandel ein, indem sie aus der privaten Sphäre in die öffentliche Verantwortung überging. Von einzelnen vorläufigen Versuchen abgesehen, entwickelten sich in Deutschland erst bei den Landsknechtsheeren unter Maximilian I. (1493-1519) und seinem Nachfolger Karl V. (1519-1556) Vorstellungen über ein einigermaßen funktionsfähiges Sanitäts- und Feldlazarettwesen. Nach der Einführung der stehenden Heere im 17. Jh. gewannen diese Bestrebungen festere Konturen. Durch erste Einrichtungen dieser Art wurden mehr Heeresangehörige medizinisch erreicht als vorher.¹

In Friedenszeiten wie für den Kriegsfall wurden nach und nach Vorsorgemaßnahmen in der Gesundheitspflege der Truppen getroffen, wobei die Landesfürsten ihre Verantwortung für die Soldaten Gestalt annehmen ließen. Dies wird beispielsweise von dem namhaften Feldscher Wilhelm Fabry aus Hilden eigens im Vorwort seiner Schrift "Cista militaris" (1613) hervorgehoben.² Fabrys bemerkenswerte Initiative, die systematische und geregelte Versorgung in Form einer "Sanitätskiste" zu gewährleisten, ist übrigens ein Hinweis auf die fortschreitende Entwicklung der Gesundheitspflege im Heerwesen.

Die Probleme, die sich dennoch aus den Kriegsfolgen und den mangelhaften Verhältnissen in den Heeren ergaben, wurden häufig genug in der zeitgenössischen deutschen Literatur bezeugt.

¹ Eduard Hinze: Feldscher und Feldmedici in deutschen wie fremden Heeren und Flotten Bd. I u. II, Selbstverlag, Hannover 1979.

² Müller und E. Püschel: Die "Sanitätskiste", Cista militaris oder "Feldkast" des Wilhelm Fabry aus Hilden (1560-1634). In: Deutsche Apotheker-Zeitung 113. Jg. Nr. 4, 5 und 9, S. 147-149, 171-176, 339-342.

Nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges drückte beispielsweise Friedrich von Logau in einem Text mit dem Titel "Abgedankte Soldaten" aus seinen "Deutschen Sinngedichten" von 1654 die dem Krieg folgende Not, darunter auch die Invalidität, folgendermaßen aus:

Würmer im Gewissen	Nimmer Brot im Sacke
Kleider wol zerrissen	Nimmer Geld im Packe
Wolbenarbte Leiber	Haben mit genommen
Wolgebrauchte Weiber	Die vom Kriege kumen:
Ungewisse Kinder	Wer dann hat die Beute?
Weder Pferd noch Rinder	Eitel fremde Leute. ¹

War ein Feldzug beendet, blieben schwerverletzte Söldner, die nur zeitlich begrenzt unter Vertrag standen, sich selbst überlassen und lebten vom Betteln.² Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich bisweilen plündernde Banden und raubende Horden bildeten und die Versäumnisse der Landesherren auf Ihre Weise ausglich.

Die seit Mitte des 17. Jh. immer größer werdende Anzahl dauerhaft verletzter, auf Lebenszeit³ verpflichteter Soldaten verlangte nach einer Lösung der Invalidenfrage.

¹ Albrecht Schöne (Hrsg.): Das Zeitalter des Barock. Texte und Zeugnisse. München 1963, S. 895.

² Militärgeschichtliches Forschungsamt
Gerhard Papke: Handbuch zur Deutsche Militärgeschichte 1648-1939. Band 1 Militärgeschichte des Absolutismus 1648-1789, München 1979 S. 118. -
Die Versorgung der Invaliden war u.a. für Frankreich ein großes Problem, das mit dem Hôtel des Invalides (vgl. unten S. 5) gelöst werden sollte. Der umständliche Titel einer Denkschrift aus dem Jahre 1643 von Jean Douet, Sire de Romp-Croissant spricht viele der sozialen Fragen an: "Ein müheloser und billiger Weg, den im Dienste des Königs verkrüppelten Soldaten, die man täglich in Paris und ganz Frankreich sieht, einen Lebensunterhalt zu verschaffen, ohne sie einzuschließen und zur Arbeit zu zwingen, ohne sie der Bettelei preiszugeben und ohne die Finanzen Seiner Majestät, die kirchlichen Vermögen und der ehrlichen und den gesetzmäßigen Broterwerb der guten Untertanen zu belasten." (Vorschlag einer Erhebung von Getränke- und Glücksspielsteuern durch die Veteranen) (Germain Bazin: Paläste des Glaubens. München 1980, S. 238)

Während im Mittelalter neben der Familie hauptsächlich der Kirche, den Klöstern und halbgeistlichen Einrichtungen die Armen- und Invalidenfrage oblag, wurde nunmehr die Schaffung einer Invalidenversorgung durch die angesprochene Veränderung des Heerwesens angestrebt. Ein großes Problem ergab sich daraus, daß die Soldaten oft keiner zivilrechtlichen Gemeinschaft angehörten. Sie waren häufig ohne festen Wohnsitz und auf sich selbst gestellt. Es blieb ihnen meistens nichts anderes übrig, als sich um Versorgung aufgrund ihrer Invalidität zu bemühen. Dieser Notlage versuchte die Gründung von Invalidenhäusern beizukommen. Vorbild all dieser in Frankreich, Österreich, Deutschland und England ins Leben gerufenen Einrichtungen war das eindrucksvolle Hôtel des Invalides, das 1674 von Ludwig XIV. in Paris gegründet worden war, und als zentrale französische Institution 3000 Invaliden Obdach gewähren konnte.¹

³ (zu Seite 4) Im Zuge der Einführung von stehenden Heeren in den zwei oder drei Jahrzehnten nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) wurden Soldaten auf Lebenszeit verpflichtet. "Abgeschlossen war die Umstellung auf diese neue Form der bewaffneten Gewalt spätestens in den Anfangsjahren des 19. Jh." (Papke: Handbuch zur Deutschen Militärgeschichte. Band 1, S. 201. Vgl. auch Hans Delbrück: Geschichte der politischen Geschichte. Band 4, Berlin 1920, S. 255.

¹ Vgl. das Kapitel: Veteranen hinter Mauern. Das Hôtel des Invalides. - In: Bazin: Paläste des Glaubens, S. 238-243. - S. auch F.H. Garrison: Notes of the History of Military Medicine. Washington 1922. Reprint Hildesheim-New York 1970, S. 122.

1.2. Analogien und Unterschiede in der Geschichte der Invalidenhäuser zu Celle und Hameln

Zwar ist die Geschichte der Invalidenhäuser zu Celle und Hameln auf den gleichen, in den vorangehenden Ausführungen beschriebenen medizinhistorischen Kontext zu beziehen, sie hat aber trotz mancher Analogien auch ihre jeweils eigenen Bedingungen und deshalb grundlegende Unterschiede aufzuweisen, die kurz angesprochen werden sollen.

Analog ist die Ausgangssituation in der Gründung bzw. unter dem Protektorat des Landesherrn, der damit die Misere der Kriegsfolgen für die Soldaten mildern und zugleich neuen Anreiz für den Heeresdienst aufgrund der verbesserten Versorgungsaussichten bei der nachwachsenden Generation bieten wollte. Diese gleiche Voraussetzung findet aber unter ganz verschiedenen historischen Gegebenheiten ihre Entfaltung und charakteristische Ausprägung. Während das Invalidenhaus zu Celle die soziale und politische Lage des ausgehenden 17. und die des 18. Jahrhunderts in einem ca. 90 jährigen wechselvollen Verlauf widerspiegelt, hat das Invalidenhaus in Hameln nur ein Drittel dieser Zeitspanne und zwar in der ganz anders gelagerten, den politischen und industriellen Revolutionen folgenden 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts existieren können. Allein deshalb schon sind beide Häuser nicht mit den gleichen Maßstäben zu messen, auch wenn sich in der schleichen- den Auflösung beider Institutionen vergleichbare Strukturen abbilden, wie sich nämlich jeweils nach einer gewissen Anlaufzeit bestimmte Varianten sozialer Einrichtungen als überflüssig erweisen können.

Daß beide Invalidenhäuser ihre spezielle, voneinander

sehr abweichende Betrachtung verlangen, ergibt sich natürlich auch aus der ganz unterschiedlichen Quellenlage. Die historischen Zeugnisse und Unterlagen für Celle können als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden und sind im Staatshauptarchiv Hannover reichlich dokumentiert. Dagegen fließen die ebenfalls dort aufbewahrten Quellen für Hameln wesentlich spärlicher. Deshalb lassen sich die daraus abzuleitenden oder für die einzelnen Fragestellungen des Themas erwarteten Auskünfte mit dem Fragen- und Informationskatalog, der sich aus den Celler Verhältnissen ergibt, keineswegs vergleichen.

Die heutige Landeshauptstadt Hannover hat seit der Gründung der Celler Invalidenanstalt durch Erbfolgeregelungen oder anderweitig politisch bedingte Besitzverschiebungen wechselnde Verhältnisse unter Braunschweig-Lüneburger (bzw. Celler) Herrschaft, als Hauptstadt des Kurfürstentums und späteren Königiums Hannover (zeitweise in Personalunion mit dem englischen Königshaus) sowie als preußische Provinzhauptstadt erlebt. Diese Ereignisse der großen Politik bestimmen alles in allem auch das Schicksal der Invalidenanstalten in Celle und Hameln.



Das 1679-1684 errichtete Hospital St. Wilhelm, seit 1779 Hospital St. Annen, Celle, Blumenlage Nr. 64. Unter der teilweise defekten äußeren Holzverkleidung des Hauses war noch das alte Fachwerk des ursprünglichen zweigeschossigen Gebäudes zu sehen. Der Abriß erfolgte 1980. Aufgrund des baulichen Zustandes war das Haus, das 33 alten Frauen Unterkunft bot, bereits seit einiger Zeit unbewohnt. Die zugekauften Groteschen Gebäude und Ländereien existieren schon länger nicht mehr. Hier stehen jetzt Wohnblöcke.

2. Das Hospital St. Wilhelm

Spürbare Fürsorge wurde invaliden Soldaten erstmalig in Deutschland von den braunschweigisch-lüneburgischen Fürsten zuteil. In anderen deutschen Ländern hatten zur selben Zeit die behinderten, aus dem Wehrdienst entlassenen untauglichen Soldaten allenfalls das Recht, handwerklich tätig zu werden, ohne Auflagen von den Zünften befürchten zu müssen. -Im übrigen erhielten sie im besten Fall Renten oder mußten betteln gehen.¹

Johann Heinrich Gottlieb von Justi, Bergrat und Oberpolizeikommissar in Göttingen in der Zeit von 1755-1757 schrieb: "Jedoch müßte man bei diesen Anstalten vor allen Dingen die alten, im Kriege untüchtig gewordenen Soldaten versorgen. Nichts ist so billig, als daß das gemeine Wesen die Dienste dieser unglücklichen Leute mit einem ehrlichen Unterhalte auf Lebenslang belohnet: und es gereicht einer Regierung zur wahren Schande, wenn diese elenden Menschen ihr Brodt erbetteln müssen. Diejenigen, so sich noch einigermaßen ihrer Gliedmaßen bedienen können, müssen demnach theils als halbe Invaliden in Bergfestungen, theils als ganze Invaliden in den Invalidenhäusern ihren Unterhalt finden."²

¹ Renten waren zu diesem Zeitpunkt nicht allgemein üblich. In Lessings "Minna von Barnhelm" aus dem Jahre 1763 sagt beispielsweise Paul Werner, der gewesene Wachtmeister des Majors von Tellheim: "Wenn ich manchmal dachte: wie wird es mit dir aufs Alter werden? wenn Du zu Schanden gehauen bist? wenn Du nichts haben wirst? wenn Du wirst betteln gehen müssen? so dachte ich wieder: Nein, Du wirst nicht betteln gehn.;" (3. Aufzug 7. Auftritt)

² Johann Heinrich Gottlieb von Justi: Staatswirtschaft oder Systematische Abhandlung aller Oekonomischen und Cameralwissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden.
I. 1, Leipzig 1758, S. 325, § 317.

Im Königreich Preußen (seit 1701) erhielt das stehende Heer unter Friedrich Wilhelm I (1713-1740) besondere Bedeutung, wurde mit zwei Dritteln des Staatshaushalts bedacht, was sich auch natürlich auf die Versorgung der Invaliden ausgewirkt hat.¹

2.1. Die Stiftungsurkunde und die darin enthaltene Invalidenfürsorge

Um den Kriegsversehrten und alten Veteranen zu helfen, machte Herzog Georg Wilhelm von Celle² (gestorben: 1705) eine Stiftung, die zunächst einmal hauptsächlich aus dem Hospital St. Wilhelm bestand. Ein direkter Zusammenhang der Idee zur Schaffung dieses Invalidenhauses in Celle mit der Pariser Einrichtung ist durchaus gegeben. Ein Vergleich der Stiftungsurkunde vom 12. Dez. 1689 (Anhang 1 mit dem Auszug aus der Verfassung des Hôtel des Invalides macht dies deutlich.³ Die Absichtserklärung "mehrere zum Kriege dadurch aufzumuntern" wurde übernommen durch die Formulierung: "In Unsern Kriegs Dienste sich zu begeben so viel williger gemacht werden mögen." Die eindeutigste Übereinstimmung findet man jedoch bei folgender Aussage: "Daß von allen Krieges Ausgaben als auch Besoldungen der

¹ Vgl. z.B. Karl Ploetz: Hauptdaten der Weltgeschichte. Würzburg, 28. Aufl., 1957, S. 114.

² Nach dem Tod dieses sog. Heideherzogs fiel das Herzogtum an das Kurfürstentum Hannover (seit 1692).

³ Vgl. Johann Peter von Ludewig: Das Recht der Invalidenhäuser. Frankfurt und Leipzig 1707, S. 24-28 (zitiert bei: Carl-Hermann Colshorn: Die Hospitalkassen der Hann. Armee. Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens. Bd. 77 Hildesheim 1970).

10

Cavallerie, Infanterie und Artillerie, auff jedem Pfund (Livre) 2 Heller durch die Schatzmeister einbehalten werden sollten." Die zwei Heller pro Livre aus der Pariser Urkunde stimmen wertmäßig in etwa mit den drei Pfennigen je Taler überein, die gemäß der Celler Urkunde und der "Designatio" von 1695 (Anhang 2) einbehalten wurden. Dieser Abzug ist in Celle jedoch nur von den Unteroffizieren und Gemeinen verlangt worden, während er in Frankreich für alle Kriegsausgaben verbindlich war.

In der Stiftungsurkunde (Anhang 1) ging der Herzog davon aus, daß er die in seinen Diensten zu Schaden gekommenen Soldaten unterstützen, gleichzeitig aber auch weiteren Generationen den Wehrdienst durch diese ersten Formen einer Alters- und Invalidenfürsorge attraktiver machen wollte:

"... die in Unsere Kriegeres Diensten bleibte oder sonst zu Schaden gekommene preßhafte, oder auch wegen Alters zu weitere Dienstleistungen untüchtig gewordene Soldaten eine gewisse Stiftung zu machen, wodurch dieselbe nicht allein Zeit Lebens ihren nöthigen Unterhalt haben, ihrer geleisteten treuen Dienste einigermaßen ergetzet, sondern auch andere in Unsere Kriegeres Dienste sich zu begeben so viel williger gemacht werden mögen. So haben Wir zu solchem Ende nicht allein bereit für einigen Jahren ein bequemes Haus nahe bey St. Georgen alhier vor Unserer Residentz Zell erbauen laßen, sondern seyn auch zu solcher armen, preßhaften Leuthe Verpfleg- und Unterhaltung gewisse Capitalia und Einkünfte welche Wir auch nach und nach weiter zu vergrößern geneigt sey, zu destiniren und zu verordnen gemäßigt worden..."

Obgleich nur eine sehr geringe Anzahl "ganz Preßhafter" Aufnahme und Verpflegung fand, rechnete Georg Wilhelm aufgrund dieser karitativen Geste auf ein positives Echo aus der Bevölkerung. Es soll hier nicht diskutiert werden, wie sehr

ihm das Wohlbefinden seiner Landeskinder am Herzen lag, unzweifelhaft ist jedoch, daß er mit dem Bau des Invalidenhauses seinen Untertanen den Entschluß erleichterte, in seine Kriegsdienste einzutreten. Er lockte mit einer Versorgung im Falle der Invalidität und nahm den Soldaten somit erst einmal die Furcht vor einem beschwerlichen Lebensabend. Er gab ihnen die Hoffnung, nicht völlig mittellos dazustehen, falls sie einmal nicht mehr für sich alleine sorgen könnten. Daß die Aufnahmebedingungen extrem hart waren, daß strengste Maßstäbe bezüglich guter Führung, christlichen Denkens und militärischer Vergangenheit angelegt wurden, stand zunächst nicht im Vordergrund.

Es geht weiterhin aus der Stiftungsurkunde hervor, daß die diversen Einnahmen, die das Haus finanziell stützen sollten, nicht ausreichen würden, um die Verpflegung und den Unterhalt des Hospitals und seiner Insassen zu garantieren. Die in den Punkten 1 - 8 angegebenen Gelder aus privaten Zuwendungen, Strafgeldern und Zinsen für Kapitalien, die zu dem damals gültigen Satz von 5% angelegt wurden, konnten auf Dauer nicht die laufenden Unkosten decken. Den Ausweg fand man darin, indem die Soldaten selber zur Kasse gebeten wurden.

Es wurde ferner verordnet, daß "Vier bis sechs Häupter Vieh" die Schloßweiden mitbenutzen durften und daß diese kostenlos gefüttert und versorgt werden müßten, schließlich, daß man einmal wöchentlich ein Fuder Holz und zwei Fuder Torf dem Hospital für Feuerung zur Verfügung stellen würde.

Nicht "nur ganz Preßhafte" sollten aufgenommen und gepflegt werden, sondern es wurde auch an dienstuntauglich gewordene Veteranen gedacht. Diejenigen, die privat untergekommen waren, sollten nach Vorlage einer vom kommandierenden General beglaubigten Bescheinigung eine monatliche Unterstützung erhalten.

Dieses Gnadengeld war jedoch nicht eine feststehende Kriegsbeschädigtenrente, denn es fand jedes Jahr eine Untersuchung statt, der sich die Invaliden zu unterziehen hatten. Es wurde darüber befunden, ob

" sie der Almosen annoch bedürftig oder dergestalt genesen, daß sie wieder Dienste thun oder sonst ihr Brodt verdienen können, welchenfalls dann dieselben wieder dimittiret oder employret werden können."

Die "vor dem Arzt lagen", erhielten weiterhin zum Lebensunterhalt einen Zuschuß.

Kindern von ehemaligen Soldaten, für die keiner aufkam und die sich auch nicht selber unterhalten konnten, sollte insofern geholfen werden, als für sie ein jährlicher Betrag von 40 Rthr. zur Verfügung stand. Diese Summe dürfte nach heutigen Maßstäben in der Tat nur einen kargen Lebensunterhalt garantiert haben, zumal die Anzahl der unterstützungsbedürftigen Kinder relativ groß gewesen zu sein scheint.

Damit den Bestimmungen dieser Stiftung nicht zuwidergehandelt wurde, setzte Georg Wilhelm Aufsichtspersonen aus Miliz und Rat ein. Innerhäusliche Angelegenheiten oblagen einem Provisor, einem Hospitalverwalter oder auch "Oeconomo", die neben der allgemeinen Haushaltsführung auch darauf zu achten hatten, daß die Betstunden und Gottesdienste "fleissig und ohne Versäumnis" eingehalten wurden. "Laster und unanständiger Handel" waren sehr zu ahnden. Ausschreitungen wurden einmal pro Woche dem Provisor zwecks weiterer Maßnahmen vortragen.

Folgende Gehälter wurden festgelegt:

Secretario	30 Taler jährlich
Provisorio	80 "
Prediger	20 "
Cantzellisten	12 "
Küster	4 "
Chyrurgo	12 "
Deconomo	5 Taler monatlich "nebst 3 Port. Speisung"

Diese Zuwendungen waren jedoch nicht als feste Gehälter aufzufassen, sondern wurden freibleibend den jeweiligen finanziellen Gegebenheiten der Stiftung angepaßt. Es ist jedoch augenscheinlich, daß der Chirurg, der geltenden Berufsauffassung entsprechend, nur äußerst gering entlohnt wurde. Er steht mit dem simplen Kanzleischreiber,

"der das Abschreiben in Hospital Sachen verrichtet und die Concepte und Originale zur Signirung und Unterschrift befördert"

besoldungsmäßig auf einer Stufe. Unterschiede im Rang dürften ebenfalls nicht bestanden haben. Geistlicher Zuspruch stand damals noch höher im Kurs als ärztliche Fähigkeiten und medizinische Versorgung, weil diese lediglich einer handwerklichen Ausbildung entsprangen. Am Schluß der Urkunde bestimmte Georg Wilhelm, daß diese "gottlöbliche" Stiftung der Nachwelt und zu seinem Ruhm für immer erhalten bleiben möge.

"... zu ewigen Tagen beständig verbleiben und ohnabbrüchig in allen Puncten und Clausulen auch von Unseren Nachkommen also gehalten werden sollen.."

Daß situations- und zeitbedingte Abweichungen unumgänglich wurden, zeigte sich schon 3 Jahre später im Reglement von 1692.

2.2. Der Bau des Invalidenhauses und sein späterer Besitzstand

1679 wurde mit dem Bau des St. Wilhelm -Hospitals begonnen. Unter "Behuef deß neuen Armenhaußes für die verwundete Soldaten" werden folgende Kosten angegeben:

Rechnung 1679/80:¹

16 Rthr. an den Mechanicus Hans Georg Harter für
einen Modellbau
180 Rthr. für den Zimmermann Ernst Staken als Abschlags-
zahlung
286 Rthr. 16 mgr. 4 $\frac{1}{2}$ für Baumaterial und Fuhrkosten²
483 Rthr. 16 mgr. 4 $\frac{1}{2}$

Rechnung 1680/81:³

1386 Rthr. 21 mgr. 3 $\frac{1}{2}$ an den Zimmermann
4 Rthr. an "Christian Henrichs, welcher
die Aufsicht über die Arbeits-
leute gehabt."
51 Rthr. für einen steinernen Brunnen
(Differenzbetrag ohne Angabe, da
1482 Rthr. 16 mgr. 7 $\frac{1}{2}$ Endsumme höher als angegebene
Einzelposten)

Rechnung 1680/81:

40 Rthr. 31 mgr. 4 $\frac{1}{2}$ als Einnahme vom Amt zu Rethem
für Herrendienst verbucht.

Rechnung 1681/82:⁴

3 Rth. für Drechslerarbeiten

Rechnung 1682/83:

In diesem Jahr wurde kein Betrag
für bauliche Maßnahmen verzeichnet.

1 Hann. 76c Ad 1679 80 S. 402

2 1 Rthr = 1 Reichsthaler

1 mgr = 1 Mariengroschen, gültig bis 1819 zu 8 Pfg.

1 ggr = 1 guter Groschen zu 12 Pfg., später durch
Silbergroschen verdrängt

3 Hann. 76c Ad 1680 81 S. 399.

4 Hann. 76c Ad 1681 82 S. 425.

Rechnung 1684/85

104 Rth	für Leinwand (wahrscheinlich für Bettwäsche)
1 Rth 19 mgr.	für Tischlerarbeiten
8 Rth 9 mgr.	für 2 Fuder Kalk
<u>113 Rth 28 mgr.¹</u>	

Wenn man von den Rechnungen ausgeht, zog sich die Bauzeit in einem Zeitraum von 5 Jahren hin (1679-1684). Die Gesamtsumme würde sich nach diesen Angaben auf

2081 Rth 25 mgr. 3 $\frac{1}{2}$

belaufen. Ob dies die wirkliche Endsumme ist, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.

Das in Holz erbaute, zweistöckige Hauptgebäude enthielt eine allgemeine große Stube, 22 kleine Kammern, 2 geräumige Krankenstuben, eine Küche, eine Sakristei, 1 Beetsaal, die Wohnungen des "Hofmeiers" und die der Köchin sowie eine Vorratskammer.² Im Erdgeschoß hatten die Räume eine Höhe von 2,90 m, die Räume im Obergeschoß 3,04 m.³ Außer dem Hospitalgebäude gehörten später noch weitere Komplexe dazu, wie aus dem "Plan general" (Anhang 3) vom 10. September 1730 hervorgeht.

Im einzelnen gliedert sich das stattliche Anwesen des Invalidenhauses folgendermaßen:

"Plan general

der zum InvalidenHospital zu Celle,gehörenden Gebäude, Garten, und Ackerlandt, sambt denen von neuen darzu gekauften Groteschen Gebäuden, und Ländereyen, wie es jetzo befindlich.

- A. das Hospital
- B. Brau und Backhaus.
- C. Scheure, und Viehstall.
- D. der Hofraum.
- E. der Brunnen.

¹ Hann. 76c Ad 1684 85 S. 497.

² Kunstdenkmäler der Provinz Hannover III Reg.-Bez.

³ Lüneburg. H 5 Stadt Celle, Hannover 1937, S. 86 (s.S.15 Celle, UD XVI g 1 Fach: III /8 und 12.

Anlage zu Anmerkung 2 der Seite 15

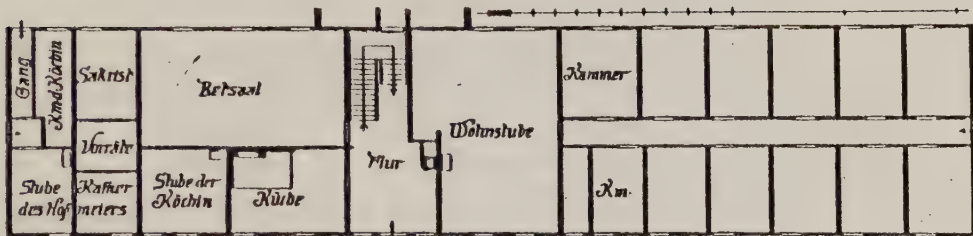


Abb. 20. St. Annen hospital. Grundriß (1:250).

- F. ein kleiner Garte
- G. der große Hospital Garte, welcher mit Obstbäume bepflantzet, wie die schwartz gezeichnete Stellen weisen. Die lange an der einen Seyte der Garten Flaeche angelegte Rabatte ist wechselweise mit niedrigen Obstbäumen, und Wein Rancken bepflantzet. NB. Die kleine zwischen den großen befindliche schwartze puncte bedeuten die niedrige Bäume, und die große Hochstämmige.
- H. das Torf Scheuer.
- I. das Hunde Hauß.
- K. der Strafpfahl.
- L. der Hospital Kirchhof
- M. zwey Stück Ackerlandt. Bey dem angekauften Groteschen freyen Hofe, ist an Gebäuden und Ländereyen befindlich.
- N. das Wohnhauß.
- O. die Scheure
- P. ein Stall.
- Q. der Hof Raum.
- R. ein kleiner Garte.
- S. ein großer Küchen Garte.
- T. der dick Camp hinter dem Groteschen Hofe
- U. der große Camp vor dem Groteschen Hofe, bestehendt aus einem Stück Ackerlandt.

Celle den 10 Septembr 1730"

Das Ackerland, das sicherlich bestellt wurde, die Obst- und Gemüsegartenanlagen sowie das zum Hause gehörende Vieh werden wertvolle Naturalien zur Verpflegung beizutragen haben. Selbsterhaltend war das Anwesen jedoch nie.

Neben dem hauseigenen Friedhof fällt besonders der Strafpfahl auf, der auf die damals üblichen Strafvollzugsmethoden auch bei hausinternen Vergehen verweist.¹

¹ Es ist übrigens interessant, daß für die schärfere Form der Bestrafung, nämlich den Schandpfahl oder Pranger, in der Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 15 (Wiesbaden 1966), S. 91 ein Beispiel aus Celle noch aus dem Jahre 1786 (mit Abb.) herangezogen wird.

2.3. Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung

Die Insassen des Invalidenhauses hatten eine strenge Gemeinschaftsverpflegung. Detaillierte Angaben über Verpflegungssätze eines Einzelnen lassen sich deshalb nur schwer rekonstruieren. Das Essen war nach unseren heutigen Vorstellungen ausgesprochen einfach und in seiner monotonen Regelmäßigkeit mehr als anspruchslos. Aus dem Jahre 1690 ist ein Speisezettel erhalten, der für sich spricht:

Sonntag Mittag	: Kohl, Erbsen, Bohnen, Rüben, Wurzeln.
Abends	: Buchweizengrütze
Montags Mittags	: Habergrütze, Abends Mehlmuß
Dienstags "	: Habergrütze, Abends Buchweizengrütze
Mittwochs "	: wie Sonntags Abends Mehlmuß
Donnerstags "	: wie Montags Abends Buchweizengrütze
Freitags "	: wie Sonntags Abends Buchweizengrütze wohl auch Nachtmisch
Sonnabends "	: wie Montags, Abends Mehlmuß

Die Eintönigkeit dieser Speisenfolge war der Anlaß, daß sich die Invaliden selber etwas zusammenbrutzelten, denn gegen 1770 liegen Beschwerden wegen sogenannter Nebenkochereien vor, die den Verbrauch an Holz in die Höhe schnellen ließen. Die Mahlzeiten wurden zu bestimmten Stunden gemeinsam in der großen Invalidenstube eingenommen und mußten ebenso wie die Betstunde und der Kirchgang pünktlich eingehalten werden.

Für die Insassen wurde wöchentlich folgende Gesamtration bereitgestellt¹:

Celle, 1710 Jan. 4

1711 Jan. 2

28 Personen à Mann 1 Brodt	14 Pfd	28 Brodt
dem Kettenhunde täglich	1 Pfd	<u>1/2</u>
		28 1/2 Brodt

Mehl zu Mehlmuß	9	Maß
Haber-Grütze	6 1/2	"
Buchweizen-Grütze	8	"
Erbsen		
Bohnen		
Heringe	28	Stück
Keese à Mann 1 Pfd	28	Pfd.
Butter zum Brodt à Mann		
1/2 Pfd 14 Pfd		
Zur Vorkost	2 Pfd 16	Pfd.
Bier à Mann tägl. 1/2		
Stübbchen	196	Stübbchen

Celle, den 4. Januar 1710

Hanß Baldauf

Diese Mengen bedeuteten pro Mann und Woche:

- 1 1/6 Pfd. Mehl zum Muß
- 1 1/4 Pfd. Hafergrütze
- 1 1/5 Pfd. Buchweizengrütze
- Erbsen
- Bohnen
- 300 g Butter
- 1 Pfd. Käse
- 1 Hering
- 14 Pfd. Brot

Wochenzettel 3.-9. Januar 1711¹:

- 1. Mehl zu Mehl-Muß 9 Maß
- 2. Haber-Grütze 6 1/2 Maß
- 3. Buchweizen-Grütze 8 Maß
- 4. Erbsen
- 5. Bohnen
- 6. Fleisch 26 Pfd.

¹ Hann. 47 I 157.

7. Butter à Mann 1/2 Pfd. 13 Pfd.

In der Vorkost 4 1/2 Pfd. 17 1/2 Pfd.

8. Keese à Mann 1 Pfd. 26 Pfd.

9. Heeringe à Mann 1 Stück 26 Stück

10. Saltz nach Proportion

11. Brodt à Mann 1 Brodt à 14 Pfd. 26 Brodt

dem Kettenhundt tgl. 1 Pfd. 1/2 "

26 1/2 Brodt

12. Bier à Mann tgl. 1/2 Stübbchen 186 Halbstb.

Celle, 2. Januarii 1711

Fritz Heinrich Baldeuf

Mengenmäßig bestand kein Grund zur Klage, denn allein 2 Pfd. Brot pro Tag sind ein enormes Quantum, wenn man bedenkt, daß die Insassen durchweg betagte Leute waren. Wenngleich der Speisezettel nicht gerade abwechslungsreich war, waren die Grundnahrungsmittel vorhanden. Diese ballastreiche Kost, für manchen heute mehr als einfach, wurde aber dennoch durch Milch der sechs auf der herzoglichen Weide gehaltenen Kühe verbessert. Außerdem wurden jährlich fünf Ochsen und drei Schweine geschlachtet. Zweimal wöchentlich gab es Fleisch, Speck, Wurst und Gemüse und Vorkost. Also eine der Zeit entsprechende einfache, aber zweifellos reichliche Verpflegung. Dazu kam wohl auch das Obst der Obstbäume, die auf dem Plan erwähnt werden.

Statt Pökelfleisch gab es seit 1710 Frischfleisch, das der Provisor Francke kaufte. Es wurde offenbar nicht mehr geschlachtet. Dies muß aber nicht bedeutet haben, daß die Tierhaltung abgeschafft wurde, waren doch die Stallungen und das Weideland weiterhin vorhanden. Dann läßt sich aus einer Anfrage Franckes vom 11. Oktober 1710 feststellen, daß nur 4 Ochsen und drei Schweine eingepökelt worden sind. Diese Angelegenheit endet damit, daß der Provisor sich mit dem Hausverwalter jeweils abstimmen soll, was preisgünstiger sei.

Unter "Nota pag. 36 No. 46¹" ist zu lesen:

" ist auf des Provisoris Francken Anfrage unterm 19. Oct. 1710 von Churfürstl. Krieges-Cantzley resolviret: "weil man nicht wißen könne, ob das bisherige Einschlagen der Ochsen und Schweine, oder der Ankauf frischen Fleisches profitabler sey, so sollte er mit dem Hospital-Verwalter sich bereden, und das Fleisch auf Eydt und Pflicht anschaffen, laut Copy Anlage Lit. A Solchemnach sind intra pag. 20 berechnet p. Martio, 1710. Zum ersten mahle auf 27 Personen à 2 Pfd. Monathl. 54 Pfd. Fleisch, nachdem von eingesalzenem Fleisch noch ein Vorrath gewesen.."

Zwischen dem einzigen noch vorhandenen Speisezettel aus dem Jahre 1690 und dem Wochenzettel für Naturalien vom 3.-9. Januar 1711 bestehen nicht die geringsten Abweichungen. In konsequenter Eintönigkeit scheint diese Art von Beköstigung bis 1775 und 1776 durchgezogen worden zu sein, denn selbst in diesem Zeitraum von über 60 Jahren hat sich kaum eine Veränderung in der Zusammensetzung der Mahlzeiten ergeben. Nach wie vor ist Brot das Hauptnahrungsmittel, das auch mit 235 Rth 13 gr. 1 $\frac{1}{7}$ im Jahr 1775 rechnerisch am stärksten zu Buche schlägt, wie sich aus der folgenden Aufstellung ergibt:

Summarischer Extract aller Ausgabe Gelder behuef des Hospitals Haushalt de anno¹

	1775			1776		
	Rth	gr	1/2	Rth	gr	1/2
1. behuef des Hospital-						
Gartens	31	19	-	32	20	4
2. für angekaufte						
Haber Grütze	37	6	-	33	27	-
3. angekaufte						
Erbsen	27	26	-	22	20	-
4. Brodt	235	13	1 $\frac{1}{7}$	174	34	6 $\frac{1}{2}$
5. Bier	137	17	-	123	30	-
6. auf Beurlaubte	-	-	-	-	-	-

¹ Hann. 47 I 157.

	1775			1776		
	Rth	gr	ß	Rth	gr	ß
7. baare Verabreichung für Fleisch Butter, Käse, Heering, Abendvork.	239	18	-	224	-	-
8. für Rinderfett						
behuef Koch	6	-	-	5	12	-
9. angekaufte Butler	37	-	-	35	2	6 2/3
10. angekauftes Salz	6	0	-	5	16	-
11. angekauftes Stroh	10	29	1 7/9	6	2	3 1/3
12. Mondirung der Invaliden	159	8	-	37	7	-
13. Bette und Bette Gewand	5	25	-	4	13	-
14. Behuef der Wäsche	17	32	-	17	10	-
15. behuef Feuer und Licht	42	-	-	40	34	4
16. besondere Verpflegung kranker Hospitalisten	-	-	-	4	18	-
17. Begräbnis-Kosten	3	24	-	3	24	-
18. Bedienten Gage und Gesinde Lohn	214	-	-	214	-	-
19. Bau und Reparationskosten	47	25	4	26	11	3
20. Extraordinair	91	26	5	193	32	6
Summe aller Ausgaben	1350	25 2 7/9	1206	-	1/2	

Zu erklären ist die Großzügigkeit, mit der das Bier als Hauptgetränk bemessen wurde, durch die Tatsache, daß es sich dabei um Leichtbier handelte. Kaffee gab es zur damaligen Zeit als Volksgetränk noch nicht. Das gleiche gilt für Kakao. Jeder Invalide erhielt täglich 1/2 Stübchen Bier, also fast 2 Liter.

Die Ausgaben betragen für das Leichtbier 137 Rth., also mehr als die Hälfte von Rth. 239, die für die Grundnahrungsmittel eingesetzt sind.

2.4. Die Hausregeln

Das Reglement von 1692 gibt einigermaßen Aufschluß über den Tagesablauf. Es muß häufiger zu deftigen Ausschreitungen gekommen sein, denn die Schärfe der in der Verordnung abgefaßten Maßregeln macht dies deutlich:

"Reglement

Wornach die in dem ohnweit S. Jürgen erbauten neuen Soldaten-Hospital, St. Wilhelm genand zu verpflegende Soldaten sich zu achten.

Demnach man bißher Mißfällig wahrnehmen müssen Welchergestalt die in diesem Neu-erbauten Soldaten-Hospital zu verpflegende Soldaten an statt daß sie eines Gotteswohlgefälligen Leben und Wandels sich befleissigen und die Gaben welche ihnen täglich gereicht werden mit gehöriger Danck-sagung geniessen sollen ein und ander derselben offtmals deme entgegengehandelt zu Zänkerey- und Wiederwärtigkeiten Anlaß gegeben und so wenig der Gottseeligkeiten sich beflissen daß Sie vielmehr ein ärgerliches Leben geführt und ihre sonst obliegende Gebühr nicht beobachtet haben und aber dasselbe nicht also länger geduldet werden soll So hat man der Notdurfft zu seyn erachtet ein gewisses Reglement, wornach ein jeder sich zu achten abzufassen und ihnen aller-seits dasselbe kund zu machen.

Es wird demnach 1. ein jeder welcher in dem Hospital dieses Beneficium genießet hiemit und in Krafft

dieses Ernstlich erinnert daß er zufoerdest eines Ehrbaren Gottseelig- und Christlichen Friedensamen Lebens sich befleissigen so wohl in der Wochen als auch insonderheit an Sonn- und Feyertagen dem öffentlichen Gottesdienst es wäre dann daß Er daran durch Unpäßlichkeit oder sonst andere nöthige Abhaltungen welches Er jedesmahls dem Verwalter zueröffnen verhin-dert würde fleissig beywohnen und deß heiligen Abendmahls sich fleissig bedienen soll.

Und wie 2. dem Hospital=Verwalter in der Ihm gegebenen instruction, unter andern auffgetragen worden daß Er in der Woche alle Tage zweymahl und zwar deß Vormittages zwischen 10. und 11. Uhr und deß Nachmittags zwischen 5. und 6. Uhr Behtstunden halten soll also hat ein jeder nach gegebenen Zeichen sich einzufinden und mit gehöriger Andacht und devotion solche abzuwarten und sich davon ohne Noht bey Vermeydung willkührlicher Straffe nicht abhalten zulassen.

Und weil auch 3. Serenissi Unsers gnädigsten Fürsten und Herrn Durchl. gnädigst verordnet daß von dem zeitigen Prediger auf der Blumenlage in dem Hospital eine Catechismus=Lehre zu eines jeden Erbauung alle Woche einmahl gehalten wird So soll ein jeder sich auch dabey gehörig einfinden auf dasjenige was wird vorgetragen fleissig mercken und sich nicht gelüsten lassen sich davon zu eussern und zu absentiren. Immassen dann auch diejenige welche zwar in dem Hospital nicht würcklich verpfleget werden doch aber ihnen alle Monat an Gelde ein benandliches gereicht wird wann Sie sich in der Nähe herum auffhalten solche Catechismus=Lehre gleichfals bey Vermeydung ernstlichen Einsehens und Bestrafung besuchen und ihnen allerseits angelegen seyn lassen sollen in der wahren Gottesfurcht und ihrem Christenthumb zu wachsen und sich zu erbauen.

4. Aller Zänck- und Schlägereyen Würffel und Kartenspiels auch Sauffens und allen liederlichen Gottlosen Leben und Wandels sollen sie sich gänztlich enthalten miteinander schied- und friedlich sich begehen und wann ein oder ander zu Zänckerey Anlaß geben würde solches sofort dem Verwalter angezeigt werden damit so dann derselbe es dem Provisori hinterbringen und dieser wegen der Bestrafung sich gehörigen Orts Befehls erhohlen könne.

5. Dem jedesmahligen Provisori und Verwalter wie auch allen anderen so ihnen vorgesetzt

haben sie gebührenden respekt zu geben und was dieselbe Ihnen nach Anweisung ihrer instructionen, auch sonst zu ihren Besten und des Hospitals Aufnahm anbefehlen werden mit gehörigem Fleiß und ohne Wièderrede und Murren zu verrichten und so viel an Ihnen Schaden nach Möglichkeit zu verhüten.

Wann 6. gespeiset wird soll ein jeder an dem dazu bestimbtan Ort auf den gesetzten Glockenschlag nach gegebenen Zeichen sich anfinden und gewärtig seyn daß Ihm an Speise sein Antheil gereicht werde womit Er sich dann begnügen lassen Nicht ehe aber zum Tisch und Essen sich verfügen noch darvon abgehen soll biß Er gebetet und dem höchsten Gott vor diese beschehrte Gabe gedancket hat.

Und weil 7. der Verwalter befehliget worden nach dem Abend Essen bevorab zur Winters=Zeit den Hospital-Hof zu schliessen und ohne Noht und erhebliche Ursache nicht wieder zu öffnen So hat ein jeder sich darnach zu achten und vor solcher Verschliessung auf dem Hofe sich einzufinden oder wiedrigen Falls zugewärtigen daß Er hernechst nicht allein nicht eingelassen sondern auch nach Befinden mit einer willkührlichen Straffe angesehen werde.

8. Auff Feur und Licht damit dadurch kein Unglück entstehe soll ein jeder fleissige Acht haben und keiner sich gelüsten lassen mit einen brennenden Licht feurigen Kohlen brennender Lunte und angesteckter Tobacks=Pfeiffe auf den Boden in die Ställe und sonst an andere Feurfängige Oerter zu gehen viel weniger auf seiner Kammer weder Zunder noch Feurung bey sich zu haben und da einer oder ander Toback rauchen wolte soll ihm zwar solches vergönnet seyn jedoch daß er dasselbe mit masse und im Winter in der gemeinen Stube im Sommer aber auf dem Hofe verrichte also und derogestalt daß er mit der angezündeten Pfeiffe nicht auß besagter Stube noch im Sommer vom Hofe damit ins Hauß komme viel weniger zu beyden Zeiten solche mit sich auf seine Kammer nehme.

Würde dann 9. einer oder ander diesen vorgeschriebenen Regula zuwider handeln und denenselben zu geleben sich widerspenstig bezeigen hat der Hospital-Verwalter solche zu notiren und dieselbe dem Provisori Nahmhafft zu machen und so dann dieser etwa in Fällen da einer oder ander die Kirch oder Sechstunden ohne Noht versäumete oder sich auch nicht zu gehöriger Zeit zu Tische

anfinde denselben das erste mahl zu warnen das andermahl aber ihm seine Speise des Mittagess nicht reichen zu lassen da er aber ferner dabey continuiren würde es denen inspectoren zu determinirung einer schärferen Straffe zu melden was die übrige Casus belanget soll der Provisor, wann Er zuforderst des facti halber genaue und gründliche Erkundigung eingezogen davon referiren, und so dann der Verbrecher gewärtigen daß er nach Befinden mit schwerer Gefängniß=Straffe be-
leget auch wohl gar nach Beschaffenheit der That in dem Hospital weiter nicht geduldet sondern daraus gewiesen werde: Wornach sich nun ein jeder zu achten und vor Schaden zu hüten.

Zell den 8. Febr. 1692"

Der somit neu festgelegte Tagesrhythmus mit seinen zahlreichen Vorschriften und religiösen Verpflichtungen war für die ehemaligen Soldaten gewiß ungewohnt. Zunächst einmal werden im Reglement die üblen Angewohnheiten "Zänckerey- und Wiedervärtigkeiten" angeprangert, die es abzuschaffen galt. Es wurde als Folge ein "Gottwohlgefälliges Leben" von allen Hospitalisten verlangt, die "die Gaben welch ihnen täglich gereicht werden mit gehöriger Dancksagung genießen sollen." Daß alte Veteranen, die einmal Kopf und Kragen im Kriegsdienst riskiert hatten, sich nicht überschwänglichen Demuts- und Dankesbezeugungen hingaben, ist nicht überraschend. Dennoch war es gerade für die aufgenommenen Soldaten eine Existenzfrage, ob sie sich den ungewohnten Regeln des Hauses fügen oder ihre in langen Jahren im Feldlager und auf den Kriegsschauplätzen angeeignete Lebensart beibehalten sollten.

Damit ein jeder sich an ein "Ehrbaren Gottseelig- und Christlichen Friedensahmen Lebens" sich gewöhne, wurden täglich zweimal zwischen 10 und 11 Uhr vormittags und zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags Betstunden abgehalten. Dabei handelte es sich um Pflichtveranstaltungen, die unter Strafe einzuhalten und denen mit der gebotenen

Andacht und "devotion" beizuwohnen war. Außerdem standen öffentliche Gottesdienste und einmal pro Woche eine Katechismusstunde auf dem Programm. Auch die Versehrten, die ein Gnadengeld erhielten und in der Umgebung wohnten, hatten mit einer Bestrafung zu rechnen, wenn sie diesen geistlichen Unterweisungen fernblieben. Der Hausverwalter hatte strengstens darauf zu achten, daß jeder dieser Anordnung nachkam, und mußte Übertretungen zwecks Bestrafung bekanntgeben.

Dem Provisorius und dem Verwalter hatten die Invaliden "ohne Wiederrede und Murren" zu gehorchen. Ihre Anweisungen waren mit dem "Gehörigen Fleiß" zu befolgen. Streitigkeiten, die wohl immer wieder vorkamen, müssen genauso unangenehm aufgefallen sein, wie "Würffeln und Kartenspielen und Sauffens und allen liederlichen Gottlosen Leben und Wandels." Diese Art des gewohnten Zeitvertreibs wurde verboten.

Daß die invaliden Veteranen die diversen über den ganzen Tag verteilten kirchlichen Verrichtungen sicherlich nur mit Mühe absolvierten, läßt sich leicht nachvollziehen. Daß ihnen aber auch die üblichen Karten- und Würfelspiele untersagt wurden, war gewiß für die Soldaten ebenfalls schwer einzusehen. So pädagogisch die Hintergedanken dieser Maßnahmen gewesen sein mögen, so läßt sich auf Grund des notwendig gewordenen, scharf formulierten Reglements vermuten, daß die Hausordnung immer wieder übertreten wurde. Der Grund ist offensichtlich darin zu suchen, daß die Invaliden mit diesem geistlichen Drill einfach überfordert waren. Man kann wohl annehmen, daß ihnen deftige Flüche und rüde Wendungen flüssiger von den Lippen gingen als fromme Reden. Auf den Feldzügen waren raue Sitten an der Tagesordnung gewesen, die einen entsprechenden Wortschatz nach sich zogen. Angepaßtes Verhalten fügte sich genauso wenig ins Bild wie verfeinerte Manieren.

Eine drastische moralisch sittliche Kehrtwendung war in der Regel nicht zu erwarten. Die Folge waren Unzufriedenheit im Invalidenhaus, Streit und Rückfall in alte Lebensgewohnheiten.

Zu den Mahlzeiten hatten sich die Invaliden pünktlich "auf Glockenschlag" einzufinden. Mit Essen durfte nicht eher begonnen werden, bevor ein Tischgebet verrichtet wurde. Auch war es nicht erlaubt, den Tisch zu verlassen, ohne Gott für die bescherte "Gabe" gedankt zu haben. Nach dem Abendessen wurde vor allem im Winter das Haus geschlossen. Wer sich nicht an die festgelegten Zeiten hielt, lief Gefahr, für die Nacht ausgeschlossen und mit einer Strafe belegt zu werden.

Um der Feuergefahr vorzubeugen, wurden besondere Anordnungen getroffen, die leichtfertiges Hantieren mit brennbarem Material verboten. Dies war durchaus berechtigt, denn das Haus war vorwiegend aus Holz erbaut. Außerdem hatte sich die Unsitte breit gemacht, auf den Stuben noch separat zu kochen, was ferner die Kosten für Holzfeuerung rapide ansteigen ließ.¹ Auch wurden gewisse Auflagen und Einschränkungen in bezug auf Rauchgewohnheiten der Insassen unvermeidlich.

Das Strafmaß reichte in der Reihenfolge des Schweregrades von einer strengen Verwarnung im Falle einer einmaligen Übertretung über Entzug des Mittagessens, Gefängnis, die Erniedrigung, am Strafpfahl stehen zu müssen, bis zur Ausweisung des sicherlich so unangemessen scharf bezeichneten "Verbrechers" aus dem Invalidenhaus. Um nicht im hausinternen Sinne straffällig zu werden, hatten

¹ Hann. 47 I 157. Schreiben des Hausverwalters Winter an die Kriegskanzlei vom 9.4.1777

die versehrten und alten Soldaten keine andere Wahl, als die Anordnungen auf pastoralem und erzieherischem Sektor zu befolgen. Daß dieser Zwang für den Hausfrieden nicht immer dienlich war, läßt sich denken.

2.5. Auswärtige Unterbringung von Invaliden

Es war klar, daß das Hospital St. Wilhelm mit seiner begrenzten Aufnahmekapazität das Problem der Invalidenfürsorge nicht lösen würde. Mit der Stiftung sollte schließlich ein größerer Personenkreis angesprochen werden. Übergangslösungen waren somit unvermeidlich. Kurprinz Georg Ludwig nahm sich noch zu Lebzeiten seines Vaters, Kurfürst Ernst August von Hannover, in dem von ihm unterzeichneten Interimsreglement vom 24. Sept./4. Okt. 1695 (Anhang 4) der Sache an. Angesprochen waren

"solche breßhafte Bleßierte, oder auch wegen Alters zu ferneren Diensten untüchtig gewordene Unterofficier und Soldaten, unter Unsern Trouppen zu Roß und Fuß, auch bey der Leib Garde und der Artillerie".

Die Soldaten hatten sich unter Angabe ihres Regiments, ihrer Dienstzeit, Verletzungsart und einer entsprechenden Bescheinigung hierüber bei der Kriegskanzlei zu melden. Waren diese Vorbedingungen erfüllt, wurden sie vorläufig, bis zum Bau eines weiteren Invalidenhauses, in kleine Landstädte wie Springe, Pattensen, Münder und Eldagsen verlegt. Zum Bau eines neuen Invalidenhospitals kam es jedoch nie. Die Invaliden wurden sogenannten Invalidenkommandos zugeteilt.

Die Unterbringung erfolgte in Privathäusern. 1698 wurden die festen Invalidenkommandos Münden und Springe eingerichtet, die bis 1818 bestehen blieben, während die Invalidenkompanien bald wieder aufgelöst wurden. Hierzu gehörten ebenfalls die Kompanien auf dem Kalkberge bei Lüneburg, die Hildesheimische Kompanie¹ sowie das Clausthaler- und Schwarzfeldkommando.

Neben freier Unterkunft und Verpflegung, zu der auch "monathlich einen Himbten Rogcken"² (Anhang 5) gehörte, erhielten die Invaliden z.B. "Rogck, Hosen, Gurt und Strümpfe, und zwarten alle drey Jahr, jährlich aber mit 2 Hemdbdern und ein Paar Schuen." Diejenigen, "die sich etwa bey den Ihrigen auf halten wollen", bekamen keine freie Kleidung, sondern nur das jeweilige Gnadengeld. Sie hatten sich jedoch alle drei Monate bei der "Obrigkeit des Orths" zu melden, damit diese an die Kriegskanzlei berichten konnte, daß der betreffende Invalide noch am Leben sei.

Die geldliche Unterstützung variierte zwischen 1 und 3 Talern pro Monat in bar je nach Dienstgrad, Art und Schwere der Verletzung. Es erhielten:

"Soll ein Sergeant	3 Rth	
Ein Unterofficier	2 "	18 mgr.
Ein Corporal	2 "	- "
Einen Gefreyten	1 "	9 "
Einen gemeinen Reuter	1 "	9 "
Einen Musquetier	1 "	- "
Einen Reuter von der Garde	2 "	- "
Einen Constabel	1 "	9 "

¹ erstmalig erwähnt am 12ten/23ten Mai 1724

Hann. 47 I 68, Vol. I

² Himbten Roggen= Getreidemaß von ca. 20 kg.

Für das Haus in Celle sind noch 10 Namen von Invaliden bekannt, die in der Zeit von 1770 bis 1782 eine Zulage für auswärtige Unterbringung erhielten:

Namenliste

Diejenigen Invaliden, welche aus der St. Wilhelms-Rechnung eine Zulage erhalten.¹

Name des Invaliden	bekommen Zu lage vom		halten sich auf Ort	Amt	mtl. an Ge- Rthr.	mo
1 Jürgen Seedorf	May	1770	Lüne	Lüne	-	10
2 Heinrich Behse	May	1770	Hemckerode	Brschwg.	-	10
3 Corp. Dietrich Hintze	Aug	1772	Celle	Stadt	1	--
4 Johann Heinrich Ludolph	Febr	1779	Volckerode	Münden	1	--
5 Georg Plander	Octbr	1779	Suhlingen	Ehrenburg	1	--
6 Andreas Besthorn	Septbr	1780	Celle	Stadt	1	2
7 Johann Kues	Octbr	1780	Celle	Stadt	5	
8 Diedrich Mohrhoff	Junio	1781	Hannover	Stadt	1	1
9 Tamb. Friedrich Ernst Bornemann	Jan	1782	Nienburg	Stadt	1	-
10 Johann Heinrich Lüders	Septbr	1782	Breese	Dannenberg	1	-

Celle 27. Decbr. 1782

HW Winla

Die Kriterien, die zur Festlegung der Höhe dieser Unterstützung ausschlaggebend waren, lassen sich nicht mehr feststellen. Es ist jedoch erstaunlich, daß der unter Nr. 7 genannte Johann Kues einen Betrag von 5 Rthr. monatlich erhielt. Der Verletzungsgrad und die Pflegebedürftigkeit dieses Invaliden müssen schon erheblich gewesen sein, denn dieser Satz lag weit über der Summe, die man später allgemein den ehemaligen Hospitalisten und den im Lande lebenden versehrten Soldaten nach Schließung des Hauses zahlte.

¹ Hann. 47 I 157

Für die Kompanie bei Lüneburg liegen über Stärke und Entschädigung folgende Zahlen aus dem Jahre 1703 und 1704¹ vor:

1703 April

Extract der Invaliden de April 1703

2 Lieutenants	à 8 Rth	16 Rth
noch ein Lieutenant Moritz so neu dazuge- kommen		8 Rth
4 Sergeanten	à 3 Rth	12 Rth
2 Unt:Offic.	à 2 1/2 Rth	5 Rth
3 Unt:Offic.	à 1 1/2 Rth	4 1/2 Rth
2 Corporals	à 1 Rth	2 Rth
8 Gefreite	à 1 Rth	8 Rth
1 Gemeiner (lt. Namens- liste blind)		2 Rth
3 Gemeine	à 1 Rth	3 Rth
10 Gemeine	à 2/3 Rth	6 2/3 Rth
		thlr. 67 4 ggr

Kal kbergische Guarnison Oct. 1704

3 Lieutenants	à 8	Rth	24	Rth
4 Sergeanten	à 3	"	12	"
2 Unteroffic.	à 2 1/2	"	5	"
1 Unteroffic.	à 1 1/2	"	1 1/2	"
2 Corporals	à 1	"	2	"
6 Gefreiten	à 1	"	6	"
1 Blinder			2	"
3 Gemeine	à 1	"	3	"
10 Gemeine	à 2/3	"	6 2/3	"
32 Mann die Sa. ist				62 Rth 4 ggr.

Wenn man eine Durchschnittsstärke von 30 Mann pro Invalidenkommando zugrunde legt, dann waren in den 6

¹ Celle Br. 13 d Nr. 24 u. 37 a

bekannten Kompanien ca. 180 Soldaten als geschlossene, wenn auch offensichtlich privat bei ihren "Wirthen" untergebrachte Gruppen. Dies macht deutlich, daß noch mindestens 3 weitere Invalidenhäuser nötig gewesen wären, um diese Anzahl gleichwertig unterbringen zu können. Daß dies zu einem Rechenexempel wurde, sollte sich später zeigen.

Erstaunlich ist auch, wie eng man den Grad der Invalidität auslegte. Ein Blinder, wie in der Liste über die Kalkbergische Garnison angegeben, galt immerhin noch für gendwelche Dienste verwendbar. Er erhielt jedoch das Doppelte an Unterstützung. Da die in Kompanien zusammengefaßten Invaliden auch leichte Arbeiten, vornehmlich im militärischen Bereich z.B. Wachdienste, zu leisten hatten, bleibt die Frage offen, welche Verletzungen vorliegen mußten, um als Pensionär im heutigen Sinne ohne berufliche Verpflichtungen sein Leben verbringen zu dürfen.

Zu den genannten Sätzen konnten Zulagen gewährt werden, wenn die Umstände dies rechtfertigten. Diejenigen,

"welche vor dem Arzt lagen, und demnach mit offenen Schaden oder sonsten mit Schwachheit behaftet sind, nach Ermessigung ihrer Gebrechlichkeit und so lange sie der Cur bedürfen, monatlich über das ordinair Vermachnis 12, 15, 18, bis 24 mgr. oder mehr zu geleget werden."

An diese festgelegten Zulagen für besondere Härtefälle und Zuschüsse für auswärtige Unterbringung hielt man sich erstaunlich lange, denn 81 Jahre später, im Jahre 1776, finden sich ähnliche Beträge wieder:¹

1. Jürgen Seedorf	monatl.		18 gr	6 Rth
2. Heinrich Behnsen	"		18 gr	6 Rth
3. Friedrich Taacken	"	3 Rth	12 gr	40 Rth
4. Friedrich Hentjen	"	1 Rth		12 Rth
5. Frants Albrecht	"	3 Rth	12 gr	40 Rth
6. Ernst Groterjahn	"	3 Rth	12 gr	40 Rth
7. Friedrich Flentjen	"	3 Rth	12 gr	5 Mon. 16 Rth 24
				160 Rth 24

¹ Hann. 47 I 157

Die Frage der Gerichtsbarkeit bedurfte später eindeutiger Klärung, nachdem sich die auf dem Lande lebenden Invaliden der Strafverfolgung unter Berufung auf das für sie zutreffende Militärrecht zu entziehen versuchten. Vorladungen des ortsständigen Gerichts wurden häufig ignoriert, verhängte Strafen unter dem Hinweis auf das "Forum militare" nicht zur Kenntnis genommen und als nicht rechtskräftig angesehen.

Mit dem Erlaß vom 20. Oktober 1712 (Anhang 7) wurde verordnet, daß sich alle, außer den im St. Wilhelm-Hospital zu Celle sowie den in Münden und Springe lebenden Invaliden, dem Gericht zu stellen hatten, das für den jeweiligen Wohnort zuständig war. Bestrafung konnte ohne Einschaltung der Kriegskanzlei vorgenommen werden, mit einer Einschränkung, daß die Gnadenpension nicht gekürzt werden durfte ("Jedoch mit keiner Geldbusse an ihrer Gnaden-Pension.."). Wurden jedoch die invaliden Soldaten vorübergehend zu zwingenden militärischen Diensten eingesetzt, unterstanden sie für diesen Zeitraum wieder der Jurisdiction des Forum militare.

Am 2. April 1716 (Anhang 8) wurde der Personenkreis im Hinblick auf ihren militärischen Rang und der daraus erwachsenen Zuständigkeit nochmals neu definiert. Hiernach unterlagen "Ober-Officiers" der Generalität und dem Kriegsgericht. Dies erfolgte in der Weise, daß sie wie reguläre Truppenangehörige behandelt wurden. In "Causis talibus" wurden Strafen jedoch zivilrechtlich verfolgt. Es wird hier zum ersten Mal erwähnt, daß nicht nur Unteroffiziere und gemeine Soldaten in den Genuß des Gnadengeldes kommen konnten, sondern auch höhere Stabs-offiziere. Unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang ranghöhere Soldaten bedacht wurden, geht aus den vorhandenen Akten nicht mehr hervor. Offiziere der Landmiliz, die vorher als ordentliche Soldaten gedient hatten, unterlagen dem ortsständigen Zivilgericht.

Im Interimsreglement¹ erging ferner die Vorschrift, daß gesundheitlich wiederhergestellte Soldaten zu ihren Regimentern zurückkehren mußten oder anderweitig ihr "Brod^t verdienen" sollten. Die optimale Beschäftigung von Arbeitskräften zählte damals genauso wie heute. Umschulung und Integrierung der Kriegsverehrten in den Arbeitsprozeß hat nach wie vor aktuelle Bedeutung.

Die Inanspruchnahme öffentlicher Gelder stellte die Invaliden in den Kompanien weiterhin unter Militärrecht. Waren die einen dem Provisorius und dem Hospitalverwalter unterstellt, so wurden diese von einem "Ober- oder tüchtigen Unterofficier" befehligt. Sie konnten disziplinarisch herangezogen werden. Der Offizier war berechtigt, "nach militärischen Brauch die geringe Verbrechen zu bestrafen, von den größeren aber an Unsere Krieges Cantzeley referieren."² Die Stadt konnten sie nur mit seiner Genehmigung verlassen.

Die Verfügungsgewalt über diese altgedienten Soldaten ging sogar soweit, daß ihnen, wie unter 8. des Interimsreglement zu lesen ist, nicht vergönnt war, "sich zu verheyraten, oder derselbe solchen Fallß des Genußes des Hospitals verlustig seyn." Diese Bestimmung bezog sich auch auf die auswärtig in den Kommandos untergebrachten Invaliden. Wurde dennoch eine Ehe ohne den Segen der militärischen Obrigkeit geschlossen, war sie vor dem weltlichen Herrn ungültig. Dies war im 17. und 18. Jahrhundert im Heereswesen durchaus üblich. Der Grund dieser Maßnahme war nicht in puritanischen Gesichtspunkten zu sehen, sondern vielmehr in dem Umstand zu suchen, daß verheiratete Soldaten die Truppen unnötig vergrößerten. War schon in Friedenszeiten die Unterbringung von verheirateten Paaren in Privatunterkünften nicht problemlos, so wurde die Lösung dieser Frage während eines Feldzuges wesentlich schwieriger. Es war nicht zu verdenken, daß deshalb die Zahl der Ehepaare

1 Anhang 4 Abs. 7

2 Anhang 4 Abs. 10

äußerst überschaubar gehalten wurde. Daß diese Richtlinien auch auf die Invaliden angewandt wurden, erscheint unter dem Gesichtspunkt verständlich, daß die eine Gruppe nach wie vor dem Kriegsrecht unterlag, die andere, im Hospital aufgenommene Gruppe außerdem noch äußerst klein gehalten werden mußte, weil dies die Enge des Hauptgebäudes mit seinen 22 Kammern einfach gebot.

Was die kirchliche Aufsicht betraf, ging es den Invaliden auf dem Lande nicht anders als den im Hospital St. Wilhelm zu Celle lebenden Soldaten. Der ihnen vorstehende Unteroffizier hatte darauf zu achten, daß

"sie fleißig zur Kirche gehen, eines frommen still und christlichen Lebens sich befleißigen, also das weder Ihren Wirthen in den Städten noch männiglich die geringste Ungelegenheit von ihnen gemachet werde."

Sie sollten also in keiner Weise unangenehm auffallen, was sicherlich hier und da zu Konfliktsituationen geführt hat.

In den Städten, in denen sie gesammelt lebten, wurde unter Bezahlung von 1 Taler monatlich ein "Pastor oder Capellan" für ihr Seelenheil bereitgestellt. Dieser hatte ihnen das Abendmahl zu verabreichen und täglich eine teilnahmspflichtige Betstunde abzuhalten. Der Kirchgang an den "gewöhnlichen Predigt Tagen" gehörte zu den üblichen Pflichten.

Ärztliche Versorgung war kostenlos.¹ Der "Chirurgus in solcher Stadt" erhielt für seine Dienste an den Invaliden monatlich 2 Taler, also überraschenderweise mehr als der Pastor. Dies steht im Gegensatz zu den entsprechenden Gehältern im Hospital St. Wilhelm. Der Chirurg hatte die Invaliden ärztlich zu betreuen und wenn notwendig, Kuren zu verschreiben. Er durfte "nichts

1 Anhang 4 Abs. 12

zu fordern haben, als was Artzeney, so er ordnet, kosten wird." Hiermit wollte man sicherlich einem Nebenerwerb vorbeugen. Auf jeden Fall waren die Arzneikosten von den Invaliden selber zu tragen. Bei Fehlen eines Chirurgen am Orte hatte die Kriegskanzlei einen solchen anzustellen.

Sterbefälle unter den Invaliden waren umgehend meldspflichtig. Konnten die Kosten der Beerdigung nicht von privater Hand gedeckt werden, waren die städtischen Behörden gehalten, diese vorzustrecken und der Hospitalkasse zur Gutschrift weiterzumelden.

Unterstützungsbedürftigen Kindern von ehemaligen Soldaten stand ein jährlicher Betrag von 50 Thl. zur Verfügung.¹ In der Stiftungsurkunde von Dez. 1689 waren nur 40 Taler für diesen Zweck erwähnt. Dieser Posten ist also in 6 Jahren um 10 Rth. angehoben worden. Dies mag daran liegen, daß nunmehr "auch krank- und breshaften Weibern, einiger maßen geholfen" werden sollte.

In Friedenszeiten konnte nur eine bestimmte Anzahl Soldaten von jedem Regiment in den Kreis der Invalidenfürsorgeempfänger aufgenommen werden. In Kriegszeiten jedoch

"..soll bey den auf den Feldfuß stehenden Regimentern auf keine gewisse Anzahl gesehen, sondern Unterofficiers und Gemeinen solcher Regimenten, welche in Kriegsdiensten entweder blind oder lahm geschossen oder sonst durch blessuren oder während der Dienstzeit erhaltene schwere Krankheiten und Schaden dergestalt gebrechlich geworden, daß sie sich selbst nicht hegen und pflegen können, die Gnade des Hospitals oder die Zulage des Gnadenbrocken angedeihen."

Also gab es im Falle der Invalidität während der Kriegszeit keine zahlenmäßige Beschränkung. Das Friedensreglement vom 10. April 1733 (Anhang 6) steckt den

¹ Anhang 4, Abs. 14

Rahmen für die einzelnen Kontingente, die jeder Einheit zustanden, ab.

Regiment Dragoner	6 pro Jahr
Regiment Reuter	3 "
Bataillon Infanterie	7 "
Leib-Garde zu Pferde und jedem Artillerie	
Corps je	4 alle 2 Jahre

Angesprochen waren: " gemeinen Reuters, Dragoners, Mousquetiers, auch Constables, Hautboisten und Tambours gehet, also lassen Wir es auch, wie Wir ausdrücklich wollen und hiemit verordnen, dabey bewenden, daß alle Wacht- und Quartier-Meisters, Sergeanten, Unter-Officers, Corporals, Stück-Junckers und Feuerwerckers, auch Pauckers, Trompeters und Regiments-Tambours", soweit sie von ihrem Regimentschef eine Bescheinigung über Wohlverhalten während der Dienstzeit und einen Beschädigtennachweis vorlegen konnten. Erreichte eine Einheit nicht in dem Zeitraum von einem Jahr die ihr bewilligte Anzahl an Invaliden, verfielen nicht etwa die unausgenutzten Plätze, sondern sie wurden dem nächsten Jahr gutgeschrieben.

2.6. Zahlenmäßige Belegung des Hospitals St. Wilhelm

Die nachfolgenden Aufstellungen umfassen beinahe vollständig die Anzahl der Invaliden, die während des Bestehens des Hospitals aufgenommen wurden.

"Verzeichnis

derer in das Hospital St. Wilhelmi zu Celle von der ersten Einrichtung bis hierher in Verpflegung gewesenen Invaliden¹

Im Jahre	Personen	Im Jahre	Personen
1684	sind verpflegt worden	1715	noch
	-		13
1685	12	1716	13
1686	12	1717	14
1687	12	1718	13
1688	15	1719	12
1689	12	1720	11
1690	12	1721	sind ver-
1691	12		pflegt wor-
1692	17		den
1693	20	1722	10
1694	40	1723	8
1695	32	1724	7
1696	41	1725	9
1697	35	1726	9
1698	31	1727	10
1699	24	1728	14
1700	23	1729	14
1701	29	1730	17
1702	31	1731	29
1703	32	1732	39
1704	38	1733	40
1705	55	1734	40
1706	40	1735	40
1707	34	1736	43
	noch 2 Mägde	1737	39
1708	33	1738	34
1709	28	1739	30
1710	26	1740	36
1711	nebst 2 Mägde	1741	33
1712	17	1742	35
	dazu noch neue	1743	31
	noch bleßirte	1744	33
1713	15	1745	45
	noch	1746	83
	noch	1747	74
1714	14	1748	65
	noch	1749	61
	noch	1750	30
	noch	1751	30

¹ Hann. 47 I 157

Im Jahre	Personen	Im Jahre	Personen
1752	38	1759	36
1753	38	1760	38
1754	36	1761	41
1755	36	1762	39
1756	37	1763	38
1757	38	1764	33
1758	41		

Hannover 13. Febr. 1766"

Belegung 1750-1769 (Extrakt) Hann. 47 I 157.

1765	33
1766	26
1767	23
1768	23
1769	25

Diese Angaben für das Haus in Celle sind einmalig, denn weder für die Kommandos in Münden und Springe, noch für das Invalidenhaus in Hameln waren solche Daten zu finden. Bei Durchsicht der einzelnen Jahrgänge ist nicht zu übersehen, daß das Haus oft, wenn man von dem Dienstpersonal einmal absieht, unterbelegt, ja geradezu leer, zu anderen Zeiten jedoch wieder hoffnungslos überfüllt war. Bei 22 Kammern mit je 2 Betten mutet die Anzahl von nur 7 Hospitalisten 1724 äußerst gering an. Der absolute Höchststand von 83 Invaliden im Jahre 1746 ist dann wiederum, gemessen an der vorhandenen Kapazität, bemerkenswert. Es mag sich dabei um Ab- und Neuzugänge handeln, die für die Statistik zusammengezählt wurden. Allerdings müssen die drei schlesischen Kriege zwischen Preußen und Österreich (1740-63) in Rechnung gestellt werden, die die Invalidenzahl ansteigen ließen. Offenbar wurden Notlager errichtet, denn es wird nicht erwähnt, daß 2 Soldaten in einem Bett zu schlafen hatten, wie das noch im Hôtel des Invalides in Paris der Fall war.

Gerade in den Jahren der Unterbelegung fanden im westeuropäischen Raum Feldzüge statt, die eher einen Anstieg der Zahl vermuten lassen würden. Erwähnt sei der Spanische

Erfolgkrieg (1701-14), der allein am 11. Sept. 1709 in der Schlacht bei Malplaquet auf hannoverscher Seite 32 Offiziere und 490 Mann das Leben kostete und 122 Offiziere sowie 1580 Mann als Verletzte forderte.

¹ Vgl. Louis v. Sichart: Geschichte der Königlich-Hannoverschen Armee. Hannover 1937, Bd. 2, S. 330.

Ein hoher Ausfall, gemessen an den 15000 Mann, die an hannoverschen Truppen bereitgestellt wurden. Dennoch ging die Anzahl der Hospitalisten von 1708 bis 1709 um 5 zurück und verringerte sich 1710 nochmals um 2. Dieser Rückgang geht jedoch in gewisser Weise konform mit den Pensionsbestimmungen, die zur selben Zeit aufgrund der kritischen Finanzlage des Landes neu gefaßt wurden. Demgegenüber steht die Entwicklung nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg (1741-48), der dem Hospital 1745 45 Insassen und 1746 die erwähnten 83 Insassen bescherte. Eine eher traurige Bilanz. Bis zur Auflösung des Hauses ging die Zahl der Hospitalisten stetig zurück. Offenbar zogen sie es vor, bei Freunden oder Familienmitgliedern in größerer Freiheit ohne die teilweise harten Auflagen des Invalidenhauses zu leben.

2.7. Pensionierungsvorschriften

In dem Schreiben über die Höhe der Unterhaltszahlungen vom 2. Dez. 1709 (Anhang 9) sieht sich Georg Ludwig veranlaßt, wegen Geldmangels Kürzungen vorzunehmen. Als Grund gibt er an, daß wegen der

"sich haufenden Invaliden die zu deren Verpflegung destinierte Revenuen nicht mehr zu reichen wollen, und Wir dan nöthig gefunden von denen monathl. Unterhalt etwas abzubrechen, und selbigen solcher gestalt bey der Hospital Caße bezahlen zu laßen.."

Vom 1. Jan. 1710 sollten demnach erhalten:

Ein Wachtmeister, Quartiermeister,	
Trompeter oder Sergeant	2 Thl. 18 mgr.
Ein Unterofficier	2 Th. - "
Ein Corporal	1 Thl. 18 "
Ein Garde Reuter	1 Thl. 18 "
Ein Constabel	1 Thl. - "
Ein Gefreyter	- Thl. 24 "

Ein Reuter - Thl. 24 mgr.
 Ein Musquetier - Thl. 24 "

Der ComiBarius Hieronymus Christian Meyer hatte darauf zu achten, daß keine Ausnahmen und Übervorteilungen vorkamen, sondern "eine durchgehende Gleichheit" erreicht wurde.

Mit Erlaß vom 9. Dez. 1709 (Anhang 10) wurden noch einmal die Zulagen angesprochen, die im Sinne der Gleichbehandlung wegzufallen hätten. Da in Krankheitsfällen der Schweregrad jedoch nicht einfach pauschal taxiert werden konnte, ging man von der Überlegung aus, daß

" einige von solchen preßhaften Leuten
 vor andern Übel zu gerichtet seyn solten.."

man ihnen dennoch ein "extraordinarium" gewähren sollte. Offenbar waren diese Regelungen nicht zufriedenstellend, denn Georg Ludwig erließ im selben Monat, am 29 Dez. 1709 (Anhang 11) eine dritte Verordnung, die die ersten qualitativ und quantitativ aufhoben. Diese rege Folge von Modifizierungen umrissen den Geltungsbereich umfassender, so daß er in jener Form fast 10 Jahre Gültigkeit hatte.

Grundsätzlich sollten nur solche berücksichtigt werden, die sich aufgrund ihrer Verletzungen nicht selbst mehr versorgen konnten und auf Dritte angewiesen waren. Der Grad der Invalidität umfaßte solche, die in

"Unsern Krieges Diensten entweder blind, oder gantz lahm, oder sonst solcher gestalt durch empfangene Blessuren gebrechlich gemacht worden, daß sie nicht mehr dienen und sich selbst hegen und pflegen können, bey ihrer Rückkunft auß der Campagne in Unsere Hospitäler auf genommen werden sollen.."

Die Soldaten, die in den Celler Regimentern dienten,

sollten in das St. Wilhelm -Hospital untergebracht, diejenigen, die den hannoverschen Einheiten angehörten, in Münden und Springe "genommen und daselbst verpfleget und curiret werden." Es kam ihnen somit auch ärztliche Heilfürsorge zugute. Es war aber jedem unbenommen, zu Hause bei der Familie oder Freunden unterzukommen, falls dies gewünscht wurde. Für diesen Fall konnte ein "gewisses Stück Geldes ein für alles" verlangt werden. Man stellte also den Soldaten eine einmalige Entschädigung anheim. Anspruch auf diese Abfindung hatten sowohl "welche in Unseren Lande zu Hauße sind, als die so aus frembde Lande gebürtig." Außerdem stand Ausländern auch die Möglichkeit offen, in Celle, Münden oder Springe unterzukommen.

Mit "Fleiß" hatte die Kriegskanzlei darauf zu achten, daß Soldaten, die bereits vor dem Feldzug "ungesund und gebrechlich" waren, nicht in die Hospitäler aufgenommen wurden. Denjenigen, die außer ihren Verletzungen noch an einer Krankheit gelitten hatten, wie "der fallenden Sucht, Brüchen, Schwind- oder Wäßersucht oder dergleichen Übel", und unter der Voraussetzung, daß sie "nur etwa vier Jahr bey Uns gedienet haben", wurde das Recht auf Aufnahme abgesprochen. Die Neuregelung der Invalidenversorgung machte also in gewisser Weise alle prophylaktischen Maßnahmen zur Ferce, da man den Betroffenen ihre für das Invalidenhaus eingezahlten Beiträge im Falle von Einheimischen sechsfach, bei Ausländern jedoch nur vierfach zurückerstattete und somit die eigentliche Zusicherung bzw. Erwartungen umging. Waren Soldaten dieser Gruppe jedoch länger als vier Jahre aktiv im Jahrdienst tätig, hatten sie Anspruch auf Aufnahme. Dies galt ohne Einschränkung auch für die Soldaten, die vorher nicht krank waren. Die Mindestzeit von 4 Jahren Truppenzugehörigkeit fand bei den letzteren keine Anwendung. Es genügte schon "einen Monath oder

noch eine kürzere Zeit".

Der Commisarius Meyer und Hospital-Propisor Franck wurden angewiesen, folgende geänderte Pensionssätze monatlich auszuzahlen:

Quartier Meister, Wachtmeister,	
Sergeanten und Trompeter	3 Rth
einen Unter Officier	2 Rth 18 gr.
einen Corporal	2 " - "
einen Garde Reuter	2 " - "
einen Constabel	1 " - "
einen Gefreyten	1 " - "
einen Reuter oder Dragoner	1 " - "
einen Musquetier	1 " - "

Es erscheint einigermaßen befremdlich, nach welchen Gesichtspunkten die Festlegung der Pensionen nach Dienstgraden getroffen wurde. Ein Unteroffizier, der entscheidend am Kriegsgeschehen beteiligt war, erhielt weniger als ein Trompeter, dessen Funktion damit offenbar höher bewertet wurde.

Eine Neufassung der Pensionsvorschriften wurde nach "Reduction unserer Troupen nach geendigten Frantzösischen Krieg" durch die gestiegene Anzahl der Invaliden erforderlich. Nach der Verordnung vom 23. Oktober 1719 (Anhang 12), die den im Erlaß vom 29. Dez. 1709 angesprochenen Personenkreis und die Höhe der Pensionen unverändert ließ, wurden den "Zeiten und Umstände" angepaßt folgende Änderungen eingeführt:

1. Gesunde Soldaten, die nach einem Monat oder noch kürzerer Zeit im Feldzug verwundet wurden, sollten nur noch gem⁸ Reglement vom 29. Dez. 1709 (Anhang 11) ein Gnadengeld erhalten.

2. Unteroffiziere und Gemeine, die länger als 4 Jahre gedient haben, vorher jedoch schon an "der fallenden Sucht, Brüchen, Schwindeln, Waßer- und Schwindsucht, Schaden am Arm oder Beinen, oder dergleichen Übel, auch Kranckheiten halber nicht weiter fortkommen können", nach Vorlage der Entlassungsurkunde und des Attestes ebenfalls nur noch das Gnadengeld erhalten.
3. Die Auszahlung der vorher bereits erkrankten Soldaten blieb unverändert.
4. Die Unteroffiziere und Gemeine, die aus Altersgründen abdanken mußten, erhielten ein Gnadengeld, soweit sie "zwanzig und mehr Jahre gedienet haben ob sie schon nicht precise sechzig Jahre alt sind."
5. Soldaten, die in Ausübung ihrer Dienstes durch Unfälle zu Invaliden wurden, werden in den Kreis der Gnadengehaltsempfänger aufgenommen.
6. Eine Abfindung stand allen Berechtigten nach wie vor offen.

Weitere Änderungen der Pensionsvorschriften behielt man sich vor, sollte dies erforderlich werden. Mit dieser Neufassung sollte in erster Linie einer Überfüllung des Hospitals St. Wilhelm sowie einer Überschwemmung der Orte Münder und Springe mit Invaliden entgegengewirkt werden. Pattensen und Eldagsen werden zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr erwähnt. Aber auch die Verschärfung der bisherigen Bestimmungen wird deutlich. Es kann aus dem Text gefolgert werden, daß bis dahin das pensionsfähige Alter bei 60 Jahren lag. Diese Altersgrenze stand jedoch nach der neuen

Verordnung nicht mehr als Hauptvoraussetzung für eine Pensionierung im Vordergrund. Ausschlaggebend war jetzt eine Dienstzeit von mindestens 20 Jahren.

Die Invaliden, die bei Familienangehörigen lebten, genossen Steuerfreiheit, wenn sie keinen Haus- und Grundbesitz vorzuweisen hatten. Auch waren ihnen Kirchenabgaben und Leichengebühren erlassen, soweit die Beerdigung ohne große Zeremonien nach "Soldaten-Manier" durchgeführt wurde. Die Abgabefreiheit für Invaliden legten die Konsistorial- und Kirchenräte im Auftrage Georg III. am 23. Febr. 1734 fest.¹

"Gebühren, vom 23. Febr. 1734."

Unsere etc. Demnach resolviret, daß denen im hiesigen Lande wohnenden Invaliden, welche keine pflichtige Häuser oder Gründe besitzen, das von selbigen an einem oder anderen Orte bis daher verlangte Pfarr-Accidens eines Jährlich zu liefernden Himbten Rockens oder ander dergleichen jährlichen Abgifte nicht ferner abgefordert werden solle; imgleichen, daß gedachte Invaliden, welche mit ein eigen pflichtigen Gründen angesessen sind, wegen der Leichen-Gebühren gleiche Freyheit mit denen gemeinen Soldaten und Unter-Officiers inclusive des Sergeanten genießen, bey deren Beerdigung, wenn dieselbe von ihren Cameraden auf Soldaten-Manier ohne sonstige Caeremonien und Leichen-Gefolge begraben werden, keine Jura-Stolae exigiret werden sollen; So begehren, namens Sr. Königl. Majestät von Groß-Britannien und Chur-Fürstl. Durchlaucht zu Braunschweig und Lüneburg Unseres allergnädigsten Herrn, Wir an euch hiermit, ihr wollet allen und jeden in der euch anvertrauten Inspection befindlichen Predigern und andern zum Clero gehörigen Personen, daß sie bey Vermeidung willkürlicher Ahndung demjenigen, was vorhin verordnet ist, genau nachleben sollen, nomine Consistorii ernstlich und nachdrücklich anbefehlen; welchergestalt solches geschehen sey, innerhalb 4 Wochen nach Empfang dieses anhero berichten, auch für eure Person euch selbst hiernach gebührend achten.

Hannover, den 23. Febr. 1734

Königl. Groß-Britannische zum Chur-Fürstl. Braunschw. Lüneb. Consistorio verordnete Consistorial- und Kirchen Räthe."

¹ Chur-Braunschweig-Lüneburgische Landesverordnungen und Gesetze Cal. Theiles, I 3, Göttingen 1740, Cap.3, Nr. LXI, S. 192.

Daß die Befolgung dieser Verordnung "ernstlich und nachdrücklich" befohlen wurde, legt den Schluß nahe, daß man üblen Mißbrauch in dieser Hinsicht trieb. Ganz offensichtlich wurden die Invaliden neben ihrem Mißgeschick auch noch vom Klerus geschröpft, indem sie der örtlichen Geistlichkeit die geforderten Getreideabgaben ("Himbtn Rockens") oder sonstige jährlichen "Abgifte" liefern mußten.

2.8. Finanzierung und Unterhaltung

Mit einem Kapital von 10200 Rth. nahm die Stiftung ihren Anfang. Diese beträchtliche Summe wurde aus diversen Quellen zusammengetragen, denn der Stifter allein hätte diesen Betrag nur unter Mißachtung seiner landesherrlichen Interessen aufbringen können. Er selbst steuerte im Jahre 1680 aus eigener Tasche 6000 Rth. hinzu, seine Frau 1000, Strafgelder brachten 1000 Rth. ein, Freiherr von Marenholtz beteiligte sich mit 200 Rth und weitere 2000 Rth waren das stolze Ergebnis einer 5%igen Verzinsung dieser Gelder. Neben Pachtgeldern wurden noch Sachbezüge, wie freie Weide für Kühe, freies Holz und Torf von der herzoglichen Burgvogtei sowie Obst und Gemüse aus hauseigenen Gärten zur Verfügung gestellt. Die Absicht Georg Wilhelms, seinen Untertanen das Soldatentum attraktiver zu machen, indem er ihnen die Sorge um einen beschwerlichen Lebensabend nahm, erschien zunächst einmal gesichert.

Weitere Einnahmequellen wurden durch das Schreiben vom 13. Dez. 1709 (Anhang 13) erschlossen und sichergestellt. Danach fielen der Hospitalkasse "Erbschaften und Anfälle, deren Wir Uns entweder gänzlich oder zum

Theil Jure Albinagii oder Detractus anzumassen haben" zu, desweiteren die Hälfte aller Strafgelder, die von "Unseren Regierungen, Cantzeleyen, Hoff-Gerichten, Rent-Cammer, Policy- und Lehn-Wesen" eingenommen wurden, die Erträge des ersten Jahres von vakant gewordenen Lehen, jeweils ein Monatsgehalt "bei allen Civil- und Militair-Promotionen, sowol der Generalen, als Staabs-Artillerie, und anderer Officirer, exclusive der Unter-Officirer," die Löhne für freigewordene Stellen in den Regimenten. England und Holland hatten für die in Brabant kämpfenden hannoverschen Truppen zu zahlen. 1% der erzielten Kursgewinne ("Wechsel-Benefice") ging ebenfalls an die Hospitalkasse. Das Kapital wurde ferner durch 3000 Rth aufgestockt, die der Nachlaß des 1704 gefallenen Oberst Loßier erbrachte. Schenkungen und Zölle, sowie die nicht unbeträchtlichen Abgaben, die die Soldaten selber leisteten, ließen die Rücklagen 1711 auf 42 246,24 Rth ansteigen. (Anhang 14)

Die Beiträge der Soldaten schwanken zwischen 394,1 Rth 1684 und 10515 Rth 1708. Am Schluß der Haushaltsrechnung (Anhang 14) im Jahre 1711 sind noch 10404 Rth ausgeworfen. Diese Unterschiede sind auf die sich ständig verändernde Heeresstärke zurückzuführen.

Das abzuführende Monatsgehalt bei Zivil- und Militärdienstbeförderungen war Anlaß zu jahrelangen Streitereien und Beschwerdeverfahren. In den Verordnungen über die "Duodecima" vom 11. März 1711 (Anhang 15), vom 14. März 1712 (Anhang 16) und 11. Oktober 1718 (Anhang 17) wurde schließlich darüber befunden, daß nur "das sur plus aber von ihrer avancirenden Gage dem Hospital zufallen und

dabey berechnet werden."

Verzinst wurden die Gelder zu einem Zinssatz von 5%. Der Hinweis, "Von dem Vorrathe genommen", läßt darauf schließen, daß nicht das gesamte Kapital angelegt wurde. Die Schwankungen in den Einnahmen aus Zinszahlungen machen dies deutlich: 1690 wird lediglich ein Betrag von 50 Rth bei einer vorhandenen Summe von 10200 Rth ausgeworfen, während 1706 die Rekordsumme von 2186 Rth erzielt wird. Angelegt war das Geld hauptsächlich in England, ein Umstand, der sich bei der Besetzung durch die Franzosen 1803 als äußerst vorteilhaft erwies.

Trotz dieser stattlichen Beträge war ein Zuschuß aus der Kriegskasse unerlässlich. 1775 wurde das Hospital St. Wilhelm mit 1304 Rth und 1776 mit 1206 Rth unterstützt. (Anhang 18) In den Jahren 1790-1792 (Anhang 19) erscheint in den Haushaltsrechnungen für die Celler Hospitalisten ein jährlicher Zuschuß von 2000 Rth. Dies waren Barauszahlungen, d.h. Pensionsgelder, denn das Haus wurde ja bereits 1779 geschlossen.

2.9. Ausgaben und finanzielle Schwierigkeiten des Hauses

Für die Jahre zwischen 1750 und 1769 liegen komplett die Ausgaben für Unterbringung und Verpflegung der Hospitalisten vor. (Anhang 20) In diesem Zeitraum wurden 687 Invaliden aufgenommen und verpflegt. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Belegung mit 34 Soldaten und einem Verspflegungssatz von 60 Rth pro Jahr, mußten für jeden Invaliden etwa 5 Rth monatlich aufgewendet werden. Die auf dem Lande lebenden Invaliden erhielten jedoch zur selben Zeit nur etwa 3 1/2 Rth. Diese Differenz sollte bald das Schicksal des Invalidenhauses bestimmen. Beim genaueren Durchrechnen der Ausgaben fällt auf, daß der Etat in 20

Jahren unverändert hoch blieb, trotz schwankender Belegung. An der Anstaltsverpflegung kann es nicht gelegen haben, denn diese blieb in Art und Zusammensetzung während der gesamten Zeit des Bestehens unverändert. Der Verdacht liegt nahe, daß hier etwas im Argen lag. Und in der Tat erfreute sich das Hospital zu diesem Zeitpunkt nicht mehr besonderer Beliebtheit bei den Insassen, noch war das offizielle Interesse an dieser Institution sehr groß, was man bei positiver Betrachtung Herzog Georg Wilhelm noch zubilligen muß. Die Verwaltung in Hannover kümmerte sich jedenfalls nicht mehr ausreichend und wirkungsvoll um die Leitung der Anstalt. Es kam deshalb zu allerlei Mißständen und Klagen, die 1766 in einem langwierigen, später aber niedergeschlagenen Disziplinarverfahren gegen den Verwalter endeten.

1775 und 1776 (Anhang 18) decken sich die Einnahmen exakt mit den Ausgaben, nämlich 1350 Rth 25 gr. 2 $\frac{7}{9}$ $\frac{1}{2}$ und 1206 Rth - gr. $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$. In diesen Jahrgängen sind sogar die diversen Posten einzeln aufgeführt, wobei jedoch die Honorare für ärztliche Behandlung fehlen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die "Gagen an Hospital-feldschers, auch Medicin und Arzt-Lohn für die kranken Pensionair-Invaliden in und nahe Hannover" direkt von den Kassen in Hannover und Celle ausbezahlt wurden. (Anhang 19) Ausgaben für Pensionäre mit auswärtiger Unterbringung wurden 1775 unter "Extraordinair" mit 63 Rth und 1776 mit 160 Rth 24 gr. angegeben. (Anhang 18)

Wenn man die nachweisbaren Ausgaben vergleicht, so ist deutlich ein rückläufiger Trend festzustellen. Während zwischen 1750 und 1769 Ausgaben in Höhe von 2042 Rth jährlich anfielen, beliefen sich diese 3 Jahre vor Schließung des Hauses nur noch auf 1206 Rth.

2.10. Auflösung des Hospitals St. Wilhelm

Wenngleich die Gesamtausgaben für das Haus in den letzten ca. 30 Jahren stetig abnahmen, bleibt es augenscheinlich, daß trotz schwankender, aber letztlich ebenfalls abnehmender Gesamtzahl der Insassen die Ausgaben für jeden Einzelnen nicht weniger wurden. Dies mußte der Verwaltung in Hannover aufgefallen und ein Dorn im Auge gewesen sein. Auch wußte man längst, daß die meisten Invaliden einen Lebensabend bei Freunden den gebundenen Verhältnissen im Hospital vorzogen. Dies ist nicht verwunderlich, denn neben diversen anderen Mißständen hatte auch die Anstaltsverpflegung unter der schlechten Leitung gelitten. Der Gnadenpension von 40 Rth jährlich bei auswärtiger Unterbringung wurde schlechthin der Vorzug gegeben. Hier war ein Anhaltspunkt gegeben, Kosten einzusparen, denn die Ausgaben pro Insasse erreichten zum Schluß bei einer wechselnden Gesamtzahl von höchstens 17 Soldaten einen Betrag von 66 Rth. Im Mai 1772 stellte der Hospitalkommissar Hartmann die Kosten in Höhe von 67 Rth für einen in Celle untergebrachten Invaliden den in Münder und Springe lebenden Soldaten von nur 34 Rth 19 mgr. gegenüber.

Man fragte sich, wie die Kosten reduziert werden konnten. Am 7. 9. 1733 ¹ wurde zur Diskussion gestellt, die Pensionen zu kürzen, um mehr Soldaten ins Invalidenhaus aufnehmen zu können. Zu diesem Zeitpunkt ist noch von 4 Rth Gnadenpension und einer Neueinkleidung alle 2 Jahre die Rede. Andererseits wurde die endgültige Schließung des Hauses in Erwägung gezogen.

¹ Hann. 47 I 157.

Eine weitere Überlegung ging dahin, daß, wenn die Auflösung des Hauses von den Insassen nicht erwünscht war, alten, bereits pensionierten Soldaten 5 Rth, nachrückenden Invaliden jedoch nur 4 Rth einzuräumen. Sarggeld sowie die Bezahlung für den Arzt und den Pastor, die sich um die Invaliden in Celle bemühten, sollten nicht abgeschafft werden. Medizin blieb dann ebenfalls in Ausnahmefällen kostenlos.¹

Die Frage der Neufestlegung von Pensionen blieb aber vorerst ungelöst. Es folgte ein ständiges Hin und Her. Hauptmann Benecke gab auf Anfrage der Geheimen Räte vom 15.4.1777 an, daß die Invaliden es vorzögen, mit 40 Rth jährlich abgefunden zu werden. Ob dies in jedem Fall und so pauschal den Tatsachen entsprach, muß dahingestellt bleiben. Er gab aber zu bedenken, daß die meisten das Hospital gar nicht verlassen könnten, weil sie dann auf die wegen ihrer Verletzungen notwendige Pflege verzichten müßten. Außerdem sollte der sichere Umstand erwogen werden, daß "derjenige Soldat, der sich mit keiner Arbeit beschäftigen kann, sich dem Gesöff ergibt. Bekommt dieser auch monatlich 3 1/2 Rth, so sind sie in den ersten acht Tagen des Monats versoffen, und er muß die übrigen 3 Wochen Noth leiden." In diesem Punkt wird er schon gewußt haben, wovon er sprach. Nur fällt auf, daß hier schon nicht mehr von einem Satz von 5 oder 4 Rth, sondern nur noch von 3 1/2 Rth monatlich die Rede ist.

Auch meldete sich am 9. April 1777 der Hospitalverwalter Winter zum Thema. Er beanstandete, daß für

¹ "Essen, Trinken, Kleidung und Arzeney" frei gemäß Hs. 1753 Landesbibl. Hannover XXIII 1231. Etat der sämtlichen Deutschen Troupen Sr. Königlichen Maj. von Groß Britannien nebst der Errichtung, Uniforme und Quartier eines jeden Regiments.

13 Insassen das Heizmaterial zu teuer wäre. Dies sei darauf zurückzuführen, daß die Insassen nebenher noch kochten, was einen zusätzlichen Verbrauch an Feuerung bedeutete. Bei der Eintönigkeit der Verpflegung war diese Selbsthilfe der Invaliden eigentlich nicht verwunderlich. Außerdem wurde den Hospitalisten

für "Abendvorkost" (s. Punkt 7 aller Ausgabe Gelder des Hospitals für 1775 und 1776, Anhang 18) eine bare Entschädigung gewährt. Selbständige Zubereitung, die das Kochen gewissermaßen einschließt, war nicht zu vermeiden, was wiederum in Mehrkosten für Brennmaterial resultierte. Wir erfahren auch erstmalig, daß zu dieser Zeit bereits Invaliden auf Land geschafft und dort untergebracht wurden. Diese Maßnahme darf wohl als Vorbereitung für eine künftige Räumung angesehen werden. Dieser Eindruck entsteht deshalb, weil das Haus mit seinen Unterkünften für "etliche und dreyßig" geschaffen war. Andererseits konnten diese Ausquartierungen notwendig geworden sein, da das Hospital in einem heruntergekommenen und desolaten Zustand gewesen sein soll. Die Reparaturen, laut Rechnung aus dem Jahre 1775 (Anhang 18) mit 47 Rth. 25 gr. 4 $\frac{1}{2}$ angegeben, konnten dem stetigen Verfall nicht aufhalten. Winter hält nur noch einen Neubau für die einzige Lösung, jedoch fehle es am nötigen Wasser. Mit den Brunnenverhältnissen muß es demnach auf dem Gelände ebenfalls nicht zum Besten bestellt gewesen sein. Er schlägt deshalb die auswärtige Unterbringung in Bürgerhäusern wie in Springe und Münder vor. Die Schließung des Hauses war somit in Sicht. Am 8. Juni 1777 wurden von Benecke und Winter noch einmal zusammenfassend die Gründe angegeben, die diesen Schritt rechtfertigen würden. Sie machten deutlich, daß das Ansehen der Stiftung arg gelitten habe und die Invaliden selber eine Pension von 40 Rth jährlich den unerträglichen Zuständen im Invalidenhaus vorzögen. Die Insassen haben also selber zur Schließung

des Hauses Veranlassung gegeben. Um diesem Argument die nötige Farbe zu geben, erwähnte man einen Hospitalisten, der den schlechten Umgang im Hause nicht ertragen konnte und es vorzog, auszuziehen. Ob das Eindruck machte, muß bezweifelt werden, denn der Einzelne galt nach wie vor nicht viel. Dennoch veranlaßten diese Vorkommnisse sowie die unverhältnismäßig hohen Kosten des Hauses verglichen mit den Ausgaben der privat untergebrachten Invaliden die Kriegskanzlei am 29. Oktober 1777 in einem Pro Memoria (Anhang 22), die Gründe für eine Schließung des Hospitals zusammenzufassen:

Der Zweck der Stiftung war es, so schreibt der Unterzeichner Rautenberg, den im Kriegsdienst verletzten Soldaten eine Invalidenfürsorge zu gewähren, indem ihnen ein Haus und Verpflegung zur Verfügung gestellt wurde. Den übrigen im Lande lebenden Versehrten sollte eine Pension gewährt werden. Hierfür hinterlegte der Stifter, Herzog Georg Wilhelm, einen Betrag und vermehrte diese Summe durch Erschließung weiterer Einnahmequellen. Die angesammelten Gelder reichten für den Anfang aus, sämtliche Unkosten zu decken. Es konnte sogar noch ein Gewinn durch Verzinsungen erzielt werden. Dies änderte sich jedoch mit der steigenden Anzahl der im Lande lebenden Invaliden. Die Heeresverwaltung mußte zur Kasse gebeten werden. Diese Zuschüsse nahmen derart zu, daß im Jahre 1774 47 327 Rth zur Deckung aller Ausgaben aufgebracht werden mußten.

Das Invalidenhaus selbst, dessen Belegschaft ständig schwankte, kostete seit 1750 jährlich im Durchschnitt 2024 Rth. Dieser Betrag stand jedoch in keinem Verhältnis mehr zu der Anzahl der verpflegten Insassen. Leider war von Pflege dann auch bald nicht mehr die Rede, und die Klagen über unzumutbare Zustände wurden

lauter. Selbst besondere Vorkehrungen von Seiten der Kriegskanzlei brachten keine wesentliche Besserung, was teilweise an den Verwaltern des Hauses, teilweise an den Insassen selber lag. Sämtliche Umstände zusammen führten zu dem Vorschlag, 46 Invaliden, die die Aufnahmebedingungen erfüllten, statt der Verpflegung im Hause eine Entschädigung in Höhe von 40 Rth jährlich zu gewähren. Der eingesparte Betrag sollte kranken Invaliden für die Kosten von Kuranwendungen zur Verfügung stehen.

Es hatte sich über Jahre gezeigt, daß den Invaliden mehr gedient war, wenn man es ihnen überließ, ihr Dasein nach eigenen Wünschen und Neigungen bei Freunden oder Verwandten zu verbringen und zu gestalten, als sie zu zwingen, in "widriger Gesellschaft"¹ zu leben. Der Zustand, daß mehrere gebrechliche Leute in einem kleinen Zimmer hausten, konnte nicht die Moral und Gemütsverfassung der Invaliden heben. Ausschreitungen waren die Folge. Die strenge Hausordnung tat noch ihr Übriges, dem Wunsch nach einem ungehinderten Leben mit der Sicherheit einer jährlichen Pension den Vorzug zu geben. Diese Lösung, so war der Behörde in Hannover klar, würde weitaus rentabler sein und automatisch den Kreis der Unterstützungsempfänger erheblich vergrößern. Besonders für die verheirateten Invaliden hatten die Hospital-Bedingungen große Härten dargestellt. Ferner konnte ein Fond für kranke Invaliden geschaffen werden.

Die Königliche Kriegskanzlei und General von Hardenberg gelangten zu der Überzeugung, daß es dem Invalidenwesen zum Vorteil gereichen müßte, wenn die Umwandlung der Stiftung von der Hospitalverpflegung zu einer jährlichen Kapitalausschüttung vorgenommen würde. Es blieb nur noch zu klären, ob dieser Schritt mit dem Geist und Inhalt des Stiftungsbriefes vom 12. Dez. 1689 zu vereinbaren wäre. Dort war klar zum Ausdruck gebracht,

¹ Brief von den Verwaltern Benecke und Winter vom 8. Juni 1777 (s. S. 52).

daß diese Stiftung "für ewige Tage" bestehen sollte.

Der Verkauf des Invalidenhauses konnte jedoch wirklich durch die veränderte Situation in einer veränderten Zeit gerechtfertigt werden. Konkret ließ sich ins Feld führen, daß die Stiftung nicht nur für eine geringe Anzahl von Invaliden gedacht war, die in dem für sie erbauten Haus Aufnahme fanden, sondern auch für solche, die anderweitig untergebracht waren. Es widersprach also durchaus nicht den Satzungen und dem Geist der Stiftung, wenn beide Gruppen in den Genuß einer entsprechenden Barentschädigung gelangten. Außerdem müßte eine rentablere Verwaltung der Stiftung, von der auch zukünftige Generationen hätten profitieren können, im Sinne des Gründers gewesen sein. Dies ließ sich jedoch nur in einer den Verhältnissen angepaßten Umwandlung der Stiftung, wodurch ihr Fortbestehen garantiert war, erreichen. Die Absicht, daß dadurch "preßhafte Soldaten Zeit- lebens unterhalten und für ihre geleisteten Dienste belohnt werden sollen", wird durch Auszahlung einer Pension an alle nicht aufgehoben, sondern nur noch in erhöhtem Maße erfüllt.

Es konnte damals nicht übersehen werden, daß die Stiftung nur noch mit Hilfe kräftiger Zuschüsse zu unterhalten war und die Kriegskasse ohnehin die Kosten für einen in kürzester Zeit notwendigen Neubau zu bezahlen hatte. Das alte Haus war nämlich in einem derart heruntergekommenen Zustand, daß allein hinhaltende Maßnahmen guten Gewissens nicht mehr ausgereicht hätten. Der unumgängliche Schritt eines Neubaus sowie dessen Unterhaltung hätte jedoch zweifellos das noch vorhandene Kapital verschlungen. Damit wäre aber tatsächlich niemandem geholfen gewesen.

Die Geheimen Räte wurden um Stellungnahme gebeten, bevor dem König die Umwandlung der Stiftung vorge-tragen werden sollte. Am 11. Nov. 1777¹ gaben sie bekannt, keine Einwände zu haben, und berichteten am 12. Jan. 1778 dem König nach England. Sie schlu-gen vor, den Bewohnern des Hospitals 48 Rth jährlich zu gewähren, statt der bislang diskutierten 40 Rth, die die privat wohnenden Invaliden bekommen sollten. Die Gründe für diese Bevorzugung sind nicht näher erläutert worden, liegen aber sicherlich in einer Art Entschädigungsgedanken. Die Antwort des Königs kam am 17. Febr. 1778 aus St. James (Anhang 23), in der der Umwandlung der Stiftung ohne Einschränkung zugestimmt wurde, nachdem die Räte und der Minister des Königs, General von Hardenberg, diesen Schritt als die gemeinnützigste Lösung vorgeschlagen hatten.

Am 30. April 1778 wurde die Beköstigung der Invaliden eingestellt. Die Geschichte des Invalidenhauses ist damit nach fast 90 Jahren zu Ende. Der Verkauf des Hauses vollzog sich am 12. Febr. 1779:²

"An den Herrn Land Rentmeister Schwartz be-lieben der Herr Burg Voigt Mittag das bey löbl. Lüneburgischen Landschaft für das Hos-pital St:Wilhelm zu Celle zu belegende, aus den Kaufgeldern dieses Hospitals entstandene Capital von 1400 Rthr. sagt Eintausend und Vierhundert. Reichsthaler in Edelmäßiger Münze für meine Rechnung auszuzahlen,
Hannover den 12ten febr. 1779
Johann Friedrich Hartmann
Hospital Casse Commisarius"

Und weiter:

"Obige Eintausend Vierhundert Rthr. sind mir von dem Herrn Burgvoigt Mittag in kassenmäßi-gen Münzsorten dato ausgezahlet, welches hier-mit bescheinigt und zugleich versichert wird, daß die Inkrim's Quitung über das belegte Capital an den Herrn Commissarius Hartmann zu Hannover übersand werden wird.
Celle d. 19. Febr. 1779
F. Schwartz"

¹Hann. 43 Nr. 111.

²Hann. 43 Nr. 141.

Es stellt sich die Frage, wo die Insassen des Hospitals blieben. Da zwischen der Zustimmung zur Auflösung und dem endgültigen Verkauf des Hauses ein Zeitraum von genau einem Jahr liegt, ist anzunehmen, daß man den verbliebenen Invaliden Zeit gab, sich eine neue Bleibe zu suchen. Obgleich die Verpflegung eingestellt wurde, werden sich die Männer wie auch schon in den Vorjahren selber beköstigt haben, nunmehr aber voll auf eigene Kosten.

Der Verkauf des Hauses wurde am 7. Mai 1779 vom König in England bestätigt. Für das Grundstück einschließlich sämtlicher Gebäude und Einrichtungsgegenstände wurden 1976 Rth erzielt, die bei der Lüneburgischen Landschaft zu einem Zinssatz von 4% angelegt wurden. Wenn man bedenkt, daß das Invalidenhaus ursprünglich mit einem Kostenaufwand von mindestens 2081 Rth. erstellt wurde, spätere Zusatzkäufe nicht eingeschlossen, blieb diese Transaktion ein geschäftlicher Verlust. Über ständig steigende Grundstückspreise brauchte man sich damals offensichtlich keine Sorgen zu machen. Ganz allgemein läßt der Baumarkt aus jener Zeit keine Parallele mit den heutigen Verhältnissen zu, deren drastischer Aufwärtstrend den Zwecken der Stiftung sehr zu Gute gekommen wäre.

König Georg III verfügte in dem erwähnten Schreiben nochmals, daß die letzten Insassen 48 Rth, alle übrigen 40 Rth erhalten sollten. 82 Rth jährlich für Deputat-Feuerung war nunmehr in bar in den Fond aufzunehmen. Georg III schließt seine Anweisungen mit dem Hinweis, daß die Gelder der Stiftung mit Sorgfalt zu verwalten und gewinnbringend für eine große Anzahl Invaliden anzulegen seien.

Auf dem Grundstück des ehemaligen Invalidenhauses steht heute ein neuerrichtetes Altenheim, das in gewissem Sinne die Tradition der Stiftung fortführt.



Zeitgenössische Darstellung des Militär-Invaliden-
hauses zu Hameln. Grundsteinlegung am
14. April 1861. Einweihung am 27.5.1863.
Verkauf des Gebäudes an die Stadt Hameln
im Jahre 1890. Heute städtisches Kranken-
haus.

3. Die Invaliden-Verpflegungs-Anstalt in Hameln

Die Geschichte der Invaliden-Verpflegungsanstalt in Hameln umfaßt nur den knappen Zeitraum von nicht ganz 30 Jahren und ist für die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ein typisches Beispiel für die Verflechtung politischer Verhältnisse, wie sie sich in der Beseitigung bzw. Milderung von Kriegsfolgen spiegeln, mit der Entwicklung des Gesundheitswesens.

3.1. Gründung

Die Entstehung der Invalidenanstalt Hameln war vor allem dem Einsatz des Oberstleutnants Buhse zu danken, der als Vermögensverwalter der "Militair Witwen- und Waisen-Unterstützungsgesellschaft" den für den Bau fehlenden Betrag von 60.000 Talern zur Verfügung stellte, was aus Anlaß der Grundsteinlegung am 14. April 1851 besonders hervorgehoben wurde. Bei der Schilderung der Grundsteinlegung in den "Hamelnschen Anzeigen" von 1861¹ ist die enge Verquickung des den Landesherrn betreffenden Anlasses, nämlich des Geburtstages der Königin, mit der Grundsteinlegung des Invalidenhauses bemerkenswert. Dadurch wird die Tradition der Landesverteidigung "gegen alle Staatsfeinde" ausdrücklich betont. Die Leistungen der Invaliden, die in der Einrichtung des Invalidenhauses Anerkennung finden, werden als Vorbild für die Jugend hingestellt. Zugleich werden durch die religiöse Umrahmung der Feier die damals übliche staatstragende Gemeinschaft von Thron und Altar deutlich.

Der Bericht über die Grundsteinlegung aus den "Hamelnschen Anzeigen" enthält gerade wegen seines devoten Stils viel zeitgenössisches Kolorit. Deshalb soll er ungekürzt hier folgen und für sich selber sprechen:

¹ "Hamelnsche Anzeigen" von 1861, S. 111 f.

"Der Geburtstag Ihrer Maj. der Königin am 14.

April

wurde hier dadurch ausgezeichnet, daß Abends vorher mehrere Kanonenschüsse gelöst wurden, am Mittage einige Choräle vom Thurme geblasen wurden, und am Rathhause die hannoverschen und altenburgischen Fahnen ausgesteckt waren. Außerdem erhielt der Tag dadurch seine Weihe, daß der Grundstein zu dem zu bauenden Invalidenhouse um 3 Uhr Nachmittags auf dem festlich mit Fahnen und Grün geschmückten und einer zahllosen Menschenmenge belebten Bauplatze vor dem Neuenthore gelegt wurde. Zu diesem Zwecke waren von der Königl. Regierung die Herren: Kriegeräthe Flüge und Bergmann, Oberstlieutenant Buhse und Kriegsbaumeister Hunaeus commitirt, welche wiederum die Mitglieder des hiesigen Magistrats und des Bürgervorsteher=Collegiums, die Königl. Civildienerschaft, die Officiere der hier liegenden Garde du Corps Schwadron, den Stadtcommandant und mehre Officiere a.D. zur Feier eingeladen hatten, welche auch dieser Einladung gefolgt waren. Nachdem die Musik den Choral "Ein feste Burg ist unser Gott" gespielt hatte, wies der Herr Kriegerath Flüge in seiner Rede auf die Bedeutung des Tages, sowie des gegenwärtigen Actes hin, hob hervor, daß der mit gegenwärtige Oberstl. Buhse als der wärmste Förderer dieses Baues zu betrachten sei, indem er als Vermögensverwalter der Militair Witwen= und Waisen=Unterstützungs=Gesellschaft die für den Bau noch zu zahlenden im Betrage von 60.000 Talern zur Verfügung gestellt habe und ermahnte die Jugend, sich demnächst gegen alle Vaterlandsfeinde ebenso tapfer zu zeigen, wie die noch lebenden Invaliden, für die das Haus bestimmt sei, es gewesen wären. Hierauf wurde von dem Herrn Kriegerath Bergmann das Verzeichniss der Gegenstände verlesen, welche in den Grundstein eingeschlossen wurden. Es sind dies: 1) der Kostenanschlag und der Riß des Gebäudes, 2) Photographieen der Königl. Familie, 3) die jetzigen Landesmünzen, 4) das Staatshandbuch, 5) ein Exemplar der Deister- und Weser=Zeitung, 6) ein Exemplar der Hamelnischen Anzeigen, 7) ein Exemplar des Hamelnischen Adreßbuches, 8) ein Protokoll der Feierlichkeit nebst dem Programme dazu. Herr Kriegsbaumeister Hunaeus erflachte als Baumeister sodann den Segen des Herrn für diesen Bau und für alle Mitarbeiter an demselben. Nach Beendigung des Actes der Grundsteinlegung sprach der Herr Bürgermeister Schmidt Namens der Stadt den Dank dafür aus, daß Se. Maj. der König unsere Stadt für diesen Bau ausersehen, versprach in jeder Beziehung das bereitwilligste Entgegenkommen und schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät und das ganze Königl. Haus, das mit Jubel aufgenommen wurde. Nach dem Ausführen des Choralen

"Nun danket alle Gott" brachte der Herr Bürgervorsteher Kruse noch einmal ein Hoch auf Se. Maj. den König aus, das wiederum den vollständigsten Anklang fand. Ein bescheidenes aber heiteres Festmahl schloß die Feier. Das Invalidenhaus wird inmitten eines Parkes und entsprechenden Gärten zu liegen kommen und Raum im günstigsten Falle für 90 und einige Invaliden, von denen jedoch nur wenige verheiratet sein dürfen, gewähren."

Der Text ergibt ohne Zweifel, daß die Mitteilung der Feier und die Kombination der beiden Tagesereignisse - Geburtstag der Königin und Grundsteinlegung - wichtig genommen werden. Über die Lage und Größenordnung des Hauses informiert der Abschlußsatz des Berichts. Der günstige Standort innerhalb eines Parks und der zugehörigen Gärten sowie die Zahl von ca. 90 alleinstehenden Soldaten, die aufgenommen werden können, spielt dann bei der Umwandlung des Hauses zum Krankenhaus noch eine wichtige Rolle. Es fällt auf, daß in über 70 Jahren nach Schließung des Invalidenhauses zu Celle das Verbot insofern geändert wurde, daß "nur wenige" verheiratet sein durften. In Berlin, Hessen und Bayern war dies ähnlich.¹

Die Einweihung des Invalidenhauses wurde wiederum mit einem offiziellen Datum verknüpft: mit dem Geburtstag des Königs von Hannover am 27. Mai 1863, also gut zwei Jahre nach der Grundsteinlegung. Das Haus, am Ufer der Weser auf freiem Gelände gelegen, bot eine schöne Aussicht in die Umgebung Hamelns. Ein weiterer Vorteil dieser Lage bestand darin, daß die Invaliden von dort die Altstadt Hamelns, die noch kaum über die Wälle hinausgewachsen war, schnell erreichen konnten. Das Gebäude liegt mit seiner Hauptfront nach Süden, und die für die Invaliden bestimmten Wohnräume waren hauptsächlich nach dieser Richtung, außerdem noch nach Osten und Westen, gelegen. Leiter und Architekt des Baues war

¹ In Berlin waren je 4 unverheiratete Invaliden und 1 Ehepaar zu einer Kameradschaft zusammengestellt, die gemeinschaftlich kochten und lebten. General Ollech: Geschichte des Berliner Invalidenhauses von 1748-1884. Beil. 2 Militärwochenblatt 1885, S. 317.

Kriegsbaumeister Hunaeus.

Gegen Ende März 1863 war der Kriegsminister v. Brandis nach Hameln gekommen, um mit dem Stadtkommandanten Oberst Mehliß und dem Garnisonauditeur Amtsrichter Kern wegen der Einweihung des Invalidenhauses zu verhandeln. Dem Obersten Mehliß wurde die Oberaufsicht über das Invalidenhaus und seine Bewohner angeboten und von ihm auch angenommen. Zum Hausverwalter wurde ein Unteroffizier ernannt.

Seit dem 1. Mai 1863 wurde das Invalidenhaus bezogen. Obwohl 90 Bewohner aufgenommen werden sollten, wurde diese Zahl jedoch nicht erreicht. Am 21. 10. 1863 wohnten dort 22 Invaliden. Vorhanden waren zu dieser Zeit Einrichtungsgegenstände für 30 Personen. Es wurde daraufhin angeordnet, für weitere 25 Mann Betten und sonstiges Mobiliar, ferner Kleidungsstücke anzuschaffen.¹

3.2. Organisation, Aufnahmebedingungen und Versorgung

Laut Staats- und Adreßkalender für das Königreich Hannover von 1864 war die Invalidenversorgungsanstalt zu Hameln bestimmt zur Aufnahme und Verpflegung pensionierter Unteroffiziere und Soldaten der Königlichen

¹ Vgl. P. Niemeyer: Vom Hamelner Invalidenhaus zum Krankenhaus an der Weser. Wie das Königreich Hannover für die ausgedienten Soldaten sorgte. In: Feierabend an der Weser Nr. 19, 22. Mai 1976.

Hannoverschen Armee und der vormaligen Deutschen Legion. Gesuche um Aufnahme waren entweder direkt an das Königliche Kriegsministerium oder an die entsprechend ausgewiesenen Stellen zu richten. Die Aufsicht über die Bewohner des Hauses hatte der Kommandant der Stadt Hameln zu führen; die Verwaltung der Anstalt wurde von der Kommission für Militärverwaltungssachen in Hameln wahrgenommen. Dieses Gremium bestand aus dem Oberst Carl Mehliß und dem Amtsrichter Joh. Friedr. Kern; der Rechnungsführer hieß Nolte, der Hausverwalter Lehneking.¹

Daß die Aufnahme in das Invalidenhaus nur nach schwierigen Prozeduren möglich war, beweist ein "Bericht des Amtsvogts in Aerzen", datiert vom Einweihungstag des Hauses am 27. Mai 1863. Der Antrag des 69jährigen Wilhelm Senne aus Aerzen, der fast sieben Jahre gedient hatte und bereits in den Kämpfen vor Hamburg im Jahre 1813 und in der Schlacht von Waterloo im Jahre 1815 dabeigewesen war, wird wegen lange zurückliegender "geringer Diebstähle" nach der persönlichen Vorstellung des Invaliden am 1. Juni 1863 abgelehnt, obwohl der Witwer wegen seiner Armut von der Gemeinde unterhalten werden mußte und sich in den letzten Jahren nichts hatte zuschulden kommen lassen. (Anhang 24)

Außer auf solche moralischen Kriterien bei der Aufnahme wurde auf echte, vom Militärdienst verursachte Invalidität geachtet, da offenbar viele ehemalige Soldaten aus den Befreiungskriegen 1813 bis 1815 um Unterstützung und Aufnahme in das Invalidenhaus nachsuchten. So wurden am 21. November 1863 die Gesuche von Wilhelm Oerke aus Börby, Friedrich Sander aus Latforde, Friedrich Christoph August Diekmann aus Großen-Berkel und Ludwig Lange aus Hujen wegen Aufnahme in das Invalidenhaus bzw. um anderweitige finanzielle Unterstützung abgelehnt und eben mit dem Militärinvalidi-

¹ Staats- und Adreßkalender für das Königreich Hann. 1864 Zs I 89 S. 155.

tätsfall begründet. Eine sonstige Unterstützung wurde aufgrund fehlender Mittel auf unbestimmte Zeit verschoben. (Anhang 25) Dagegen wurde dem pensionierten Invaliden Georg Nölting aus Großen-Berkel Aufnahme und Verpflegung am 23. April 1864 zugesagt. Seine Pension ging dann seit Mai an das Invalidenhaus. (Anhang 26)

Fünf Jahre später wurde dagegen der Antrag von Heinrich Backmann, ebenfalls aus Großen-Berkel, am 9. November 1869 abgelehnt, da zur Zeit kein Platz frei sei. (Anhang 27) Einige Monate danach wurde vom Amtshauptmann beim Amtsvogt nachgefragt, ob die Verhältnisse des Veteranen Bode aus Lüntorf tatsächlich so ungünstig seien, daß seine Aufnahme in das Hamelner Invalidenhaus zu rechtfertigen wäre. (Anhang 28)

Gewährte man einem ehemaligen Veteranen aufgrund seiner Invalidität, militärdienstlichen und moralischen Führung sowie seiner sozialen und familiären Bindungen erst einmal Aufnahme, so wurde er im Invalidenhaus selbst einer Wohngemeinschaft von je vier bis acht Mann zugeteilt. Ihnen standen eine Stube zur Verfügung und besondere Schlafräume, die sich unmittelbar neben der Stube befanden. Außerdem gab es einen großen Eßsaal und einen Raum, der zur Abhaltung der Hausgottesdienste bestimmt war. Weiterhin befanden sich im Hauptgebäude die Küche, eine Waschküche, Vorratsräume und eine Wohnung für den Hausverwalter.

Jedem Invaliden stand ein Bett, ein Kleiderschrank und ein Sessel zur Verfügung. Neben der Wohnung und dem Mobiliar wurde auch für die Verpflegung gesorgt. Die Beköstigung erfolgte, abgesehen von der Lieferung des erforderlichen Brotbedarfs, durch gemeinschaftliche Bereitung des Kaffees sowie des Mittag- und Abendessens. Feuerung und Licht und die Beschaffung von Kleidung unterlagen bestimmten Verbrauchssätzen.

¹ Vgl. zur Situation und Geschichte des Hamelner Hauses P. Niemeyer: Feierabend an der Jeser Nr. 19 v. 22. Mai 1976.

Genaue Angaben hierüber wie über das monatliche Taschengeld, das jeder Insasse erhielt, waren nicht zu finden.¹

3.3. Militärhospital und Lazarett im Invalidenhaus

Die politischen Umstände infolge des Deutschen Krieges von 1866 und der sich daraus ergebenden Vereinigung Hannovers (und damit auch Hamelns) mit Preußen machten bereits kurz nach Inbetriebnahme des Invalidenhauses eine teilweise Nutzung des Hauses als Militärhospital notwendig, auch wenn von seiten des Invalidenhauses immer auf das Provisorische dieser Teilnutzung mit Nachdruck hingewiesen wurde. Der Bericht der Verwaltungskommission der Hospital-Legat- und Stiftungs-Fonds an das Königliche Finanz-Ministerium Hannover vom 16. Oktober 1866 lautet:

"Hannover, den 16. Oktober 1866

Anlage: Schreiben der Königlich-lichen Intendantur des General-Gouvernements für Hannover vom 8.d.M. sammt Anlage.

betreffend: die Hospital-Einrichtung im Invalidenhaus zu Hameln

In Folge des dem Kriegsrath Bergmann als Commissions-Mitglied unter dem 11. d.M. in obgedachter Sache ertheilten Auftrages berichten wir bei Rück-

¹ Lagepläne u.ä. waren nicht zu erhalten. (Freundl. Mitteilung des Krankenhauses des Kreises Hameln-Pyrmont vom 4. 3. 1981)

gabe des Schreibens der Königl. Intendantur des General=Gouvernements für Hannover vom 8. d. Mt. sammt Anlage ganz gehorsamst das Nachstehende:

Wie eingangs der Verfügung vom 11. d. M. bereits angedeutet ist, können auch wir die Einrichtung von Militair-Hospital Räumen im Invalidenhaus nur als vorübergehend zulässig ansehen und müssen in Vertretung der Invaliden-Verpflegungsanstalt wünschen, daß sobald als thunlich anderweite Auskunft geschaffen werde.

Indessen haben die von dem Kriegsath Bergmann an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen und die mit den Herren der Verwaltung des Invalidenhauses gepflogenen Besprechungen zu der Überzeugung geführt, daß - wenn Militairseitig nur das Provisorische der Einrichtung anerkannt wird - die Gestattung der einstweiligen Benützung der Räumlichkeiten No. 26 und 27 und des zwei Treppen hoch gelegenen Krankenzimmers des Invalidenhauses als Militair-Hospital unter den Voraussetzungen wohl eintreten kann, daß

1. die Hausordnung der Invaliden-Verpflegungs-Anstalt nicht gestört werde;
2. keine Anordnung hinsichtlich der zu benutzenden Räume ohne Zustimmung der Verwaltung eintrete;
3. keine mit ansteckenden Krankheiten behaftete Militairs in das Invalidenhaus aufgenommen, diese vielmehr in das als Cholera-Hospital städtischerseits eingerichtete Gebäude auf der linken Seite der Weser oder in ein sonstiges Local gebracht werden;
4. die Anschaffung von Utensilien aller Art zu Zwecken des Hospitals - mit Ausnahme der zur Speisung dienenden Geschirre - von Seiten des Militairs beschafft werde;
5. die Beköstigung der Kranken dem Hausverwalter und dessen Frau überlassen bleibe und keine eigene Haushaltung dieserhalb oder sonst in der Invaliden-Verpflegungs-Anstalt eingerichtet werde;
6. dem Hausverwalter die Anschaffung der zur Beköstigung der Kranken dienenden Victualien auch ferner in der Weise überlassen bleibe, daß er die Auslagen allmonatlich liquidire und erstattet erhalte; ihm im übrigen aber für die Mühewaltung wegen Speise-Bereitung und Zimmer-Reinigung täglich 5 gr. gezahlt werden, falls 1 oder 2 Kranke verpflegt werden, bei einem größeren Bestande aber für den Tag und 1 Mann 1 1/2 gr. mehr, mithin z.B. bei Anwesenheit von 4 Kranken = 8 gr. für den Tag.

Unter diesen Voraussetzungen und wenn von Seiten des Militairs die Beschaffung eines anderen

Hospitals, als welches etwa die oberen Räumlichkeiten des ehemaligen Militair-Hospitals (jetzt von Oberwachtmeister Haase bewohnt) wohl dienen können, nach Thunlichkeit betrieben wird, glauben wir die in Rede stehende Nutzung des Invalidenhauses als zulässig wohl bezeichnen zu können, namentlich dann, wenn das zunächst in Frage kommende Interesse der Invaliden in soweit gewahrt wird, daß wie wir nochmals hervorheben, mit ansteckenden Übeln behaftete Kranke keinenfalls Aufnahme finden.

Dem hohen Königlichen Finanzministerio stellen Wir das Weitere danach ganz gehorsamst anheim.

Niemeyer

Bergmann

Das entsprechende Verhandlungsergebnis zwischen dem Vorstand des Invalidenhauses Oberst Mehliß sowie Amtsrichter Kern und dem Intendantur-Assessor Menger ergab für die Unterbringung etwaiger Kranker des Füsilier-Bataillons des 76. Infanterie-Regiments 12 Krankenbetten in den drei Zimmern Nr. 26, Nr. 27 sowie dem Krankenzimmer des Invalidenhauses, wobei die einzelnen Bedingungen festgelegt wurden:

Verhandelt, Hameln d. 20 Novbr. 1866
Zwischen der Verwaltungs=Commission des Invalidenhauses zu Hameln, vertreten durch den vor-mal. Königl. Hann. Oberst Herrn Mehliß und dem Amtsrichter Herrn Kern einerseits und dem Unterzeichneten andererseits wurde vorbehaltlich der Genehmigung der Königl. Intendantur 10.-Armee=Corps und der Verwaltungs=Commission der Hospital- Legat- und Stiftungs-Fonds in Hannover folgende Abkommen getroffen:
Behuf Unterbringung etwaiger Kranker des Füsilier=Bataillons 76 Infanterie=Regiments stellt die Verwaltungs=Commission dem Militair Fiscus die drei Zimmer Nr. 26, Nr. 27 und das Krankenzimmer 2 Treppen hoch zur Aufstellung von zwölf Krankenbetten bis auf Weiteres zur Disposition.

Für dieselben, also für eine Anzahl von zwölf Kranken, verpflichtet sich die genannte Commission auch die Heitzung, Verpflegung und Wartung zu übernehmen, d.h. ausgeschlossen der Extraverschreibungen, also von Wein ex Überhaupt derjenigen Speisen, welche in den resp. 4. Diätformen der Preußischen Allerhöchst genehmigten Lazareth-Reglements resp. des dazu

gehörigen Beköstigungs=Regulationen nicht gedacht sind.

Für diese Leistungen beansprucht die Verwaltungs=Commission des Invalidenhauses pro Tag und Kopf als Entschädigung sieben und einen halben Silbergrroschen. Von der gedachten Commission wurde noch besonders hervorgehoben, daß sie die Lagerstellen, also die Bettstellen incl. Bett, und Leibwäsche und sonstige Utensilien - mit Ausnahme der zur Speisung dienenden Geschirre, - nicht imstande sei, dem Fiscus zur Disposition zu stellen.

Von dem unterzeichneten fisci mandatarius wurde diese Offerte bestens acceptiert, daher diese Verhandlung vorgelesen, genehmigt und unterschrieben wurde. gez: Mehliß gez: Kern Amtsrichter a.u.s. gez: Menger Intendantur Assessor.

Dieser Vereinbarung vom 20. November 1866 wird am 23. November bereits der Verwaltungskommission eine vorsichtig die Kosten betreffende Modifizierung und auf Rückzug bedachte Erklärung von seiten des Invalidenhauses nachgeschickt, in der sogar die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die Bereitschaft des Invalidenhauses zugunsten der Einrichtung von Zimmern für Militärzwecke gar nicht in Anspruch genommen werden müsse angesichts des Platzes im städtischen Krankenhaus:

An die Königlich-Preußische Verwaltungs-Commission der Hospital-Legat- und Stiftungs-Fonds in Hannover

Bericht der Verwaltung des Invalidenhauses in Hameln, vom 23. November 1866.

Anlage:

Betr.:

Verhandlung v. 20.d.M. die Hospital-Einrichtung im Invalidenhaus.

In Gemäßheit des Reskripts vom 9.d.M. haben wir am 20.d.M. mit dem hier anwesend gewesenen Intendantur-Assessor Menger über die provisorische Hospital-Einrichtung im Invalidenhaus verhandelt und da wir angewiesen waren, den Wünschen der Militair-Verwaltung thunlich entgegenzukommen: so haben wir solvo ratificatione die in Abschrift anliegende Verhandlung mit demselben gepflogen.

Die Entschädigung von tägl. 7 1/2 Silbergrroschen pro Mann, welche höchstens der Intendantur-Beamte bewilligen wollte, erscheint uns freilich eigentlich zu gering zu sein, da bei anderen Hospital-Einrichtungen, wenn die Betten und sonstigen Uten-

silien, mitgeliefert werden, 10 Silbergr. täglich für den Mann vergütet werden.

Der Hausverwalter Lehneking glaubt nun die Verpflegung, Heizung, Licht und Reinigung der Zimmer und Wäsche unter 7 1/2 Silbergr. täglich für den Mann nicht übernehmen zu können und halten wir diese Forderung auch für ganz billig, zumal den Kranken doch auch vielfach Fleisch wird geliefert werden müssen. Für die eigentliche Krankenwartung, die der Krankenwärter Deppe besorgen müßte und könnte, würde dann aber gar keine Vergütung übrig bleiben. Nur bei solchen Kranken, die nach ärztlicher Anordnung einen eigenen Wärter haben müssen, soll nach Aeußerung des Intendantur-Beamten ein solcher besonders vergütet werden.

Der Hauptgrund, weshalb wir den Wünschen der Militär-Verwaltung nicht widerstreben zu müssen glaubten, liegt aber darin, daß nach der Angabe des Intendantur-Beamten die ganze Hospital-Einrichtung nur eine vorübergehende bis zur Herstellung des definitiven Hospitals sein wird, auch daß die Zimmer im Invalidenhaus nur eventuell belegt werden sollen, falls die im hiesigen städtischen Krankenhause eingeräumten Zimmer - angeblich zu 20 Betten - nicht ausreichen würden. Es wäre hiernach also möglich, daß die Zimmer im Invalidenhaus vielleicht gar nicht benutzt zu werden brauchten.

Die ganze Verpflegung der Kranken auf Rechnung der Verwaltung zu übernehmen und dem Hausverwalter Lehneking, wie bislang eine besondere Vergütung zu bewilligen, möchten wir nicht empfehlen, da die Rechnungsführung und Controle hierdurch noch mehr erschwert werden würde. Der höheren Entschließung sehen wir gehorsamst entgegen.

gez: Mehliß
Oberst

gez: Kern.

Wichtig sind besonders die Hinweise auf die verlangte Kostenentschädigung pro Mann und Tag, wobei die Verwaltung von 10 Silbergr. (statt von den eingeräumten 7 1/2) ausgeht. Die eigentliche Krankenwartung sollte darüberhinaus extra vergütet werden. Dieser Vorstoß bezüglich der Verpflegungskosten wird von der Verwaltungskommission in einem Schreiben an das Preußische Gouvernement vom 7. Dezember 1866 unterstützt, obwohl noch gar keine Kranken der Hamelner Garnison im Invalidenhaus verpflegt wurden und es fraglich sei, ob die vor-

gesehenen Räumlichkeiten dafür überhaupt nötig seien. (Anhang 29) Einen Monat später weist die Verwaltungskommission mit Schreiben aus Hannover vom 12. Januar 1867 bereits darauf hin, daß die "als Eventualität in Aussicht gestellte Wiederbenutzung mehrerer Räumlichkeiten des Hamelner Invalidenhauses als Militair-Hospital bereits eingetreten ist, weil sich die Krankenclocale im städtischen Hospitale als unbrauchbar erwiesen haben." (Anhang 30) Aus einem Schreiben des Generalkommandos des 10. Armee-Corps an den Direktor des Finanz-Departments im General-Gouvernement vom 24. Januar 1867 ergibt sich dann, "daß der Bau eines besonderen Militair-Lazareths in Hameln bereits in Aussicht genommen worden ist und daher von der Mitbenutzung des Invalidenhauses, sobald dies angängig, Abstand genommen werden wird." (Anhang 31)

Jenige Jahre später, im Kriege 1870/71, wurde dann im Invalidenhaus ein Lazarett mit 62 Betten eingerichtet,¹ so daß damit die Noteinrichtung von 1866 um 50 Betten überschritten war und das Verhältnis der Lazarettplätze zum vorhandenen Raum des Invalidenhauses in etwa sich annähernd umgekehrt hatte.

3.4. Umwandlung des Invalidenhauses zum Krankenhaus

Eine Neuorganisation der Aufsicht über die Verwaltung der Hospital- und Sperr-Casse, des Meinhelfschen Legats und des Invalidenhauses zu Hameln durch eine Beteiligung der Militärbehörden, wie sie am 13. Februar 1869 vorgenommen wurde (Anhang 32), machte noch einmal auf die enge Verbindung zwischen halbmedizinischer Einrichtung und Militärverwaltung aufmerksam. De facto dürfte sich wenig geändert haben, insofern die Verwaltungskommission in Gestalt von Oberst Mehliß und Amtsrichter Kern samt Inspektor Lehneking bis mindestens 1872 bestehen blieb, als im Hause noch 54 Insassen lebten.¹

¹ Mitteilung des Stadtarchivs Hameln v. 23.3.1979

Der ständige Rückgang der Invalidenzahl in der Hamelner Verpflegungsanstalt, die schließlich 1890 nur noch mit 8 Insassen belegt war, hatte am 4. Februar 1888 ein Schreiben des General-Commandos des 10. Armee-Corps an das Ober-Präsidium der Provinz Hannover zur Folge, in dem die Frage des Kriegs-Ministeriums weitergegeben wird, "ob bei der verhältnismäßig sehr geringen Ausnutzung der Invaliden-Verpflegungs-Anstalt in Hameln nicht ein möglichst günstiger Verkauf des Grundstücks ins Auge zu fassen" sei. (Anhang 33) Am 10. Februar berichtet der Regierungspräsident von Cranach dem Oberpräsidenten von Leipziger, "daß meinerseits den vom Königlichen Kriegsministerium ins Auge gefaßten Verkauf des Invalidenhauses in Hameln Bedenken nicht entgegenstehen" und er selbst keine besonderen "Vorschläge für anderweitige Verwendung des Hauses" zu machen hat. Der Regierungspräsident äußert dann: "daß meines Erachtens die Stadt Hameln möglicher Weise an dem Ankaufe desselben insofern ein besonderes Interesse haben könnte, als dasselbe sich zur Errichtung eines Krankenhauses, dessen Neubau seit Jahren geplant wird, voraussichtlich wohl eignen dürfte." (Anhang 34). Die Antwort des Ober-Präsidenten an das General-Commando vom 15. Februar 1888 macht keinerlei Bedenken gegen den Verkauf des Grundstücks des Invalidenhauses geltend und macht zugleich unter Hinweis auf den Bericht des Regierungspräsidenten darauf aufmerksam, daß "vielleicht die Stadt Hameln an dem Ankaufe des Grundstücks ein besonderes Interesse haben könnte, da dasselbe zur Errichtung eines seit Jahren geplanten neuen Krankenhauses voraussichtlich sich eignen dürfte." (Anhang 35)

Die Errichtung bzw. Einrichtung eines neuen Krankenhauses in Hameln beschäftigte die Öffentlichkeit und Presse der Stadt außerordentlich. Im Aktenfaszikel über das Hamelner Invalidenhaus ist auch eine zeitgenössische Pressestimme abgelegt, die in aller Ausführlichkeit über das Problem berichtet, streitet und sich für das ehemalige

Invalidenhaus als neues Krankenhaus entscheidet. Der kleinen Studie sind wesentliche Einsichten in das Medizinverständnis am Ende des letzten Jahrhunderts zu verdanken. Sie zeigt deutlich die Nahtstelle von Krankenhausgeschichte und historischer Entwicklung der Invalideneinrichtung und soll deshalb ungekürzt aus dem größeren Zusammenhang eines Korrespondenzberichts aus Hameln hier folgen: 1

"- Krankenhaus und wieder Krankenhaus, das ist die große Frage, welche jetzt vor allen anderen die Gemüther unserer guten Bürger bewegt, welche überall in den Familien, in den Kneipen, auf der Straße, beim Spaziergange, wo immer nur zwei oder mehrere Menschen zusammenkommen, besprochen wird. Das ist aber auch kein Wunder, handelt es sich doch um ein Werk der Menschenliebe, um die Erfüllung eines längst gehegten Wunsches, und was nicht das geringste ist, um die Ausgabe großer Summen, um die Übernahme einer beträchtlichen Last für die Stadt resp. die Steuerzahler. Hier Neubau, hier Invalidenhaus, so schallt der Ruf der beiden gegnerischen Lager, und so arg ist der Kampf um dieses edle Menschenwerk schon geworden, daß man keine Scheu trägt, den Gegner zu beschimpfen, denjenigen, der nicht mit ins eigene Horn blasen will, mit Koth zu bewerfen. Man sollte doch ganz besonders bei dieser Frage nur geistige Waffen schwingen, will doch gewiß jeder nur das Beste erstreben. -

Meines Erachtens muß man zunächst fragen, haben wir ein anderes Krankenhaus nöthig? Diese Frage ist seit langen Jahren in bejahendem Sinne entschieden, weshalb man ohne Weiteres darüber hinweggehen kann. Dann kommt die Frage, für wen sollen wir bauen? Hier schon stehen sich die Meinungen gegenüber, die eine Partei will nur für die Stadt, die andere für Stadt und Kreis zusammen bauen. Nach meiner Meinung kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß es sowohl für die Stadt, als für den Kreis am vorteilhaftesten ist, wenn eine gemeinschaftliche Anstalt errichtet wird, denn je umfangreicher der Bezirk ist, je größer kann gebaut werden, je niedriger stellen sich verhältnismäßig sowohl die Bau-, als auch die Unterhaltungskosten. Wer Besitzer ist, wer die Verwaltung und die Aufsicht führt, ob die Kreis- oder Stadtbehörde, oder beide gemeinschaftlich, sollte bei diesem Werke der Humanität doch gar keine Rolle spielen. Auch die Landdrostei hielt solches für das Beste, denn sie hat dem Magistrate wiederholt empfohlen, die Landgemeinden mit heranzuziehen. Das alte Hamelnsche Sprichwort "Alles use"

1 Beilage zu den Anhängen 35 und 36

sollte füglich bei dieser Angelegenheit nicht zur Geltung kommen. Ein Krankenhaus ist eine große Last, wie der Osnabrücker Magistrat sich ausdrückte, eine sehr kostspielige Sache, verdient kann und darf nichts werden, es unterliegt vielmehr wohl keinem Zweifel, daß alljährlich eine sehr erhebliche Summe zugelegt werden muß, wie das überall der Fall ist, wo sich Krankenhäuser befinden. Will der Kreis und die Stadt, also für ca. 50 000 Einwohner, gemeinschaftlich bauen, so unterliegt es nach meinem Dafürhalten keinem Bedenken, den jetzigen, namentlich vom Senator Junge so warm empfohlenen Plan auszuführen, d.h. eine Anstalt für 50-60 Betten mit einem Kostenaufwande von mehr als 200 000 Mark zu errichten. Daß diese Summe, wahrscheinlich mehr, verbraucht sein wird, wenn alles ordentlich im Stande ist, unterliegt wohl keinem Zweifel, und wenn ein Kostenanschlag da ist, so wird die Bestätigung nicht ausbleiben. Sollte indes die Stadt sich wider Erwarten nicht dazu entschließen wollen, mit dem Kreise gemeinschaftlich zu bauen, so ist ein so großer Bau gar nicht erforderlich. Warum sollte denn die Stadt so viel Geld ausgeben, sich in Schulden stürzen, jährlich große Zuschüsse geben zu einem Werke, welches für die eignen Einwohner gar nicht erforderlich ist, sondern zum großen Theile von Kreiseingesessenen benutzt werden wird, ohne daß der Kreis verhältnismäßige Opfer bringt. Daß bei Verpflegung der Kranken, welche die Anstalt frequentiren werden, nichts verdient werden kann, wird ein unbefangener Kenner der Verhältnisse wohl nicht in Abrede stellen wollen. Krankenhäuser werden im allgemeinen nur von den minder wohlhabenden Klassen benutzt, die Bessersituirten verpflegen ihre Kranken, bis auf seltene Fälle, in der Familie, dadurch stellt es sich von selbst heraus, daß man bei den Kranken höchstens die Selbstkosten, meistens viel weniger, abnehmen kann und darf. Für die 12000 Einwohner unserer Stadt genügt eine Anstalt von 25 Betten vollständig, auch bei 20000 Einwohner wird sie noch ausreichen. Auf eine noch größere Vermehrung braucht man wohl vorläufig keine Rücksicht zu nehmen, man könnte aber den Bau auf eine spätere Vergrößerung gleich einrichten.

Ich weiß nicht, wie viel Betten sich in unserem jetzigen Krankenhaus befinden, es sind aber im Jahre 1886 217 Personen mit 6114 Verpflegungstagen behandelt worden, macht auf e i n e n Kranken im Durchschnitt 28 Tage. 25 Betten repräsentiren im Jahre 365 mal 25 = 9125 Verpflegungstage, es könnten also in einer solchen Anstalt, wenn man für jeden 28 Tage festhält, 325 Kranke verpflegt werden, also 325 gegen 217 : 108 d.h. 50% mehr als 1886. Wenn man berücksichtigt, daß jetzt schon

sehr viele Kranke, die nicht aus der Stadt, sondern aus der Umgegend sind, aufgenommen wurden, so muß man doch zu der Erkenntniß kommen, daß 25 Betten ausreichen, auch wenn die Stadt 20 000 und mehr Einwohner zählen wird. Auswärtige aufzunehmen hat die Stadt keine Verpflichtung, wenn sie allein alle Kosten und Lasten tragen soll, bei vorhandenem Raume könnten ja auch noch Ausnahmen gemacht werden. Der jetzt vorliegende Plan, auf Stadtkosten ein neues Haus für 50 Betten zu bauen, muß demnach unbedingt verworfen werden.

Nun kommt die Frage, wohin bauen wir? Der Magistrat hat in der Platzfrage eigenthümliches Pech. Seit dem Jahre 1875 hielt man mit aller Energie an der Insel fest, und trotz aller Bedenken, die von Sachverständigen und auch von Ihrem Blatte mit bester Begründung geltend gemacht wurden, blieb man dabei, daß die Insel der a l l e i n richtige Bauplatz sei. Hätte man sich früher von diesem Gedanken losmachen können, hätte man einen anderen Platz gewählt, das Krankenhaus würde wohl längst fertig sein, ist doch bereits im Jahre 1875 eine Anleihe dazu genehmigt. Auch als im Jahre 1886 die Herren Sanitätsrath Dr. Friedrich und Bauinspektor Tophof ein abfälliges Gutachten abgaben, beharrt der Magistrat dabei, auf der Insel zu bauen und beantragt bei der Regierung die Genehmigung. Ende 1886 genehmigt die Regierung endlich den Plan, aber unter verschiedenen Bedingungen. Diese Bedingungen, welche hier nicht aufgeführt werden können, sind nun derartig, daß sie einem Verbote gleichkommen und nun erst giebt der Magistrat diesen Plan auf, man sucht endlich nach einem anderen Platze. Man findet bei Besichtigung verschiedener Plätze ein geeignetes Terrain am kleinen Schöte. Außer den hiesigen Herren haben daran theilgenommen die Herren Baurath Busse, Medicinalrath Dr. Becker, Reg.-Präs. von Cranach aus Hannover, der Landrath Herr von Delius und Herr Albrecht aus Grohnde. Wie es heißt, soll auf diesem Platze nach Wasser gebohrt, aber keines gefunden sein. Ich selbst habe niemals etwas davon bemerkt, kann mir übrigens auch nicht denken, warum dort, allerdings in genügender Tiefe, nicht eine Fülle des besten Wassers zu finden sein sollte. Alle geognostischen Verhältnisse sprechen dafür, ich kann deshalb nur annehmen, daß nicht tief genug gebohrt ist. Nachdem man nun auch diesen Platz aufgegeben, längere Zeit zwischen den Gärten vor dem Neuenthore herumgesucht hatte, kam man aufs Sandfeld am Feuergraben, gegenüber dem Einshause. Dem Bürgervorsteherkollegium wurde eine bezüglichliche

Vorlage gemacht und dieses - - - genehmigte den Ankauf. Unmöglich kann man annehmen, daß die Herren damals über die Qualität des Platzes, namentlich über die Wasserverhältnisse unterrichtet waren, sonst hätten sie wohl nein gesagt. Daß der Platz nicht brauchbar ist, hat sich inzwischen zur Evidenz herausgestellt, man reflektirt nunmehr auf ein Stück Land, etwas mehr südlich gelegen, das nicht ganz so naß ist und etwas höher liegt. Wer sich an Ort und Stelle begiebt, wird auf den ersten Blick sagen, daß auch dieser Platz vermöge seiner Lage ungeeignet ist, schon weil die Wegeanlagen dorthin sehr theuer kommen werden und der Wasserabzug zur Hamel geht, die also alle Haus-, Bade- und Schmutzwässer wieder durch die Stadt führen würde. Einrichtungen, wie sie für die Insel nothwendig waren, müßten für diese beiden Plätze ebenfalls geschaffen werden. Auch liegen die Friedhöfe in solcher Nähe, daß keinenfalls hier gebaut werden darf.

Wohl oder übel wird man einen anderen Platz suchen müssen, und zwar einen solchen, der der Überfluthung nicht ausgesetzt ist. Wenn Herr Junge meint, man hätte nicht nöthig, darauf Rücksicht zu nehmen, so ist das einfach unverständlich, solche Ansicht zu widerlegen kann man sich sparen.

Nun komme ich zur letzten Frage, zum Invalidenhaus. Ist dieses großartige Grundstück zum Krankenhaus passend, ist die Lage gut, sind die Räume ausreichend? Die ganze Stadt, wollte sagen 99% der Bewohner, die sich die Frage überhaupt vorgelegt haben, sagen - Ja, die Herren Aerzte sagen - Ja, ich sage laut und ohne Bedenken - Ja! Ich habe oben nachgewiesen, daß 25 Betten ausreichend seien, Herr Junge hat ausgerechnet, daß hier 25 Betten mit je 40 Kubikmeter Luft-raum Platz finden, also stimmt ja prächtig. Ich glaube allerdings, daß in den 37 Zimmern auch mindestens 37 Betten stehen können, wenn jedes auch keine 40 Kubikm. Luft hat.¹ Jedenfalls sind die Zimmer so, daß es ein Kranker sehr gut darin aushalten kann, so daß er es in den meisten Fällen angenehmer hat, wie es ihm in den meisten Häusern in dieser Stadt geboten werden kann. Wenn das Invalidenhaus jetzt unser Krankenhaus wäre, würde es wohl vernünftigerweise Jemandem

¹ Circa 40 Kubikmeter hat z.B. ein Zimmer von 3 Meter Breite, 4 1/2 Meter Länge und 3 Meter Höhe, ein Zimmer, welches man für gewöhnlich klein nennt. D.Red.

einfallen, ein neues Krankenhaus zu verlangen? Keiner Mensch würde daran denken, ein jeder würde es für gut befinden, manche Stadt würde uns darum beneiden. Sollten aber noch Räume fehlen, so ist Platz genug für einen Flügelbau vorhanden, der nicht so theuer kommen kann, hier könnte man denn auch alle modernen Einrichtungen treffen. Die Vorzüge des Invalidenhauses, der Park, die freie gesunde Luft, die Lage am unteren Ende der Stadt, so daß man mit den Abwässern keine Last hat, sind Jedermann bekannt, ich will diese Vorzüge nicht noch näher beleuchten, da die Besitzer sonst leicht zurückhaltender werden können. Nach meiner Meinung muß jeder Lokalpatriot für das Invalidenhaus sein, nur der Preis ist in Erwägung zu ziehen. Bisher hat nur das amtliche Blatt über den hohen Preis etwas befichten können, der Bürgermeister hat aber amtlich versichert, daß überhaupt noch von keinem Preise die Rede gewesen sei, weshalb auf jenes müßige Gerede kein Gewicht zu legen ist. Jedenfalls ist auch der wirkliche Werth des Grundstückes zu berücksichtigen, hier ist Raum auch für ein Krankenhaus oder billig durch ein Anbau zu beschaffen und im Vergleich zum Sandfelde kann man eine erhebliche Summe für die Lage rechnen. Wie man denjenigen Leuten, welche für das Invalidenhaus sind, unlautere Beweggründe unterschieben mag, ist mir unbegreiflich, besonders wenn man noch von ihnen verlangt, daß sie freiwillige Beiträge, welche sie in Aussicht stellen, wenn nach ihren Wünschen verfahren wird, auch hergeben sollen, wenn diese nicht berücksichtigt werden. Zu solchem Gebahren gehört doch ein sehr großes Stück Unverfrorenheit. Die schönen Bilder und Pläne des zukünftigen Neubaus, welche auf dem Rathause zu sehen sind, können auf mich keinen Eindruck machen, werden auch keinem, der selbst gebaut hat, imponieren. Man weiß ja wie hübsch sich die Sachen auf dem Papiere ausmachen und was man nachher hat, wenn es fertig ist. Man zeige die schönen Pläne einem Dutzend anderer Architekten, ich bin überzeugt, jeder wird den Plan verwerfen oder erheblich verändern, jeder wird einen neuen machen, der nur das einzig wahre, gute und schöne trifft. Daß wir Laien bestellt werden, um uns durch die schönen Bilder zu ködern, ist an sich bezeichnend und läßt den Schluß zu, daß man andere sachliche Gründe nicht ins Feld zu führen hat. Auch von dem geplanten Rathauskeller sind recht hübsche Bilder vorhanden, sie sind sogar photographirt, kein Vernünftiger hat sich aber dadurch fangen lassen. - Ich hoffe, daß die Bürgervorsteher sich zwei Mal bedenken, ehe sie ihre Zustimmung zu dem theuren

großartigen Neubau, der für unsere Verhältnisse ganz unnöthig ist, geben, ich hoffe, daß die Bürgerschaft recht bald ihre Willensmeinung ver-lauten läßt über das was sie will u n d was sie nicht will.

Der 1890 erfolgte Ankauf des Invalidenhauses für 90 000 Mark durch die Stadt und der anschließende Um-bau zum städtischen Krankenhaus¹ hat die Diskussion im Sinne des Berichterstatters aus Hameln zu einem guten Ende geführt. Daß durch den Verkauf des Invali-denhauses die Hannoversche Hospitalkasse entlastet war, belegt ein Aktenstück vom 13. Mai 1890, in dem der Wegfall der "erheblichen Unterhaltungskosten" der Invaliden-Verpflegungs-Anstalt in Hameln eigens her-vorgehoben wird. (Anhang 36) So ergibt sich für das Invalidenhaus ein als Belastung empfundenes Ende, das freilich durch seine Überführung in eine sinnvolle medizinische Nachfolge-Einrichtung nur die Zeitbeding-t-heit einer solchen Gründung wie einer Verpflegungs-Anstalt für Invaliden unter Beweis gestellt hat. Die Umwandlung zum städtischen Krankenhaus war sicherlich die beste Lösung und trug den neuen Bedürfnissen Rech-nung.

¹ Städtisches Krankenhaus seit 5.11.1891
(Frdl.Mitteilung des Stadtarchivs Hameln v. 23.3.1979
Vgl. P. Niemeyer: Feierabend an der Weser Nr. 19,
v. 22.5.1976.)



4. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse zur Geschichte der Militär-Invalidenhäuser in Celle und Hameln

Die Zahl kriegsversehrter Veteranen nahm infolge der zahlreichen Kriege in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts außerordentlich zu. Ludwig XIV. von Frankreich ließ seit 1671 das Hôtel des Invalides in Paris errichten, das dem sozialen Notstand der Invaliden zentral abhelfen sollte. Sein Werk wurde in Europa zum Vorbild. 1683 erschien eine genaue Beschreibung mit Grundrissen und Ansichten von Le Jeune de Boulencourt, die den Bau, aber auch die zugrundeliegende Idee in aller Welt bekannt machte. Die Hospitäler von Kilmainham und Chelsea sowie das Marinekrankenhaus in Greenwich wurden durch Karl II. und Wilhelm III. von England mit Blick auf die französische Einrichtung gebaut. Vielleicht sind auch die österreichischen Militär-Krankenhäuser in Wien (1727), Budapest (1727) und Prag (1731-35) davon beeinflusst. Selbst die Invalidenversorgung in Form von Renten und Unterbringung in Klöstern, wie sie Zar Peter der Große von Rußland durchführte, geht auf seinen Besuch im Invalidendom im Jahre 1717 zurück.¹

Die deutschen Staaten griffen die französische Idee ebenfalls auf. So wurde durch Georg Wilhelm Herzog von Braunschweig-Lüneburg am 12.12.1689 das Hospital St. Wilhelm in Celle gestiftet. Im Jahre 1707 wurde durch Landgraf Carl Ludwig von Hessen-Kassel das Invalidenhaus zu Carlshafen in Auftrag gegeben. Es folgten Häuser in Berlin, Stolp/Pommern und in Bayern. Die Gründung der Invaliden-Verpflegungsanstalt in Hameln durch König Georg V. von Hannover aus dem Jahre 1861 steht ziemlich am Ende dieser Reihe von Gründungen, die etwa 200 Jahre einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung von Invaliden geleistet haben.

¹ Vgl. Bazin, Paläste des Glaubens, S. 243.

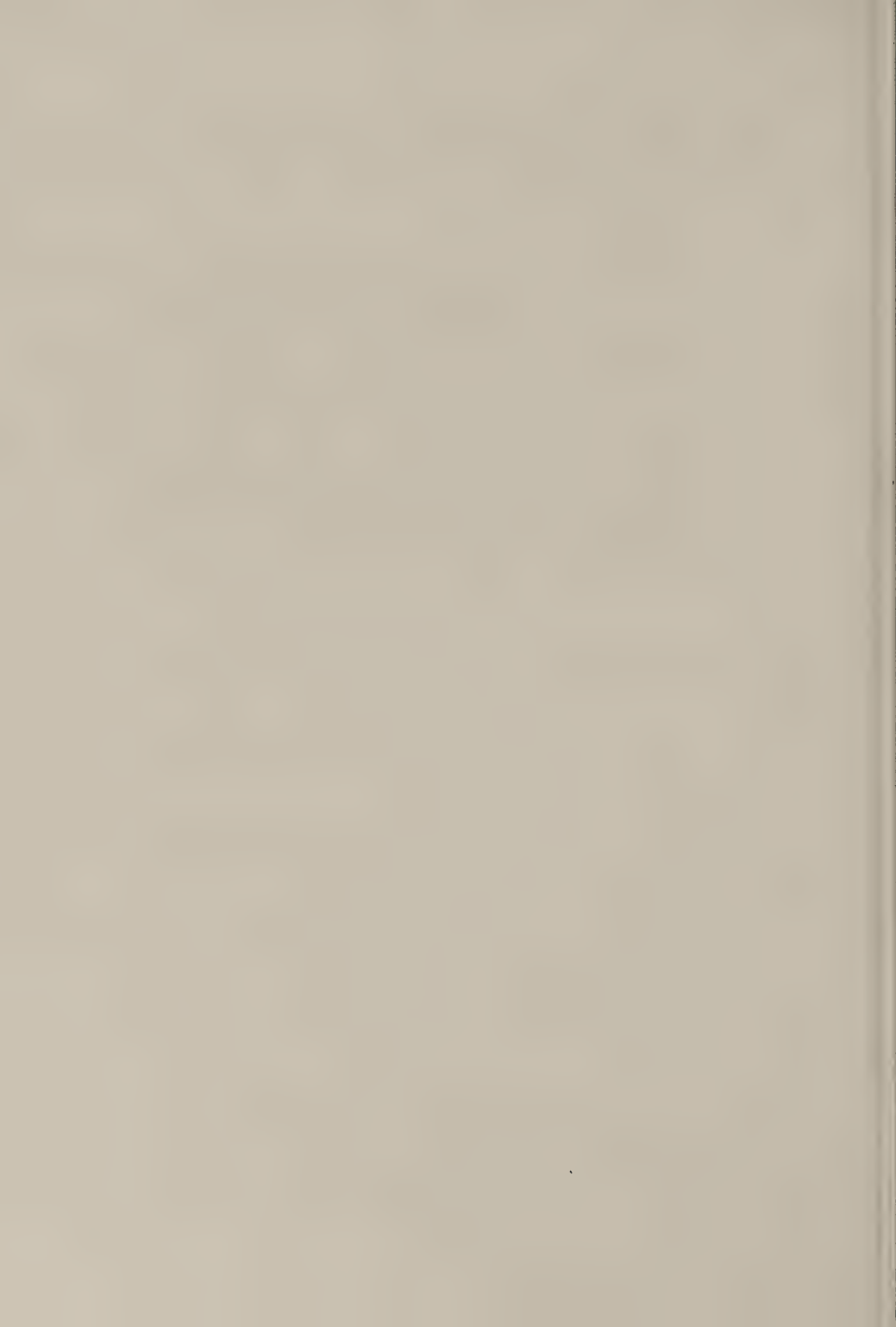
Die Ausgangssituation für die Gründung der Invalidenhäuser in Celle und Hameln hat eine analoge Struktur: beide standen unter dem Protektorat des jeweiligen Landesherrn. Andererseits sind durch die veränderten historischen Bedingungen zwischen den beiden Einrichtungen manche Unterschiede in den Lebensbedingungen der Invaliden festzustellen. Das Invalidenhaus zu Celle bestand vom ausgehenden 17. bis ins 18. Jahrhundert ca. 90 Jahre, während das Haus in Hameln aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur ein Vierteljahrhundert gebraucht wurde.

Das Hospital St. Wilhelm in Celle diente laut Stiftungsurkunde den aus Krankheits- oder Altersgründen dienstunfähig gewordenen Soldaten und damit einem sozialen Zweck. Zugleich sollte durch die Einrichtung des Hospitals der Dienst als Soldat attraktiver gemacht werden. Die ansehnliche Stiftung konnte ca. 40 Invaliden gut unterbringen. Oft war das Haus allerdings unterbelegt, nach den Kriegen dagegen überfüllt. Zwei eigene geräumige Krankenstuben standen zur Verfügung. Bei den festgelegten Gehältern wurde auch ein Chirurg berücksichtigt. Die Verpflegung war einfach, aber reichlich. Durch strenge Hausregeln wurde das Alltagsleben z.T. unter religiösen Richtlinien geordnet. Die Invalidenversorgung war nicht nur an das Hospital gebunden, sondern erfaßte auch auswärts untergebrachte ehemalige Soldaten, deren ärztliche Betreuung kostenlos war. Die Höhe der Versorgung war vom Grad der Kriegsverletzung abhängig. Nach Auflösung des Hospitals ging die Versorgung auf Rentenbasis weiter. Das Haus selbst wurde bis in die Gegenwart als Altersheim genutzt.

Das Militär-Invalidenhaus zu Hameln war zur Aufnahme von neunzig Invaliden eingerichtet, die in Wohngemeinschaften von je vier bis acht Mann zusammengefaßt waren. Eigene Hospitalräume standen für Krankheitsfälle zur Verfügung. Die Nutzung des Invalidenhauses als Lazarett

(1870/71) und seit 1891 als städtisches Krankenhaus zeigt die veränderte soziale und medizinische Situation, in der die Invalidenversorgung in die Krankenhausgeschichte mündet.

Beide Anstalten waren übrigens als Immobilien Bestandteile einer umfassenderen Invalidenversorgung, aber am Ende doch eine Belastung für die übergeordnete Verwaltung, die ihre Mittel und sonstigen Versorgungsmaßnahmen gerecht verteilen wollte. Daß die Invalidenhäuser unter anderm auch wegen ihrer geringen Ausnutzung geschlossen wurden, zugleich aber in Einrichtungen der Altenpflege bzw. des Krankenhauswesens weiterbestanden, macht sie als Beispiele für eine flexible Gesundheitsfürsorge, die sich stets neuen Gegebenheiten anpaßt, interessant.



5. Akten in Abschrift

Anhang 1

(Hann. 47 I 158 u. Hann. 91 Hattorf Nr. 35)

Stiftungsurkunde

Celle, 1689 Dez. 12/22

Wir Georg Wilhelm von Gottes Gnaden Hertzog zu Braunschweig und Lüneburg urkunden und bekennen hiemit vor Uns und Unsere Nachkommen an der Regierung gegen männlichen. Nachdem wir längst darauf bedacht gewesen, vor die in Unsere Kriegerischen Diensten bleibende oder sonst zu Schaden gekommene preßhafte, oder auch wegen Alters zu weitere Dienstleistungen untüchtig gewordene Soldaten eine gewisse Stiftung zu machen, wodurch dieselbe nicht allein Zeit Lebens ihren nöthigen Unterhalt haben, ihrer geleisteten treuen Dienste einigermaßen ergetzet, sondern auch andere in Unsere Kriegerischen Dienste sich zu begeben so viel williger gemacht werden mögen. So haben Wir zu solchem Ende nicht allein bereit für einigen Jahren ein bequemes Haus nahe bey St. Georgen allhier vor Unserer Residentz Zell erbauen laßen, sondern seyn auch zu solcher armen preßhaften Leuthe Verpflegung und Unterhaltung gewisse Capitalia und Einkünfte welche Wir auch nach und nach weiter zu vergrößern geneigt seyn, zu destiniren und zu verordnen gemüßiget worden. Damit aber solch Unser christliches und zu des Höchsten Ehre, auch der armen Leuthe Besten angesehenes Vorhaben, auch in künftigen Zeiten umb so viel mehr in Kräften bleiben, und worauf diese Unsere wohlgemeinte Willens Verordnung in ein und ander Berufe zu desto sicherer Festhaltung und Beobachtung, auch der Posterität nicht verborgen seyn möge; So haben Wir gegenwärtige Foundation schriftlich und unwiderruflich aufzurichten, und was Wir bis dato zu solchem Zweck gnädigst destiniret, derselben förmlich zu inseriren der Nothdurft ermeßen.

Und wie nun solchem nach Wir zuvörderst zur Reception und Aufnahme solcher Leuthe vorangeregtes darzu aptirtes Haus auf beständig hier mit nachmalen gewidmet haben wollen, also seyn auch zu Unterhalt- und Verpflegung der darin recipirenden Leuthe folgende Capitalia zu jährlicher Hebung der derer davon kommenden Zinsen nicht allein von Uns belegeet, sondern auch zu desto heßerer derselben Subsistenz ein- und ander weitere dienliche Anstalten, wie folget, gemacht werden.

1. Erstlich haben wir zu vorbesagtem Ende im Jahr 1680 auf Ostern ein Capital von sechstaussent Thalern Species bey Unserem Land Schatze gegen fünf pro Cent belegeet.
2. Zum anderen stehet bey Unserem Geheimen Legations Rath Aschen Christoph Freyherrn von Marenholtz ein

Capital von zweyhundert Thaler von Ostern 1683, selbige jährlich mit Fünf pro Cent, so lange solche bey ihm stehen werden, zu oben angezogenem Ende aus seinen Gütern zu Schwülper zu verzinzen.

3. Drittens ist von Michaeli 1683 von einigen einkommenen Straf Geldern eintausend Thaler current, auch à Fünf pro Cent, dann

4. Ostern 1684 von denen von obigen Capitalien aufgeschuollenen Zinsen abermahl eintausend Thaler current zu Capital geschlagen, und gegen Fünf pro Cent bey unserem Land Schatze begelegt.

5. Fünftens ist in Anno 1686 von Unserer freundlich geliebten Frau Gemahlin Ld. gleichergestalt zu obigen Ende diesen Hospital eintausend Thaler beygelegt, so jetzo bey Unserer Land Caße stehen, und nach deren Abtragung anderwärts sicher angelegt werden sollen.

6. So seyn auch ferner Anno 1688 gegen Ostern wiederumb eintausend Thaler current von einkommenen und bey der Rechnung befundenen Vorrath zu Capital gemacht und bey Unserem Landschatz gegen Fünf pro Cent begelegt, so daß die darzu bishero destinirte Summe sich bereits zu zehntausend zweyhundert Thaler würklich belaufet und auf Zinsen begelegt sind.

7. Ferner und Siebendes haben Wir auch die von Arend Martings wegen des Haller Springischen Vorwercks, Unß nachständig gebliebenen Pacht Gelder, welche Unß von gedachtem Marting vermittelt einer auf tausend Thaler Species streckenden Obligation sub dato Martini 1663 bey Unserer Stadt Braunsch. überwiesen, und gewidmet, welches Capital der 1000 Thlr. Species sambt rückständigen Zinsen die zu Unserer Stiftung verordnete Provisores, so best sie können einzufordern und zubehandeln und zu obiger Behuef mit anzuwenden, und nach Drein Erhebung sicher anzulegen geflißen seyn werden.

8. Und wie Wir auch Achtens diejenige Straaf Gelder, welche denen von Adell im Lande, nicht weniger denen in Unserer Bedienung stehenden Vornehmen Persohnen wegen vorfallender Verbrechen bey Unser Fürst. Regierung dictiret werden mögten, zu diesem Hospital mit gewidmet haben, jedoch Unß vorbehalten, von solchen Strafen auch einen Theil zu anderen milden Sachen, in Specie aber dem künftigt allhie zu stiftenden Waysen Hauß anzuwenden, also behalten Wir Unß ein und anderes zu Unserer freyen Disposition, und wollen bey jedem vorfallenden Casu desfalls nöthige Ordre zustellen, nicht ermangeln, auch soll jederzeit dahin gesehen werden, daß von solchen Geldern so viel immer geschehen kan, von Zeiten zu Zeiten ein Capital gemacht und daßelbe zu Erhebung gebührender Zinsen

angeleget werde. Versehen Unß auch zu Unseren Nachkommen an der Regierung und wollen sie darumb ersuchet haben, daß dieselbe dieses mitgefallen laßen, und bey sich begebenden Fallen diesem Hospital belegte Straf Gelder auf vorerwehnte Art laßen wollen und werden.

9. Und weil Wir Neundtens angemercket, daß die von oberwehnten Capitalien aufkommenden Zinsen zu Erhalt- und Verpflegung der Leuthe nicht zu reichig seyn wollen, so haben Wir die gnädigste Verordnung gethan, daß bey aller Unserer jedesmal auf den Beinen habenden Milice, Cavallerie, Dragoners und Infanterie, auch die Guardes mit eingeschlossen, von denen monatlichen Gages der Unterofficirer und Gemeinen, und zwar von jedem Reichsthaler, so gedachte untere Officire und Gemeine monatlich zu empfangen haben, jedes mahl drey Pfennig abgezogen und inne behalten werden sollen; und damit darunter umb so viel bessere Richtigkeit gehalten und die Gebühr zu dem Hospital jedesmahl geliefert werden möge, so soll Unser Kriegs Secretarius dahin angewiesen seyn, alle und jegliche Monath eine richtige Designation deßen, was von solchen Geldern fället, und an mehr gedachtes Hospital bezahlet werden muß, an den zeitigen Provisorem, welcher darnach die Hebung zu thun, auszustellen, daneben aber und damit Unsere Caßirer und Receptores Wißenschaft haben mögen, was Sie zu decour-tiren, so soll das abzuziehende Quantum unter die ausfertige Assignationes gesetzt werden, und so dann diese, in der monatlichen Auszahlung, sich darnach richten, und die inne behaltenen Gelder jedesmahl gegen gehörigen Schein an den Hospital-Provisorem senden, und dieser richtige Rechnung darüber führen; was aber die außerhalb Land befindlichen Troupen belanget, desfalls soll an die bestellte Commißarien behuefige Verordnung dahin abgelassen werden, damit diese auch von solcher Troupen monatlich Gages die Lieferung an den Provisorem immediate thun mögen.

10. Imgleichen und Zehntens, wollen und verordnen Wir, daß die auf mehr erwehnte Hospital haltende vier bis sechs Häupter Vieh frey auf Unsere Weyde mit getrieben, demselben auch zu deren Ausfütterung ein darzu außreichend ihnen nahe gelegener Zehnte, wenn man sich deswegen bey Unser Cammer in Zeiten gebührend angeben wird, umb die Billigkeit überlaßen, auch zu nöthiger Feuerung wöchentlich aus Unserer Burg Voigtey ein Fuder Holtz und zwey Fuder Torf gereicht werden, jedoch das Hospital solche auf seine Kosten anfahren laßen soll.

11. Damit nun Elftens diese unsere führende gute Intention umb somehr erreicht und derselben der Gebühr gelebet werden möge, wollen Wir allemahl, einen oder zwey aus Mittel Unserer Räthe, und einen von Unserer Militz gnädigst verordnen, welche über alles und jedes, so bey dem Hospital vorfällt, sambt und sonders nöthige Aufsicht

führen über ein und anderes vorfallenden Umständen nach gehöriger Verfügung thun, Rechnungen von dem Provisore jährlich einnehmen, und die Nothdurft beobachten sollen. Wie dann auch einen von Unsern Secretarien die Expedition in den Hospital Sachen zu verrichten und die vorhandene Documenta und Briefschaften in Verwahrung zu halten, aufgetragen, und ein gewisser Provisor, nebst einen Hospital Verwalter oder Oeconomo, bestellt werden soll, denen jener über Einnahme und Ausgabe gebührende Rechnung zuführen, respective außzuzahlen, mit Ein-Kauf- und Anschaffung nötiger Lebensmittel und zeitiger Provision, die Gebühr zu beobachten, dieser aber die anschaffende Victualien unter die vorhandene Armen zu rechter Zeit, und nach der ihm vorschreibenden Verordnung zuzubereiten und dispensiren zu laßen, auch im Hause, und unter den Armen gute Obsicht und Ordnung, damit sie so wohl denen angestellten Betstunden und Gottesdienst fleissig und ohne Versäumniß abwarten, als auch Laster, unanständiger Handel und Muthwillens müßig gehen, ernstlich zu halten, die vorgehende Gebrechen anzuzeigen, und von dem wöchentlich Aufgang jedesmahl dem Provisori gehörige Red- und Antwort zu geben hat; Und wie die Beyde obgesagter ihrer Verrichtung halber zu beeydigen, und befindenden Umständen nach mit gehörigen Instructionen zu versehen. Also soll dem Secretario alljährlich dreyssig Thaler, dem Provisori achtzig, dem Prediger auf der Blumela wegen der Administrirung des Heyl. Nachtmahls und wöchentlich haltender Bet-Stunde oder Catechismus Lehre jährlich zwanzig Thaler, dem Cantzellisten, welcher das Abschreiben in Hospital Sachen verrichtet und die Concepte und Originalia zur Signirung und Unterschrift befördert, zwölf Thaler, dem Küster seiner Aufwartung halber jährlich vier Thaler, dem Chirurgus gleichergestalt zwölf Thaler und dem Oeconomo monatlich 3 Port. Speisung fünf Thaler vermachtet und gereicht werden, dieses alles aber nach Befindung zu vermindern oder zu vermehren wir Uns allemahl vorbehalten haben wollen. Was auch in künftigen Zeiten dieses Hospital an Capitalien oder Einkünften weiter zuwachsen, und auch aus christlicher Gemüthe beygelegt werden sollte, darüber soll jeder Zeit umb mehrerer Sicherheit halber eine à parte schriftliche Acte ausgestellt werden.

12. Was Zwölftens die Reception solcher armen Leuthe betrifft, so sollen in dieses Hospital keine als ganz Preßhafte eingenommen und gepflegt, andern aber so auch zu Diensten untüchtig geworden und sich hin und wieder im Lande bey ihren Freunden oder sonsten aufhalten, dasjenige, so einen jeden monatlich vermachtet wird, an Geld gereicht werden. Es soll aber keiner zu ein oder andern von Unseren darzu verordneten Räthen aufgenommen werden; er habe denn ein beglaubigtes Attestatum von Unseren commandirenden General oder dem General-Commissario; so soll auch alle Jahr eine Untersuchung angestellt werden, in was Stände die Leuthe sich befinden, ob sie der Almosen annoch bedürftig oder derogestalt genesen, daß sie wieder

Dienste thun oder sonst Ihr Brodt verdienen können, welchenfalls dann dieselben wieder dimittiret oder employiret werden können.

13. Wir ordnen und wollen auch zum Dreyzenten, daß alle Jahre behuef der armen Soldaten Kinder, welche sich etwa anfinden und der Almosen, indem sie noch klein und unerzogen und selbst ihr Brodt annoch nicht verdienen können, bedürftig seyn möchten, vierzig Rthlr. von dem Provisore angewendet, und ihnen davon zu ihrer Subsistenz nach erkundigter Beschaffenheit ihres Zustandes etwas gereicht werden möge; und können ihm solche zu dem Behuef in Rechnung passiret werden, jedoch daß von dem Provisore jedes mahl denen zeitigen Inspectoren davon Nachricht gegeben werde. Zu mehrerer Versicherung deßen und damit auch nach Unserem in Gottes Händen stehenden tödlichen Hintritt hierunter kein Mangel oder Abgang zu befahren seyn möge, haben Wir diese zu recht beständige immerwährende ohnwiderrufliche Function und Donation obgedacht maßen in Schriften verfaßen und fest zustellen, diensahm erlassen; gestalt Wir dann dieselbe hiermit und kraft dieses, wie es zu recht am Kräftigsten geschehen soll, kan oder mag, aufrichten, und wollen das dieselbe zu ewigen Tagen beständig verbleiben und ohnabbrüchig in allen Punkten und Clausulen auch von Unseren Nachkommen also gehalten werden sollen. Allermaßen Wir dann dieselbe hiermit ersuchet, und sie dahin obligiret haben wollen, da von jemand dieser Unser wohlgemeinten christlichen Verordnung zuwieder zu handeln, dieselbe in ein oder andern zu intervertiren oder aufzuheben unternommen werden sollte, daßelbe nicht zu gestatten, sondern auch vor sich darüber kräftiglich und Fürstl. zuhalten; deßen zu Uhrkund und Festerhaltung haben Wir diese Fundation mit Unsern Händen unterschrieben und Unser Fürstliches Secret daran hangen laßen.

Geschehen und Geben auf Unser Redidentz Cell, den 12ten Decembris des Eintausend Sechshundert Neun und Achtzigsten Jahres

Georg Wilhelm.

Anhang 2
(Hann.91 Hattorf Nr. 35)

Designatio

1695

Was monatlich der Milice wegen eines Lazarets von der Gage zu decourtiren und zwarten dem Zellischen Reglement nach, von Sergeanten an zu rechnen von jedem Rth 3 $\frac{1}{2}$ dero Behuef abgezogen wird.

Artillerie

In Hannover

1 Corporal

5,-

11 Constables	55,-	
3 Rustmeisters	18,-	
2 Schmiede	12,-	
2 Zimmerleute	11,-	
1 Rademacher	6,-	
1 Walmeister	6,-	
Minirmeister u.		
2 Mineurs	<u>8,-</u>	121,- Rth.

In Hameln

4 Constables	20,-	
1 Faßbinder	5,-	
1 Zimmermann	5,-	
1 Rademacher	5,-	
2 Schmiede	11,-	
Walmeister	<u>6,-</u>	52,- Rth.

Von jedem Rth.
monathl. 3 g ist pp.

pp.

Garde zu Roß

pp.

Ein Regiment zu Roß

pp.

Ein Regiment Dragoner

pp.

Ein Regiment zu Fuß

pp.

Summarische Einnahme und Abzug der Monathl. Invaliden
Gelder bey ihre Chur-Fürstl. Durchl. im Lande und am
Ober Rheinstrohm stehende Troupen. Vom 1ten Mai 1695
angehet.

pp.

Ernst August Churfürst

Anhang 3

Plan general¹

¹ St.A.Hannover, Kartenabteilung 32 c, Celle 37 pm
Stadtarchiv Celle.



[Faint handwritten notes, possibly bleed-through from the reverse side.]

Anhang 4
Hann. 91Hattorf Nr. 35)

Interims-Reglement

Hannover 1695 Sept. 24/Okt. 4

Wie es bis zu ander weiteren Verordnung mit Verpflegung, der in Unsern Kriegen Diensten bleibten, oder sonst zu Schaden gekommenen, oder auch etwa wegen Alters zu weiteren Dienstleistungen untüchtig gewordenen Soldaten gehalten solle.

1.

Wann solche brechhafte Bleiberte, oder auch wegen Alters zu ferneren Diensten untüchtig gewordene Unterofficier und Soldaten, unter Unsern Trouppen zu Fuß und Fuß, auch bey der Leib Garde und der Artillerie mittels eines beglaubigten Attestati, von Unsern commandirenden General Felt Marschall oder wenigstens dem Obristen unter dessen Regiment Sie gestanden, bey Unserer Kriegen Cantzeley sich anmelden und darthun, wie lange sie in Unsern Diensten gewesen, wo und welcher gestalt Sie bleibet oder sonst zu dienen untüchtig geworden/ : ohne dem keiner recipirt werden soll:/ sollen dieselbe biß Wir wegen eines auf zubauenden Invaliden Hauses anderwertige Verordnung gethan haben werden in einige Unserer kleinen Landt Städten als Springe, Pattensen und Eldagsen A: verlegt, daselbst auch mit Obdach und Lagerstatt gleich anderen ein quar- tirt Soldaten versehen werden.

2.

Soll ein Sergeant	3 Rth.	
Ein Unterofficier	2 "	18 mgr.
Ein Corporal	2 "	- "
Einen Gefreyten	1 "	9 "
Einen gemeinen Reuter	1 "	9 "
Einen Musquetier	1 "	- "
Einen Reuter von der Gar- de	2 "	- "
Einen Constabel	1 "	9 "

von denen dazu destinirten Geldern zu Ihrem Unterhalt monathl. gereicht werden.

3.

Soll jedem, so wohl unter Officier als Gemeinen, neben dem vermachten Geld monathl. einen Himbten Rogcken auß Unsern Magazinen gegeben werden.

4.

Sollen die angenommenen Soloaten mit nötiger Kleidung, als Rogck, Hosen, Gurt und Strümpfe, und zuarten alle drey Jahr, aber mit 2 Hemdbern und ein Paar Schuen versehen werden.

5.

Soll denjenigen auß Unsern Landen Bürtigen Unter Officiren und Soldaten, welche sich etwa bey den Ihrigen auf halten wollen, solches zu thun frey stehen, auf diesen Fall aber Ihnen Über das zu ihrem Unterhalt vermachte Gelt mehreres nicht gegeben werden, und sie schuldig seyn, alle Vierteljahr bey der Obrigkeit des Orts, wo selbst sie sich aufhalten, anzumelden und von derselben an Unserer Krieges Cantzeley berichtet werden, das sie noch im Leben sind. Da ferner jedoch Umstände sich ereigneten worum ein oder ander bey den seinigen in Lande sich befindenden Invaliden, an statt des Geldes und der Kleidung, so die andern im Hospital empfangen, etwas Über das gewöhnliche Geld zu zulegen wehre, soll Unsere Krieges-Cantzeley des wegen zu disponiren Macht haben.

6.

Soll denjenigen, welche vor dem Arzt liegen, und demnach mit offenen Schaden oder sonsten mit Schwachheit behaftet sind, nach Ermessigung ihrer Gebrechen, und so lange sie der Cur bedürfen, monathl. Über das ordinair Vermachnis 12, 15, 18 bis 24 mgr. oder mehr zu gelegt werden.

7.

Es soll auch mit denen breshaften Unterofficiren und Soldaten solcher Unterschied gehalten werden, daß daferne ein oder ander wegen empfangener Bleßuren oder zu gestoßener Krankheit in das Hospital recipirt wurden, hernach aber dergestalt wieder genesen solte, daß er wieder Dienste thun oder sonsten sein Brodt verdienen könnte, soll derselbe nach guth Befinden entweder dimittiret, oder wieder employret werden.

8.

Soll keinen Invaliden vergönnt seyn, sich zu verheyrathen, oder derselbe solchen Fall des Genußes des Hospitals verlustig seyn.

9.

Sollen die Invaliden, so sich außer dem Hospital bey den Ihrigen in Unseren Landen befinden, von Schutz- und Dienst-Gelde befreyt bleiben, es sey denn, daß sie etwa Höfe besitzen, wovon sie alsdan die Onera praestiren müssen.

10.

Soll allezeit einen Ober- oder tüchtigen Unterofficier, welcher alters oder Bleßuren wegen in dem Hospital recipirt ist, das Commando Über die Invaliden in den benannten kleinen Städten zu führen aufgetragen werden, welcher dieselbe in gewöhnlicher Krieges Disciplin halten, die Nachten durch dieselbe versehen laßen, und Macht haben soll, nach militairischen Brauch die geringe Verbrechen

zu bestrafen, von den größeren aber an Unsere Krieges Cantzeley referiren; es soll auch keiner der Invaliden Macht haben, ohne Verlaub des ihnen vorgesetzten Officiers auß der Stadt, da sie sey, sich zubegeben und zu verreisen.

11.

Soll in Sonderheit solcher Officier die ihm untergebenen Invaliden dahin anhalten, daß sie fleißig zur Kirche gehen, eines frommen, still und christlichen Lebens sich befleißigen, also das weder Ihren Wirthen in den Städten noch männiglich die geringste Ungelegenheit von ihnen gemacht werde.

12.

Dem 2ten Pasteri oder Capellan in der kleinen Stadt, wo das Hospital obgemeltermaßen etablirt ist, soll monathl. einen Thaler auß der Hospital Cassa gereicht werden, davon Er den Invaliden das Heyl. Abendmahl zu administriren und alle Tage außer denen gewöhnlichen Predigt Tagen eine Behtstunde zu halten, bey welchen sich alle Invaliden einfinden sollen, auch soll dem Chirurgo in solcher Stadt zwey Thl. Monathl. gegeben werden, davon derselbe die Invaliden zu besorgen und von Curen so bey Ihnen zu thun, nichts zu fordern haben, alß waß die Artzeney, so er ordnet, kosten wird, und da ferner an solchen Orten kein tüchtiger Chirurgus sich findet, soll von Unserer Krieges Cantzeley dazu Anstalt gemacht werden, und einem Chirurgo eine proportionirte Gage verordnet werden.

13.

Soll der commandirende Officier so wohl alß die Obrigkeit der kleinen Städten, da das Hospital etablirt ist, so bald ein oder ander gestorben ist, solches an Unser Krieges Cantzeley berichten, damit der Abgegangene in den darüber führenden Rechnungen auß gethan, und deswegen Richtigkeit gehalten werden möge, und da bey ihrem Absterben nicht so viel befindlich wehre, davon die erforderte Kosten zum Sarck und Begrabniß zu stehen, sollen darzu von der Obrigkeit ... Thl. vorgeschossen, die Beerdigung so fort befördert, und derselben der Vorschuß auß der Hospital Cassa also fort wieder guth gethan werden.

14.

Damit dan den armen Soldaten Kindern, auch krank- und breshaften Weibern, einiger maßen geholfen werden könne, so soll zu deren Allmosen bey Unserer Krieges Cassa jährlich bis auf 50 Thl. anzuwenden und in der Hospital Rechnung zu führen, hiedurch verordnet und erlaubt seyn.

15.

Damit nun Unser gnädigste Intention umb so mehr erreicht, und diese Anstalt der Gebühr verrichtet werden, so soll derjenige von Unsern Ministern, welcher die Direction bey der Krieges-Cantzeley führen wird, die Absicht auf

das ermelte Hospital haben und darob sein, das denen Invaliden dasjenige, was Ihnen hieſin verordnet ist, gereicht, die Rechnungen bey Unsrer Krieges-Cantzeley geführet und alles in guter Richtigkeit gehalten werde. In Specie soll die so wohl von dem Brabantischen Abzug erhobene Gelder, alß auch, was daher und von Unseren hiesigen Troupen ferner abgezogen und nicht behuef Unterhalts der Invaliden angewendet wird, auf Zinsen auß gethan, und zu des Hospitals Besten menagiret, auch soll wohl darüber, alß was der Invaliden Unterhalt betrifft monatl. richtige Rechnung geführet werden.

16.

Auf solche Administration und Rechnung sollen keine weitere Unkosten alß vor der Cassaschreiber, welcher die Rechnungen führet, und alles, so des Hospitals wegen zu thun ist, beobachten soll, monatl. fünf Thl. paßiret werden. Zu dessen Urkundt wir dieses eigenhändig unterschrieben, und mit Unserem Krieges Cantzeley Insiegel bevestigen laßen, geben in Unserer Residentz Stadt Hannover den 24ten September 1695.

Von Jegen und anstatt
Unseres Herren Vaters Gnaden
Georg Ludwig

Anhang 5

(Cal 23 b B II/9 Nr. 89)

Verordnung über die Verteilung des monatlichen Himten Roggen an die Invaliden
1769 Nov. 28

Unseren,
Nachdemmahlen, zu Verhütung alles Unterschleifs bey Empfangnehmung des monatlichen Himten Rockens für die damit begnadigten Pensionair Invaliden, wir für diensam erachtet haben, daß vom 1ten Jan. des künftigen 1770ten Jahres angerechnet, und bis auf weitere Verordnung
1. einem Invaliden sein monatlicher Himten Rocken (nicht) ehe verabfolget, auch nicht ehe für selbigen berechnet werden soll, bevor nicht der Invalide sein Pensions Buch vorgezeigt hat und in diesem attestirt sich befindet, daß er im vorhergehenden fünften Monat annoch wirklich im Genuß seiner Pension gewesen sey.

2. daß ferner keinem mit Rocken begnadigten Invaliden, deßen Pension auf einige Zeit cessiret hat(es sey ihm aus der Hospital Casse die verfallene Pension auf Unsere Verfügung nachgezahlet, oder selbiger sey von neuem unter die Pensionairs wieder aufgenommen) das Rocken Quantum auf die Zeit da deßen Pension, laut seines vorzeigenden Pension-Buches, aufgehoret gehabt, ohne Unser besondere Vergünstigung verabreicht, hinfolqlich auch

für keinen Invaliden berechnet werden dürfen.

3. Daß auch denen Wittwen und ehelichen Waysen derer verstorbenen Invaliden, so Gnaden Rocken erhalten haben, der Gnaden-monathlich Himten Rocken nicht anders verabreicht werden solle, als wenn zuforderst ein Prediger-Schein abgeliefert, bey welchem von des Verstorbenen Orts-Obrigkeit zugleich mit attestiret worden: wann der Invalide gestorben ist, und ob er eine Wittue oder eheliche Waysen nachgelaßen habe.

4. Daß endlich die bis jetzt zur Hospital-Casse jährlich geschickten Listen derer Invaliden, so den monatlichen Himten Rocken erhalten haben, in Zukunft anhero, und zwar nach dem Alphabeth eingerichtet, unfehlbar im Januar jeden Jahres (jedoch zum ersten Mahle im Januar 1771) eingesandt, auch selbigen diestwa eingekommenen, sub Nro. 3 bemeldeten Attestata, wegen des Gnaden-monathlichen Himten Rocken, beygelegt werden sollen.

So unverhalten Wir euch Solches hiemit zu eurer Direction, auch genauesten Nachachtung
Hannover, den 28ten Nov. 1769

Anhang 6
(Cal 23 b I/11 1733)

Friedensreglement

Unser Georg des Andern, Königs von Groß-Britannien und Churfürsten zu Braunschweig-Lüneburg

Reglement

Wie es in Friedens-Zeiten und bis zu anderweiter Verordnung mit Auffnehmung derer in unsern Krieges-Diensten zu Schaden gekommenen, auch Alters halber zu weitere Dienstleistungen untüchtig gewordenen GemeinSoldaten, gehalten werden soll.

1.
Sollen vom 1 ten May 1733 an, von einem jeden Regiment nur eine gewisse Zahl, und zwar von einem Regiment Dragoner jährlich sechs, von einem Regiment Reuter jährlich drey und von einem Bataillon Infanterie jährlich sieben, von Unserer Leib-Garde zu Pferde aber und von der Artillerie von jedem Corps in 2. Jahren vier als Invaliden aufgenommen, und aus Unserer Hospital-Casse mit Gnaden-Gehalt versehen werden, wobey sich denn

2.
Von selbst verstehtet, zum Überfluß aber hiedurch nochmals verordnet wird, daß bey denen Reutern, Dragonern, Mousquetaiers, auch Constables, Hautboisten und Tambours, welche solchergestalt der Gnade des Hospitals sollen

theilhaftig werden können, nicht allein die nach Unseres in GOTT ruhenden Herrn Vaters Majest. vorhin ausgelesenen Reglements erforderliche Requisita, nemlich, daß sie in Unserm Dienste zu Schaden gekommen oder 20. Jahr gedienet haben, sich finden, sondern auch die Leute mit Abschieden und Attestatis wegen ihres Wohlverhaltens von dem Chef des Regiments, bey dem sie gestanden, versehen seyn müssen.

3.

Solte sichs fügen, daß von einem oder andern Regiment oder Corps in einem Jahr nicht so viele Gemeine in Invalidenhäuser geschicket würden, als von demselben nach dem vorhergehenden §pho können aufgenommen werden, behält das Regiment oder Corps solche Invaliden-Plätze auf die künftige Jahre zu gute.

4.

Gleich wie dies Reglement schon aufgeführtenmassen nur auf die gemeinen Reuters, Dragoners, Mousquetiers, auch Constables, Hautboisten und Tambours gehet, also lassen wir es auch, wie wir ausdrücklich wollen und hiemit verordnen, dabey bewenden, daß alle Wacht- und Quartier-Meisters, Sergeanten, Unter-Officiers, Corporals, Stück-Junckers und Feuerwerckers, auch Pauckers, Trompeters und Regiments-Tambours, welche von ihren gewesenen Chefs gute Abschiede und Attestata beybringen, auch die sonstige zu einem Invaliden gehörige Requisita haben, ferner bey Unserer Hospitäl-Casse angenommen, und in den gewöhnlichen Gnaden-Gehalt gesetzt werden.

5.

Sollte aber hiernächst ein oder ander Regiment im Felde dienen, soll auf keine gewisse Zahl gesehen werden, sondern denenjenigen von solchen Regimentern, welche die Gnade des Hospitals verdienen, selbige auf den vorigen Fuß ange-deyen. Geben auf Unserem Palais zu St. James den

30. Mart

10. Apr. des 1733ten Jahrs, Unseres Reichs im Sechsten.
(L.S.)

George Rex.

Anhang 7

(Cal. 23 b 8 I 1712)

Göhrde, 1712 Oktober 20

Von Gottes Gnaden, wir Georg Ludwig, Hertzog zu
Fraunschweig und Lüneburg, des Heil. Röm. Reichs
Schatzmeister und Churfürst.

Fügen hiemit zu wissen. Demnach Uns vorgekommen, daß
die in GnadenGeldern stehende invalide Unter-Officiers
und gemeine Solcaten, wann Sie von der Obrigkeit des

Orths, woselbst sie sich aufhalten, etwa zu Ablegung eines Zeugnisses oder zur Confrontation mit ein- und andern Deliquenten citiret oder auch wol gar einige Mißhandlungen begangen und behueff Cognoscir- und Bestraffung derselben von der Obrigkeit des Orths, in dessen Gericht sie verübet worden, vorgefordert werden, sich nicht sistiren, sondern sich auff das Forum militare beruffen und demselben nur allein unterwürfig seyn wollen. Diese Leute aber, ob Sie schon in Ansehung ihrer vorhin geleisteten Dienste Gnaden-Pension bekommen, dennoch keine würckliche Soldaten mehr sind, sondern ihre Erlassung bekommen, folglich zu Militair-Stande gar nicht mehr gehören, noch einige Dependenz davon haben, insonderheit auch der Orth, alwo ein- oder ander gebrechlicher Unter-Officier und Soldat sich aufhält und sich für Gericht zu stellen hat, von dem Kriegs-Gericht öfters sehr weit entfernt ist, dannenhero es viel Weitläufigkeit verursachen und zu mercklicher Verzögerung der Justiz gereichen würde, wann ihnen auf das Militair-Forum zu provociren ferner verstatt werden solte. Als setzen, ordnen und wollen Wir hiemit, daß alle invalide Unter-Officiers und gemeine Soldaten, worunter jedoch die in denen Hospitiälern zu St. Wilhelm in Zelle, wie auch zu Springe und Münder befindliche nicht mit verstanden werden, der ordinairn Gerichtsbarkeit unterworfen, dannenhero, wenn Sie vorgefordert oder auch eine straffbare That begangen und darüber abgehört werden sollen, sich ohnweigerlich für der ordentlichen Obrigkeit in Unseren Städten und auff dem Lande, worunter Sie gegessen oder delinquiret haben, zu stellen schuldig seyn sollen. Allermaassen dann auch alle Obrigkeiten in denen Städten und auff dem Lande befügt seyn sollen, die in ihrer Jurisdiction befindliche oder darin delinquirende invalide Unter-Officiers und gemeine Soldaten, ohne deßfals vorher bey Unserer Krieges-Cantzeley Anfrage zu thun, immediate zu citiren, Sie zu bestraffen, (jedoch mit keiner Geldbusse an ihrer Gnaden-Pension) und gleich anderen, ihrer Gerichtsbarkeit unterworfenen Personen gegen Sie zu verfahren, es wäre dann, daß die invalide Unter-Officiers und Soldaten bey ein- oder anderer Begebenheit, wie bey jetzigen gefährlichen Läuften hin- und wieder im Lande geschehen, auffgebothen worden und würckliche Dienste mit Wache halten und dergleichen wieder verrichten müsten, welchen falls die auffgebothene Invalide so lange, biß Sie wieder dimittiret werden, Ratione der Cognoscir- und Bestraffung derjenigen Verbrechen, die sie während der Zeit, daß Sie von Hauß abwesend sind und auf Commando sich befinden, begangen, dem Militair Foro subjeckt bleiben sollen. Wonach sich dann alle und jede Obrigkeit in Unseren Städten und auff dem Lande unterthänigst zu achten. Urkundlich Unseres Churfürstlichen Hanozeichens und vorgedruckten Krieges-Cantzeley-Siegels.

Geben Göhrde den 20. Octobr. 1712
(L.S.)

Georg Ludewig
Churfürst

Anhang B

(Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel Slg. Abt. 43
Vol. II 2 lfd. Nr. 196. Zitiert bei: Colshorn,
"Hospitalkassen")

Hannover, 1716 April 2

Von Gottes Gnaden Georg, König von Großbritannien,
Frankreich und Irland, Beschützer des Glaubens, Herzog
zu Braunschweig und Lüneburg, des Heil. Röm. Reichs
Ertz-Schatzmeister und Churfürst.

Fügen hiemit zu wissen: Demnach eine Zeit hero Zweifel
entstanden, unter was vor ein Forum die in Gnaden-Gel-
dern, imgleichen die unter dem Land-Ausschuß stehende
Ober-Officers zu ziehen, und Wir dann deßfals etwas
gewisses zu verordnen der Nothdurft ermeßen, Als wollen
und verordnen Wir hiemit und Kräfte dieses, daß die
Ober-Officers, welche Gnaden-Gelder genießen, wann sie
ein oder andern Excess oder Delictum militare begangen
wie auch in Causis civilibus, so personal sind, der
Generalität und dem Krieges-Gericht auf eben die Maße
und Weise, wie die Ober-Officers bey Unsern regulirten
Troupen, in Causis realibus aber dem Foro civili, und
in Ehe-Sachen denen in Unsern Fürstenthümern verordneten
Consistoriis, jedoch, daß keine Sporteln von ihnen zu
nehmen, unterworfen sey sollen. Die Officers bey der
Land-Militz aber, sie mögen vorkin bey Unsern regulierten
Troupen gedienet haben oder nicht, sollen völlig unter
die ordinaire Civil-Gerichte gezogen werden, jedoch mit
dem Unterschiede, daß in Commando-Sachen: zum Exempel,
wann der Ausschuß ein oder andern Orts zusammen zu
ziehen und Dienst thun muß, es bey der bißherigen Ob-
servantz und demjenigen, was die Ausschuß-Ordnung dieser
und anderer des Ausschuß-Wesen concernirender Puncten
halber vermag, sein Verbleiben behalte. Gebieten und
befehlen auch darauf allen und jeden, so in Unsern
Fürstenthümern und Landen Unsertwegen zu gebieten und
verbieten haben, hiemit in Gnaden ernstlich, daß Sie
sambt und sonders vorgesetzter Unserer allergnädigsten
Constitution und Verordnung jedemahl gehorsamlich nach-
leben. Daran geschieht Unser allergnädigster Wille und
Meynung.

Gegeben Hannover den 2. Aprilis 1716

(L.S.)

Ad mandatum Regis
& Electoris proprium
J.H.F.v.Bülou

Anhang 9
(Hann. 91 Hattorf Nr. 35)

Hannover, 1709 Dez. 2

Von Gottes Gnaden Georg Ludewig, Hertzog zu Braunschweig und Lüneburg, des Heyl. Römischen Reichs Churfürst

Demnach wegen der voritzo sich haufenden Invaliden die zu deren Verpflegung destinierte Revenuen nicht mehr zu reichen wollen, und Wir den nöthig gefunden von deren monatl. Unterhalt etwas abzubrechen, und selbigen solcher gestalt bey der Hospital Caße bezahlen zu laßen, daß vom 1ten January künftigen Jahrs an, ein Wachtmeister, Quartiermeister, Trompeter oder

Sergeant	2	Thl.	18	mqr.
Ein Unterofficier	2	"	-	"
Ein Corporal	1	"	18	"
Ein Garde Reuter	1	"	18	"
Ein Constabel	1	"	-	"
Ein Gefreyter	-	"	24	"
Ein Reuter	-	"	24	"
Ein Musquetier	-	"	24	"

monathlich zu genießen haben soll; als hat Unser Commißarius und lieber getreuer Hieronymus Christian Meyer sich demnach zu achten, und die Bezahlung der Invaliden nach obigen Fuß zu verrichten, auch darunter vor niemand einigen egard zu haben, sondern eine durchgehende Gleichheit zu observiren.

Hannover den 2ten Decembris 1709

Georg Ludewig
Churfürst

Anhang 10
(Hann. 91 Hattorf Nr. 35)

Von Gottes Gnaden Georg Ludewig Hertzog zu Braunschweig und Lüneburg, des Heyl. Römischen Reichs Churfürst

Nachdem Wir unterm 2ten hujus die Verordnung gethan, daß hinführo bey Verpflegung der Invaliden eine durchgehende Gleichheit beobachtet, und keinen vor den andern etwas extraordinarie zu gewendet werden soll: Und aber Unsere Gnädigste Intention dahin gerichtet ist, daß, wenn einige von solchen preChaften Leuten vor andern Übel zu gerichtet seyn solten, und ihnen in solchen Ansehen über den ordinairen Gehalt ein extraordinarium vermacht worden, denen selben sothanes Vermachtnis gelaßen, und in Rechnung paßiret werden soll.

Hannover, den 9ten December 1709
(L.S.)
An den Commißarium Meyer

Georg Ludewig
Churfürst

Anhang 11
(Hann. 91 Hattorf Nr. 35)

Von Gottes Gnaden Georg Ludewig, Hertzog zu Braunschweig und Lüneburg, des Heyl. Römischen Reichs Churfürst

Demnach Wir nöthig befunden bey Unseren Hospitälern ein und andere Anstalten zu machen, wie es mit Einnehmung der invaliden Soldaten und deren Verpflegung zu halten. Als ordnen und wollen Wir hiemit.

1.
daß alle die jenige Unter Officiere und Gemeine, welche in Unsern Krieges Diensten entweder blind, oder gantz lahm, oder sonst solcher gestalt durch empfangene Bleßuren gebrechlich gemacht worden, daß sie nicht mehr dienen und sich selbst hegen und pflegen können, bey ihrer Rückkunft auß der Campagne in Unsere Hospitäler aufgenommen werden sollen; dergleichen invaliden Leute, wan sie von den vormahligen zellischen Regimentern sind in Unser Hospital zu Cell, wan sie aber von den hiesigen Regimentern sind, in die Hospitäler zum Springe und Münder auf genommen und daselbst verpfleget und curiret werden. Es wäre dann daß ein oder ander von diesen Leuthen lieber ein gewisses Stücker Geldes ein für alles verlangete, und sich damit nach den Seinigen begeben, und bey selbigen sich auf halten wolte.
2.
Sollen so wohl die jenige Invaliden, welche in Unseren Lande zu Hauße sind, als die so aus frembde Lande gebürtig, in Unsern Krieges Diensten aber Invalide geworden, des Beneficy des Hospitals zu genießen haben, darinn auf und angenommen, und niemand wieder Uillen, und wan er es nicht selbst verlanget, mit einem gewissen Stücker Geldes abgefunden oder abgekauft werden.
3.
Dahin gegen wird bey Unserer Kriegs-Cantzeley darauf mit Fleiß acht zuhaben und dahin zu sehen seyn, daß kein Unterschleif bey den Hospitälern mit Einnehmung der Invaliden vor gehe, und nicht solche Leuthe darinn recipirt werden, welche ehe und bevor sie in Unsere Krieges Dienste kommen, bereits ungesund und gebrechlich gewesen. Zu solchem Ende sollen diejenige Invaliden welche nur etwa vier Jahr bey Uns gedienet haben, und mit der fallenden Sucht, Brüchen, Schwind- und Jaßersucht oder dergleichen Übel behaftet sind, in Unsere Hospitäler nicht aufgenommen werden, sondern der Abzug, welchen sie in solchen vier Jahren behuef des Hospitals von ihrem hergegeben, soll berechnet und ihnen, wann sie einheimisch sind, sambt dem Sexduplo, wann sie aber auß frembden Landen gebürtig sind, nur mit dem Quadruplo heraus gegeben werden. Dagegen sollen diejenige Leuthe, welche länger

als vier Jahr unter Unsere Troupen gedienet, und mit dergleichen Übel, wie jetzt erwehnet ist, beladen sind, in Unsere Hospitäler aufgenommen werden, wie dann auch ein jeglicher, wann er auch nur einen Monath oder noch eine kürtzere Zeit unter unsern Troupen gedienet hatte und durch Bleßuren in Unsern Krieges-Diensten Invalide geworden, des Hospitals, wie bereits ob § 1. verordnet ist, Zeit seines Lebens zuzugießen haben soll.

4.

Soll ein jeglicher Invalide, so wohl Unter Officierer als Gemeiner, welcher in Unsere Hospitäler aufgenommen wird, vom 1ten January nechst künftigen Jahrs monathl. des bisherigen Unterhalts aus Unsern Hospital-Cassen wiederumb zu genießen haben, und zwar soll einen Quartier Meister, Wachtmeister, Sergeanten und Trompeter

	3 Rth	
einen Unter Officierer	2 "	18 gr.
einen Corporal	2 "	- "
einen Garde Reuter	2 "	- "
einen Constabel	1 "	- "
einen Gefreyten	1 "	- "
einen Reuter oder Dragoner	1 "	- "
einen Musquetier	1 "	- "
monathl. gereicht werden.		

Vornach sich so wohl Unsere Krieges Cantzeley, als in Specie unser Commisarius Meyer, Hospital Provisor Franck zu achten. Uhrkundlich Unseres Churfürstl. Handzeichens und vorgedrückten Insiegels. Geben in Unser Residentz Stadt Hannover, den 29ten Xbris 1709

Georg Ludwig
Churfürst

Anhang 12

(v. Ilten, Bc. 9, S. 212 ff. Zitiert bei Colshorn, "Hospitalkassen")

Georg, von Gottes Gnaden König von Großbritannien, Frankreich und Irland, Beschützer des Glaubens, Hertzog zu Braunschweig und Lüneburg, des Heyl. Römischen Reichs Ertz Schatzmeister und Churfürst.

Demnach durch den letzten Frantzösischen Krieg die Anzahl der Invaliden sich sehr vermehret, und wir dahero von Unserem unterm 29ten Dec. 1709 errichteten Invaliden- oder Hospital-Reglement durch eine unterm 4ten May 1714 bey damals vorgenommenen Reduction unserer Troupen nach geendigtem Frantzösischen Krieg ertheilte Resolution in ein und andern Stück abzugehen von nöthen befunden, die Zeiten und Umstände aber sich nach der Hand geändert, und wir also bewogen worden, wegen Verpflegung der In-

validen anderweite Verfaßung zu nehmen. Als thun Wir solches hie mit, setzen zufoererst obiges Reglement vom 29ten Xbr 1709 wieder zum Fundament und wollen

1.

Daß alle diejenige Unterofficiers und Gemeine bey Unserer Cavallerie, Dragoner und Infanterie, welche künftig in unseren Kriegsdiensten entweder blind oder lahm geschossen, oder sonst durch empfangene Bleßuren derogestalt gebrechlich worden, daß sie sich selbst nicht hegen noch pflegen können, in Unsere Hospitäler zu Celle, Springe und Münder, auf Vorzeigung ihrer Abschiede und Attestate, aufgenommen, und daselbst curiret und verpfleget werden sollen, gleich vorgemeltes Unser Reglement vom 29ten Xbr. 1709 besaget.

2.

Diejenige Unterofficier und Gemeine aber, welche nicht so schwer als diejenige, davon der vorhergehende Articulus Meldung thut, verwundet, jedoch derogestalt bleßiret sind, daß sie den Krieg zu verfolgen incapabel worden, ob sie schon nur einen Monath oder noch kürzere Zeit gedienet hätten, sollen mit einem Gnadengehalt an Gelde aus Unseren InvalidenCaßen nach Anweisung des Reglements vom 29. Xbr. 1709 versehen werden.

3.

Alle diejenige Unterofficiers und Gemeine, welche länger als vier Jahr unter unseren Troupen gedienet, und wegen der fallenden Sucht, Brüchen, Schwindeln, Waßer- und Schwind-sucht, Schaden am Arm oder Beinen, oder dergleichen Übel, auch Kranckheiten halber nicht weiter fortkommen können, sie mögen Einheimische oder fremde seyn, sollen aus Unseren Hospital-Caßen auf Vorzeigung ihrer Abschiede und Atteste mit Gnaden Pension angesehen, und jeden monatlich gereicht werden, was in dem Reglement vom 29ten Decembris 1709 verordnet worden.

4.

Diejenige aber, welche nur vier Jahr und darunter in Unseren Kriegesdiensten gestanden und mit gergleichen Übel, wie im vorhergehendem Articulo 3 eruehnet ist, behaftet sind, sollen für Invaliden nicht aufgenommen werden, sondern die Erstattung deßen, was sie in der Zeit ihrer Dienstjahre von ihrem Sold behuef der Invaliden Caße stehen laßen, wann sie aus Unseren Landen bürtig, mit dem Sexduplo, wann Sie aber Außländer sind, mit dem Quaduplo zugewärtigen haben.

5.

Die Unterofficiers und Gemeine, welche Alters und Unvermögens halber bey Unseren Regimentern abgedanke t

werden und sonst keinen Schaden haben, sollen unter die Zahl der Invaliden aufgenommen werden, und des Gnaden Gehalts nach der Disposition des Reglements vom 29ten December 1709 sich zu erfreuen haben, wann sie zwanzig und mehr Jahre gedienet haben, ob sie schon nicht precise sechzig Jahre alt sind.

6.

Ist Unser gnädigster Wille, daß alle diejenige Unter-officiers und Gemeine, welche durch ein unglückliches Accidentz in ihrem Beruf, als etwa durch Reinigung des Gewehrs, im Exerciren oder andern dergleichen Zufall zu ferneren Kriegs diensten-incapabel worden, oder auch bey der Arbeit commandirt werden und dabey ihre Gesundheit verlieren, und derogestalt zu Schaden kommen, daß sie die Kriegsdienste nicht fort zusetzen vermögen, sie mögen bey der Vestungs oder anderer Arbeit bey Unseren herrschaftlichen Gebäuden commandirt worden, und zu Schaden kommen seyn, den monatlichen Gnadengehalt gleich andern Invaliden aus Unseren Hospital Caßen zu genießen. Wenn sie aber für sich selbst ohne Commando umb das gewöhnliche Tagelohn als ordinaire Handwerker oder Tagelöhner gearbeitet und dabey zu Schaden kommen, das Beneficium des Gnadengehalts nach Einhalts sich nicht zu erfreuen haben, es wäre dann, daß sie ohne dehm Alters halber oder sonst des Beneficium des Gnadengehalts nach Inhalt dieser neuen Verordnung genießen müßten.

7.

Verordnen Wir hiemit, daß von nun an keine Unter-Officiers und Gemeine, welche nach 2ten, dritten und 6ten Articulu des Beneficium des Gnaden Geldes als Invalide zu genießen haben werden, abgekauft, sondern unter die Invaliden aufgenommen und mit dem gewöhnlichen Gnaden Gehalt verpfleget werden sollen, es sey denn, daß ein oder ander von selbst ein Stück Geldes ein für alles verlangte und sich damit nach denen Seinigen begeben wolte und deswegen mit einem schriftlichen Memorial, ohne das ihnen das Abkaufen vorgeschlagen oder proponirt worden, aus freyen Stücken einkommen würde.

8.

Solten die Zeiten und Umstände sich etwa demnächst von neuen ändern, wollen Wir so dann nach Befinden anderweit verfügen und regliren, wie es mit Unterhaltung und Verpflegung derer in Unseren Kriegsdiensten zu Invaliden gewordenen Unter Officiers und Soldaten zu halten: Geben auf Unserem Jagt Hause Göhrde den 23ten Octobris 1719

Georg R.

Anhang 13

(Hann. 91 Hattorf Nr. 35. Zitiert bei Colshorn,
Hospitalkassen)

Hannover, 1709 Dezember 13

Von Gottes Gnaden, Georg Ludwig, Hertzog zu Braunschweig
und Lüneburg, des Heil. Römischen Reichs Churfürst etc.

Demnach wegen der bei Unseren Troupen sich einige Jahre
her häuffenden preßhaften und zu dienen incapable ge-
wordenen Leuten die zu deren Unterhalt destinierte Fonds
und Anstalten nicht mehr zureichen wollen, und dannenhero
nöthig seyn will bey noch anhaltender Vermehrung sothaner
Invaliden auf anderweite Mittel bedacht zu sein, wodurch
der Hospital-Casse ein mehreres zu fließen, mithin die
so heilsam gemachte Verfassung, und dero Behueff allbereit
gesammelte Capitalia in ihrer Consistenz erhalten werden
können; als setzen, ordnen und wollen Wir, daß zu obigem
Ende gedachter Invaliden-Casse annoch folgendes hinkünftig
zugewendet werden soll, als:

1.
Diejenige Erbschaften und Anfälle, deren Wir Uns entweder
gänzlich oder zum Theil Jure Albinagii oder Detractus an-
zumassen haben, oder welche auch sonstem Unserem Fisco
heimfallen möchten.
2.
Die Hälffte von denen bei Unseren Regierungen, Cantzeleyen,
Hoff-Gerichten, Rent-Cammer, Policey- und Lehn-Wesen
vorfallende und immediate in die Cammer-Rechnung fließ-
senden und allda zu berechnenden Straffen, allermassen
solches Unsers in Gott ruhenden Herrn Vettern, Hertzogen
Georg Wilhelms Lbd. bereits verordnet haben.
3.
Die Revenüen des ersten Jahrs von denen vacanten Lehnen,
so entweder den Expectivirten, oder anderen wiederum aufs
neue von Uns conferiret werden.
4.
Einen Monath Gages bei allen Civil- und Militair-Promo-
tionen, sowol der Generalen, als Staabs-Artillerie, und
anderer Officier, exclusive der Unter-Officierer.
5.
Wann Wir einige von Unseren jetziger Zeit stehenden
Regimentern demnechst etwa abdancken solten, sollen die
bey selbigen en Avance befindliche Löhnungen bey die
Invaliden-Casse genommen, und deren Einkünfte damit ver-
mehret werden.

6.

Als auch etwa ein- oder ander Invalide bey geringen Civil-Bedienungen unter zu bringen sein möchte; so ist Unser gnädigster Wille, daß, so bald sich einige Invaliden anfinden sollten, welche annoch zu gebrauchen stehen, Unsere churfürstl. Kriegs-Cantzley de n Collegiis, wovon dergleich geringe Bedienungen zu vergeben, als Unserer Churfürstl. Geheimbten Raht-Stuben und Unserer Churfürst. Cammer schriftlich Nachricht ertheile, gestalt dann das Collegium, für welches die Sache gehöret, bey eräugenden Vacantzen, ob unter denen Invaliden jemand befindlich, welcher zu Wiederbesetzung der vacanten Bedienung capable ermeßigen, und, wann sich ein geschicktes Subjectum darunter finde, derselbe mit der erledigten Charge versehen werden soll.

7.

Soll das I. pro Cent, welches zum Wechsel-Benefice vor die von Holland nacher Brabant Über machende Gelder, von Unsere auff Engell- und Holländischer Paye stehende Troupen bisher bezahlt und in Unseren Casse-Rechnungen zur Einnahme gebracht worden, von 18. Juny 1709 an der Invaliden-Casse zu gute, und daselbst in Einnahme kommen.

Wie nun dieses Unser gnädigster Wille und Meinung ist, also befehlen Wir allen Unsren Collegiis darüber fest und ohne abbruchlich zu halten, und die Fiscales oder Cancellisten, welche die fallende Straff-Gelder einnehmen und berechnen, dahin anzuweisen, daß sie Unserem Commisario Meyern, oder wen Wir sonst demnechst die Hospital-Rechnungen zu führen auftragen werden, alle Quartale eine richtige Designation über die in jedem Collegio dictirte Straffen unter Ihrer Hand und Unterschrift ausliefern, damit solche Einnahme dadurch gebührend belegt, und justificiret werden könne. Wornach sich männiglich zu achten.

Hannover, den 13. Decembris 1709
(L.S.)

Georg Ludwig
Churfürst

Anhang 14
(Hann. 47 I 157)

Anno Capitalia		Extrakt aus des Hospitals zu Zelle Haushalts Rechnungen	Zinsen	34 Abzug vom Th. Gage
	Rth		Rth	Rth
1684	8000	an Zinsen noch von vorhero	1250	
		von 4 Regtern Cavallerie		
		" 1 Artillerie Comp.		
		" 4 Regtern Infanterie		
		" 1 Infant. Comp.		
		an 34 Abzug		394.1
1685	8200		400	360.19

Anno	Capitalia	Extrakt aus des Hospitals zu Zelle Haushalts Rechnungen	Zinsen	3 1/2% Abzug vom Th. Gage
	Rth		Rth	Rth
1686	9200		450	688,12
1687	9800		430	655,13
1688	10200		357	685,--
1689	10200		450	531,4
1690	10200		50	
		de 1688		166,30
		1689		1181,20
		1690		2045,24
1691	10200		450	5804,4
1692	10200		450	3539,10
1693	18546		877	3900,10
1694	21546,24		1027	1120,7
		Noch aus den Niederlanden an Zoll(?) Courrent incl. der Agio		6311,8
1695	23546,24		1016	
		im Lande		1263,31
		von denen so außer Landes		4473,19
		und der Agio		817,27
1696	19046,24		1152	6879,-
1697		in diesem Jahre sind 10/m Rth. bey Hochfürstl. Cammer belegt; so von dem Vor- rathe genommen	1252	4996,21
1698	26546,24		1843	2839,-
1699	28146,24		1717	3236,-
1700	28146,24		1540	3073,-
1701	28146,24		1500	4889,-
1702	26546,24	in diesem Jahre sind 10/m Rth. bey Hochfürstl. Cammer gekündigt	942	8032,-
1703	31896,24	und hingegen 15/m bey Land Schatze belegt	1584	10037,-
1704	34746,24		1761	9324,-
1705	40746,24	incl. 3000 Rth. so von dem Obersten Toßler dem Hospi- tale geschenkt von Ihro Durchl. sind bey Antritt der Regierung wegen einer Bau- Gerechtigkeit dem Hospitale 200 Rth geschenkt NB. Diese Rechnung ist den 25. April 1711 zu Hannover abgenommen	1947	9576,-
1706	40746,24		2186	9661,-
		diese Rechnung continuiret auf dem vorherigen Fuß un- ter der Direction des Geh. Camer Raths Fabricius, Camer Raths Molans und Land Secret. Engelbrechts		
1707	40746,24		1664	9984,-

Anno Capitalia	Extrakt aus des Hospitals zu Zelle Haushalts Rechnungen	Zinsen	3 Abzug vom Th Gage
----------------	---	--------	---------------------------

	Rth		Rth	Rth
		diese Rechnung ist zu Mann. vor dem 15. April 1711 abge nommen		
1708	40746,24	<u>Nota in Holländisch, paye</u> stehen	1891	10515,-
		2 Regter Cavallerie		
		1 - Dragoner		
		1 - Infanterie		
		<u>in Engl. paye stehen</u>		
		1 Regt Dragoner		
		5 - Infanterie		
		<u>im Lande</u>		
		1 Art. Comp		
		3 Regter Infanterie		
1709	40746,24		1891	10500,-
1710	42246,24		1946	10466,-
		<u>Nota pag. 36 No. 48 ist</u> auf des Provisoris Fran- cken Anfrage unterm 19. Oct. 1710 von Churfürstl. Krieges-Cantzeley resolviret: "weil man nicht wissen könne, ob das bisherige Einschlagen der Ochsen und Schweine, oder der Ankauf frischen Fleisches profitabler sey, so sollte er mit dem Hospital-Verwalter sich bereden, und das Fleisch auf Eydt und Pflicht anschaf- fen, laut Copy Anlage Lit. A Solchemnach sind intra pag. 20 berechnet p. Artio 1710. Zum ersten mahle auf 27 Per- sonen à 2 Pfd. Monathl. 54 Pfd. Fleisch, nachdem von ein gesalzenem Fleisch noch ein Vorrath gewesen. Wegen Bier Butter, Brodt pp sind hier die Ersten Wochen- zettels beigelegt laut Copy Anlage Lit. B die Tonne Bier ist zu 100 halben Stübbchen ohne Abgang berechnet		
1711	42246,24		1946	10404,-

Extract. Hannover
den 20. Feb. 1766

G. Hartmann

Anhang 15
(v. Ilten Bd. 8, S. 190/192)

Duodecima

Hannover, 1711 März 6

In der unterm 18ten Aug 1710 ergangenen Gnädst. Declaration wegen Abzug der Gages von denen avancierenden Officiern für das Hospital ist enthalten, daß avancirte Officiers nur das Sur plus, was sie über Ihre vorige Gage bekommen, die neu in Dienst tretende Ober Officiers aber eine gantze Monats Gage an die Hospital-Casse geben sollen.

1.

Ein Cornet hat monatlich die Ordonance - 140 fl. Wann derselbe zum Lieutenant declariret wird, bekommt er 150 fl. Obige 140 fl. von denen 150 abgezogen, bliebe für die Hospital-Casse übrig 10 fl.

2.

Ein Cornet bekommt monatlich nach der Ordonance -- 140 fl. Hievon gehet ab

Invaliden Geld	2	2
5 p Cent	7,-	9" 2

Bekömmt also derselbe noch baar	130" 18"
---------------------------------	----------

Wann ein Cornet avanciret und Lieutenant wird, bekommt derselb an Gage monatl. 150fl.

Hievon gehet ab	2"	5"
Invaliden Gelde	7"	10"
5 p Cent		9" 15

Also noch baar	140fl. 5st.
----------------	-------------

Obgedachte 130 fl. 18 st. abgezogen, bliebe für die Hospital Case übrig 9 fl. 7 st. Wird also unterthänigst angefraget, ob der Abzug der avancirten oder neu in Dienst tretenden Officirern nach den ersten oder 2 ten Art geschehen soll.

Hannover den 6ten Martz 1711
MG. Eltz ? Gl./Hattorf

Sr. Churf. Durchl. laßen es allerdings dabey bewenden, daß der Abzug, dem gnädigsten Befehl gemäß, nach der Ersten Art geschehen solle.

Anhang 16
(v. Ilten, Bd.8, S.193)

Duodecima

Hannover, 1712 März 14

Von Gottes Gnaden Georg Ludwig, Hertzog zu Braunschweig und Lüneburg, des Heyl. Römischen Reichs Ertzschatzmeister und Churfürst p.

Demnach Wir Unterm 11ten Octobris 1710 gnädigst verordnet, daß, wann bey unseren Troupen unter denen Ober=Officieren einige Veränderung vorgehet, und ein oder andere Charge vacant wird, derjenige, dem wir die vacante Charge hinwieder gnädigst conferiren, wann er bereits in unserm Krieger-Diensten in einer geringeren Charge stehet, in dem ersten Monat, da er die Ihm conferirte neue Charge antritt, sich mit der Gage, die er bey der vorhin gehaltenen geringeren Charge genoßen, begnügen und was die neue Charge an Gage mehr als die vorige Charge einträgt, unserer Hospital= oder Invaliden=Caße als ein beständiges Einkommen zuwachsen soll. Unsere Officiers bey unseren in Niederland stehenden Regimentern aber sich beschwehret, daß, wann ein oder anderer zu einer höheren Charge bishero avanciret worden, sie die Gage ihrer vorhin gehaltenen Charge in dem ersten Monat, da sie die neue Charge angetreten, nicht völlig genoßen, indem ihnen nicht allein der ordinaire Abzug für die Invaliden, sondern auch die 5 p cent=Gelder für unsere respec. englische und holländische Caßen von dem gantzen Quanto der bey der neuen Charge vermachten Gage, und über dem noch so viel, als die Gage bey der neuen Charge mehr als bei der vorigen Charge beträgt, behuefs unsere Hospital=Caße decourtiret worden.

Unsere gnädigste Intention aber dahin gerichtet ist, daß die avancirte Ober Officiers in dem ersten laufenden langen oder kurtzen Monat, da sie die neue höhere Charge antreten, die Gage der vorhin gehaltenen geringeren Charge völlig behalten sollen:

Alc hat unser Obrister und Oberkrieger Commisarius Craushaar, wie auch Unser Ober Zahl=Commisarius Schultze sich gebührend darnach zu achten und bey vorfallenden advancements bey unseren in den Niederlanden auf der Königin von Großbritannien Majestet und des Staats der Vereinigten Niederlanden Sold befindlichen Troupen denen avancirenden Ober Officiers in dem ersten Monat, da sie die neue höhere Charge vermacht gewesen, zu lassen also, da 3 davon ein Mehreres an ordinären Abzug für die Invaliden und 5 p Cent=Geldern nicht abgezogen werde, als solches in dem nächst vorigen Monat betragen, an dem Sur plus aber, was nemlich die neue Charge an Gage mehr als die vorige Charge ausweist, behuef unserer Hospital= oder Invaliden=Caße ein mehreres nicht zu decourtiren, als was davon übrig bleibt, nach dem der ordinaire Abzug

für die Invaliden nebst denen 5 p cent Geldern gleichfalß abgezogen worden, auch damit vom 1ten Januarii dieses Jahres den Anfang zu machen. Mit Unseren allhier im Lande befindlichen Troupen hat es gleiche Bewandniß, den denen dabey avancirenden Ober Officieren von dem Sur plus, was nemlich die neue höhere Charge als Gage mehr als die vorige geringer Charge einbringt, ein mehreres behuef unserer Hospital= und Invaliden=Caße nicht abzuziehen, als was nach Abzug des ordinären Invaliden=Geldes davon übrig bleibet.

Und als Wir übrigen weniger nicht unterm 11. Octbris 1710 gnädigst verfüget, daß alle vacante Compagnien bey unseren Troupen einen laufenden langen oder kurtzen Monat unserer Hospital oder Invaliden Caße, als eine beständige Revenue, gleichfalß zufließen soll; so laßen wir es fernerhin dabey bewenden, und wollen gnädigst, daß, ob auch schon ein= oder ander Umstand zuweilen erfordern möchte, daß ein oder andere Compagnie keinen laufenden Monat ledig bleiben könnte, sondern ehender besetzt werden müßte, nichts desto weniger die Gage der vacant gewesenenen Compagnie von dem ersten Monat in unsere Hospital= oder Invaliden Caße einfließen, und derjenige Officier, welchen wir die vacante Compagnie gnädigst conferiren, in dem ersten Monath, da er die erhaltene Compagnie annimbt, mit der vorhin gehabten Gage sich begnügen, weniger nicht den darauf folgenden zweyten Monat sich damit behelfen, und das Sur plus, was er neml. bey der empfangenen Compagnie Gage mehr bekommt, als er vorhin gehabt, von selbigen zweyten Monat, auf Maaße, wie zuvor verordnet ist, behuef unserer Hospital= oder Invaliden Caße abgezogen werden solle. Wornach sich sowohl unser Obrister und Ober=Krieges CommiBarius Craushaar, als unser Oberzahl CommiBarius Schultze ebenfalß gebührend zu achten.

Hannover, d. 14 Marty 1712
(L.S.)

Georg Ludwig
Churfürst p.

Anhang 17
(v. Ilten Bd. 8, 188 ff.)

Duodecima

1718 Oktober 11

Ihr Churfürstl. Durchl. gnädigste Intention gehet dahin, daß wann ein Obrister, Obrist Lieutenant, Major und Capitaine von der Cavallerie, Dragoner und Infanterie abgethet, so soll solcher vacante Platz ein langen Monat in Braband vacant und unbesetzt bleiben, die davon fallende Gage soll für das Hospital seyn, und bey der Hospital=Caße berechnet werden. Der vacanten Sub=

alternen Plätze aber, als Capitaine-Lieutenant, Regiments Quartier Mstr., Lieutenant, Fendrich und Adjutant sollen ~~sogleich~~ bestellt, und für das Hospital weiter nicht als das Sur plus, wie in den 2ten Punct benennet decoutiret werden.

2.
Wann ein Sergeant zum Adjutanten und Adjutant zum Fendrich ein Fendrich zum Lieutenant, ein Lieutenant zum Capitain-Lieutenant oder Regiments Quartier.Mstr., ein Capitain Lieut. zum Capitain, ein Capitain zum Major, ein Major zum Obrist Lieutenant, ein Obrist Lieutenant zum Obristen benennet, so soll ein jeder Officier mit der vorhin gehaltenen Gage sich vergnügen laßen; das Sur plus aber von ihrer avancirenden Gage dem Hospital zufallen und dabey berechnet werden.

11. Oct. 1710

Anhang 18
(Hann. 47 I 157)

Summarischer Extracktt aller Einnahme-Gelder des Hospitals St. Wilhelmi de anno

	1775			1776		
	Rth	gr	$\frac{1}{2}$	Rth	gr	$\frac{1}{2}$
1. Aus denen abgelegten Monitis	-	10	-	-	-	-
2. Land-Heuer	39	27	-	39	27	-
3. Sodem Hospital geschenkt	-	-	-	-	-	-
4. Zuschuß aus der Invaliden Caße	1304	24	$\frac{7}{9}$	1160	9	$\frac{1}{2}$
5. Extraordinair	6	-	-	6	-	-
	1350	25	$\frac{7}{9}$	1206	-	$\frac{1}{2}$

Anhang 18 a
(Hann. 47 I 157)

1775 in Verpflegung

17 Mann 14 Wochen
16 Mann 7 "
17 Mann 8 "
16 Mann 23 "
Pensionen unter Extraordinair 63 Rth.

1776 sind in Verpflegung gewesen, exclusive der Hospital-Mägde

16 Mann 2 Wochen
15 Mann 36 "
13 Mann 1 "
15 Mann 9 "
14 Mann 5 "

Anhang 18 b
(Hann. 47 I 157)

Summarischer Extract aller Ausgabe Gelder behuef des
Hospitals Haushalt de anno

	1775			1776		
	Rth	gr		Rth	gr	
1. behuef des Hospi- tal-Gartens	31	19	-	32	20	4
2. für angekaufte Haber Grütze	37	6	-	33	27	-
3. angekaufte Erbsen	27	26	-	22	20	-
4. Brodt	235	13	1 1/7	174	34	6 2/3
5. Bier	137	17	-	123	30	-
6. auf Beurlaubte	-	-	-	-	-	-
7. baare Verabreich- ung für Fleisch, Butter, Käse, Hee- ring, Abendvorkost	239	18	-	224	-	-
8. für Rinderfett be- huef Koch	6	-	-	5	12	-
9. angekaufte Butter	37	-	-	35	2	6 2/3
10. angekauft Salz	6	8	-	5	16	-
11. angekauft Stroh	10	29	1 7/9	6	2	3 1/3
12. Mondirung der Inva- liden	159	8	-	37	7	-
13. Bette und Bette-Ge- wand	5	25	-	4	13	-
14. behuef der Wäsche	17	32	-	17	18	-
15. behuef Feuer und Licht	42	-	-	40	34	4
16. besondere Verpfle- gung kranker Hospi- talen	-	-	-	4	18	-
17. Begräbnis-Kosten	3	24	-	3	24	-
18. Bedienten Gage und Gesinde Lohn	214	-	-	214	-	-
19. Bau und Reparations- Kosten	47	25	4	26	11	3
20. Extraordinair	91	26	5	193	32	6
Summe aller Ausgaben	1350	25	2 7/9	1206	-	1/2

Anhang 19
(Hann. 47 I 497)

Summarischer Extract der Hannoverschen und Cellischen
Hospital=Cassen=Rechnungen vom Jahre 1790

Ausgabe	Hannoversche Casse			Cellische Casse			Summe		
	Thl	gr	ſ	Thl	gr	ſ	Thl.	gr.	ſ
I Vorgeschoßene Aus gabe bey vorjähriger Rechnung									
II An belegten Capitali en									
3 Behuef gänzlicher Ab findung derjenigen Pensionairs, welch desfalls nachgesucht haben									
4 Ausgabe an Gnaden-Ge halt für die Pensio nair=Unter-Officiers & c. u. Gemeine	99,676	30	-	44,916	24	-	144,593	18	-
5 Gagen für die Hos pital=Cassen=Be dienten	312	-	-	240	-	-	552	-	-
6 An Armen=Cassen u. Wayßen Häuser	280	-	-	100	-	-	380	-	-
7 Betrag des gewöhnl. Sarg-Geldes von 1 Thl. 12mgr. für die mit Hinterlassung einer Wittwe oder eheliche Wayßen ver sorbenen Pensionairs	269	12	-	133	12	-	402	24	-
8 Hann. Casse. Behuef des Hospital=Invali den=Commando zu Mün der. u. Springe Brod Korns u. Mondirung auch Gehalt des Auf sehers und Chirurgi	432	-	-				432	-	-
9 Hann. Casse. Behuef Gagen an Hospital= Feldschwers, auch Medicin und Artzt= Lohn für die krank en Pensionair=In validen id u. nahe Hannover	1,632	29	4				1,632	29	4
Cellische Casse, Behuef Zuschusses zum Invaliden Hos pital St. Vilhelmi zu Celle				2,000	-	-	2,000	-	-

Anhang 20
(Hann. 47 I 157)

Belegung und Kosten des St. Wilhelms-Hospitals,
Celle, 1750-1769

Jahr	Ausgabe	Anzahl d. Hospitaliti	Betrag auf jeden Rth
1750	1621	30	54
1751	1847	30	61
1752	1943	38	51
1753	1954	38	51
1754	2076	36	56
1755	2106	35	60
1756	2128	37	57
1757	2602	38	68
1758	2810	41	68
1759	1716	36	47
1760	2038	38	52
1761	2469	41	60
1762	2732	39	70
1763	2411	38	63
1764	2550	42	60
1765	1856	33	56
1766	1805	26	69
1767	1334	23	57
1768	1317	23	57
1769	1543	25	61

40854 beträgt im Durchschnitt auf jedes
Jahr 2042 Rth

Anhang 22
(Hann. 43 Nr. 111)

Pro Memoria

Es ist im Jahre 1689 von weyl. Herzog Georg Wilhelm zu Celle eine Stiftung gemacht, vermöge deren die vorzüglich gebrechlichen Invaliden in einem besonders für sie errichteten Gebäude gepflegt werden, den Übrigen hin und wieder im Lande bey ihren Anverwandten und sonst sich aufhaltenden Invaliden aber monatliche Pensions verabrechet werden sollten. Zu diesem Endzweck schenkte der glorwürdigste Stifter in dem Fundations-Briefe 10200 rthlr. Capitalien und verordnete zugleich, daß die von adelichen und andern vornehmen Personen zu erlegenden Strafen, imgleichen die von den Gagen der Unter-Officiers und Gemeinen monatlich zu kürzende 3 % in die Hospital-Casse einfließen sollten. Von diesen Einkünften, welche in der Folge noch durcheinige theils geschenkte, theils erübrigte Capitalia vermehrt wurden, ward nach Maasgabe

der von 1684 anhebenden Hospital-Rechnungen nicht allein das St. Wilhelmi unterhalten, sondern es erhielten davon auch die außer dem Hospital befindlichen Invaliden ihre monatlichen Pensions. In den ersten Jahren waren solche hiezu völlig hinreichend, und es konnten sogar von dem Überschusse noch Capitalia zinsbar belegt werden. Wie sich aber die Anzahl der Pensionnaire von Zeit zu Zeit merklich vermehrte, mußten schon im Jahre 1713 6952 rthlr. aus der Kriegs-Casse zugeschoßen werden, und dieser Zuschuß ist in der Folge so sehr angewachsen, daß solcher unter andern im Jahre 1774: 47,328 rthlr. betragen hat.

In dem Hospitale wurden anfangs 15 bis 20 Invaliden verpflegt, und seit ao 1750 sind gewöhnlich 30 bis 40 darin gewesen, deren Unterhaltung nach einem von 20 Jahren gerechneten Durchschnitte jährlich 2042 rthlr. gekostet hat. Dieser mit der wenigen Anzahl der Hospitalanten in keinem Verhältniß stehenden Kosten-Zustand und die demnach von Zeit zu Zeit über den Mangel der gehörigen Pflege einlaufenden Klagen, welche durch alle gemachte Vorkehrungen nicht völlig abgeholfen werden können, haben Königliche Krieges-Canzelley schon vor einigen Jahren auf die Gedanken gebracht, ob es nicht rathsamer sey, die jetzige Verfassung des Hospitals St. Wilhelmi völlig aufzuheben und die bisher darauf verausgabte Summe künftig dergestalt zu verwenden, daß etwa 46 zur Aufnahme qualificirten Invaliden statt der Natural Verpflegung ein Aequivalent von jährlichen 40 rthlr. an baaren Gelde beygelegt und der sodann noch bleibende Überschuß angewandt würde, zur Kosten für dürfftige kranke Invaliden zu bezahlen.

Verschiedene seit den letzten Jahren gemachte Versuche haben gezeigt, daß den Invaliden mit einem baaren Gehalte von 40 rthlr., welchen sich nach ihrem Gutfinden bey ihren Anverwandten oder sonst im Lande verzehren können, weit mehr als mit der Verpflegung im Hospitale, wo sie in der widrigen Gesellschaft mehrer gebrechlicher Leute in einem Zimmer eingesperrt leben müssen, gedient sey, indem diejenigen, welchen die Wahl gelassen worden, ob sie jenes Aequivalent oder die würckliche Aufnahme verlangten, allemahl das Erstere vorgezogen haben. Es würde hiedurch auch dieses Institut weit gemeinnütziger gemacht werden, weil sodann einer größeren Anzahl von Invaliden geholfen werden und auch die Beweibten, welche nach der Verfaßung bisher davon ausgeschlossen werden mußten, ob sie gleich dieser Wohlthat mehr als andere bedürfen, daran Theil nehmen könnten, überdem Königliche Krieges-Canzelley dadurch einen neuen Fond erhielte, kranken Pensionnaire-Invaliden eine außerordentliche Beyhülfe angedeihen zu lassen.

Diese Vortheile, welche in dem hiebey gefügte Scripto Pro Memoria vom 16ten dieses Monats weitläufiger auseinander gesetzt worden, haben Königliche Krieges-Canzelley sowohl, als auch den Herrn General von Hardenberg überzeugt, daß die Veränderung der Hospital-Verpflegung

in Geld-Aequivalente für das ganze Invaliden-Wesen vorthellhaft und diesem sey. Es bleibt also nur noch die Frage übrig, ob die vorgeschlagene Aufhebung der Hospital-Verfaßung nach dem Stiftungs-Briefe vom 12ten Decembr. 1689 zulässig sey. In diesem ist zwar verordnet, daß die darinn enthaltene Fundation unwiderruflich zu ewigen Tagen beständig verbleiben solle. Es kommt aber dagegen in Erwägung, daß

1.) die Stiftung nicht nur die Verpflegung der wenigen Hospitanten, sondern zugleich die denen außer dem Hospital befindlichen Invaliden zugebende Pensions beziele hat, mithin es nicht stiftungswidrig sey, wenn den Erstern so wie den Letztern Geld-Aequivalente gegeben werden.

2.) wird auch bey dergleichen auf die späte Nachkommenschaft fort dauern sollenden Instituts die Haupt-Absicht des Stifters von denen zu deren Erreichung bestimmten Mitteln zu unterscheiden seyn; solange jene erreicht wird, dauert die Stiftung in ihrem Wesentlichen fort, wenn gleich Zeit und Umstände eine Abänderung in den Letztern nothwendig machen, und wenn es als richtig angenommen wird, daß den Invaliden mit dem Geld-Aequivalent beßer als mit der Hospital-Verpflegung geholfen werde, so wird durch diese Veränderung die in dem Anfang des Fundations-Briefes geäußerte Absicht des Stifters,

daß dadurch preßhafte Soldaten auf Zeitlebens unterhalten und für ihre geleisteten Dienste belohnt werden sollen

nicht aufgehoben, sondern vielmehr in größerem Maaße befördert.

3.) scheint auch eine solche Abänderung in dem vorliegenden Falle nur desto unbedenklicher zu seyn, da die in dem Fundations-Briefe zu Unterhaltung des Hospitals bestimmte Capitalia und selbst die Straf-Gelder nebst den Gage-Abzügen, wenn auch der Stifter deren Verwendung seinen Nachfolger in Regierung auf eine verbindliche Art hätte vorschreiben können, zu den Hospital-Capitalien Ausgaben bey weitem nicht hinreichen, sondern der größt Theil der dazu erforderlichen Gelder aus der Krieges-Casse zugeschoßen werden muß, überdem auch die Hospital-Gebäude so hinfällig sind, daß ein neuer Bau in wenigen Jahren unvermeidlich seyn wird, und dieser die sämtlich in den Fundationsbriefe zu deren Unterhaltung bestimmten Capitalia abschreiben würde.

Ehe jedoch Königl. Krieges-Canzelley die Veränderung der Hospital-Verfaßung bey seiner Königl. Majestät in Vorschlag bringt, wünscht selbige zu vernehmen, ob

derer Herren Geheimen Rätthe Excellenzen hißbey noch einige Bedenklichkeit finden; Unterschriebener ist daher befehligt, obige Umstände denenselben vorzutragen und, nebst Erwiederung der angeschlossenen Akten, dero-selben Meinung, wie hiemit ehrerbietigst geschieht, darüber zu erbitten.

Hannover, den 29ten Octobris 1777

Rautenberg

Anhang 23 (Hann. 47 I 160)

Georg der Dritte, von Gottes Gnaden König von Großbritannien, Frankreich und Irland Beschützer des Glaubens, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg des Heiligen Römischen Reichs Ertz Schatzmeister und Churfürst. Unsern wohlgeneigten und gnädigen Willen zuvor, Edle Beste Rätthe, und Liebe Getreue. Für untertänigsten Bericht vom 19ten pabs. hat Uns in mehreren zu vernehmen gegeben, was ihr wegen Einziehung des für gebrechliche Soldaten Invaliden vorhandenen Hospitals St. Wilhelmi zu Celle angezeigt und vorgeschlagen habt. Da ihr nun über diese Angelegenheit nach genauer der Sache Untersuchung sowohl mit Unseren Ministerio als dem Generäl von Hardenberg bereits communiciret habt, welche dann mit Euch gleicher Meinung sind, so sehen Wir die neue Einrichtung so auch daß sie der Fundator selbst bey jetzt veränderten Zeiten und Umständen würde beliebt haben um das Beneficium desto gemeinnütziger machen, und haben daher die gethanen Vorschläge nach allen Punkten genehmiget. Ihr werdet demnach das weitere nöthige deswegen verfügen, und wollen Wir, wie es geschehen, demnächst euren Bericht erwarten. Wir verbleiben auch mit wohlgeneigten und gnädigsten Willen stets beygethan.

St. James den 17ten Februar 1778

Georg Rex

An die Kriegs Kantzelle
zu Hannover

Aktenanhänge für das Invalidenhaus in Hameln
 Queilen: Hann. 74/Hameln Nr. 500
 Hann. 48 IX Nr. 6 e
 Hann. 122 a XVIII Nr. 53e

Anhang 24 (Hann. 122 a XVIII Nr. 53a)

An Königliches Amt Hameln
 Bericht des Amtsvogts in Aerzen
 vom 27ten Mai 1863

betreffend: die Aufnahme des Invaliden Wilhelm Senne aus
 Aerzen im Invalidenhaus zu Hameln.

Der Infalide Wilhelm Senne aus Aerzen, 69 Jahre alt,
 welcher im 1ten leichten feldbataillone Osnabrück 6
 Jahre 9 Monate gedient, welcher im Jahre 1813 den Ge-
 fechten vor Hamburg und im Jahre 1815 der Schlacht von
 Waterloo beigewohnt, wünscht als Invalide in dem Inva-
 lidenhaus zu Hameln aufgenommen zu werden.

Derselbe ist Wittwer und muß wegen seiner Armut von der
 Gemeinde unterhalten werden. Sein Betragen ist in den
 letzteren Jahren gut gewesen, indeß soll er sich in den
 früheren Jahren einiger geringer Diebstähle schuldig
 gemacht haben. Seinen Abschied, so wie auch den seines
 verstorbenen Vaters, welcher mit in Giebertalter gewesen
 sein soll, will er früher der Königlichen Landdrostei
 übersandt und nicht zurückempfangen haben.

Pension bezieht derselbe nicht. Königliches Amt ersuche
 ich gehorsamst, die Aufnahme des Invaliden Senne, in
 Berücksichtigung seiner sehr bedrückten Lage, gefälligst
 zu veranlassen und habe ich mir erlaubt, denselben zur
 weiteren Vernehmung am 1. Juni 1863 des Nachmittags 4
 Uhr, in das Ristenpadsche Gasthaus hieselbst zu beor-
 dern.

Dieterich

geschehen Stadt Hameln d. 1. Juni 1863 zu Aerzen

Um Über vorstehenden Antrag vernommen zu werden, war
 auf heute der pp Senne geladen und erschienen. Derselbe
 gab zu, daß er zweimal wegen Diebstahls eines Hemds
 resp. v. Kartoffeln bestraft sei, und wurde ihm hier-
 nach erwidert, daß dieserhalb auf sein Gesuch nicht
 eingegangen werden könne

(Unterschrift)

Anhang 25 (Hann. 122 a XVIII Nr. 53a)

An das Königliche Amt Hameln

Dem Königlichen Amte wird auf den Bericht vom 6. April

d. J. betreffend das Gesuch des vormaligen Soldaten Wilhelm Derke zu Borry, um Aufnahme in das Invalidenhaus zu Hameln, bei Rücksendung der vorgelegten Acten, hierdurch eröffnet, daß jenem Gesuche, da das Invalidenhaus nur für solche ehemalige Soldaten, welche in Folge ihrer aus dem Militärdienste entsprungenen Invalidität pensionirt sind, bestimmt ist, nicht stattgegeben werden kann. Die von dem Beibauer Carl Sander zu Latforde für seinen Onkel, den vormaligen Soldaten Friedrich Sander daselbst, unterm 19. Febr. d.J. hier erbetene gleiche Wohlthat muß aus demselben Grunde abgelehnt werden und wird das Königl. Amt hiedurch beauftragt, danach beide Bittsteller Namens des Kriegs-Ministerii mit abschlägigem Bescheide zu versehen.

Gleicher Antrag wird sodann dem Königlichen Amte ertheilt in Beziehung auf die 1. von dem Superintendenten Sievers zu Großen-Berkel, Namens des vormaligen Soldaten Friedrich Christoph August Diekmann daselbst und 2. von dem vormaligen Soldaten Ludwig Lange zu Hujen welchem die anliegenden beiden Abschiede zurückgegeben sind, resp. unterm 18. Dezember v. Jahres und 5. July d.J. Hier vorgetragenen Unterstützungsgesuche, da es zur Zeit an Mitteln zu ausgedehnter Unterstützung der Hülfsbedürftigen ehemaligen Soldaten von 1813-1815 fehlt.

Sollte übrigens eine umfassendere Berücksichtigung der zu jener Classe gehörenden alten Krieger demnächst etwa thunlich werden, so würde selbige auch ohne weitere Anregung seiner Zeit erfolgen.

Hannover, den 21. Nov. 1863
Königl. Hannoversches Kriegsministerium
für den Minister
FL. Schomer

Anhang 26 (Hann. 48 IX Nr. 6 e)

Abschrift für das Königliche Amt Hameln zur Nachricht.

Dem Pens. Invaliden Georg Nölting zu Gr. Berkel wird hiemit auf Grund seiner vor dem Königl. Amte Hameln unterm 14. d. M. zu Gr. Berkel abgegebenen Erklärung die Aufnahme in das Invalidenhaus zu Hameln und die Verpflegung daselbst zugesagt; derselbe auch aufgefordert sich unter Vorzeigung dieses beider Commandantur zu Hameln zu weiterer Anweisung zu melden. Die dem g. Nölting mit monatlich 3 rt 10 gr beigelegte Pension wird ihm für den laufenden Monat noch ausbezahlt, vom 1. k. M. Mai an aber zu den Fonds des Invalidenhauses gezogen werden.

Hannover d. 23. April 1864.
Königliches g. Kriegs-Ministerium

An den Pens. Invaliden
Georg Nölting
zu Gr. Berkel Amts Hameln.

Anhang 27 (Hann. 48 IX Nr. 6 e)

Hannover, den 9. Nov. 1869

Dem Leibpächter, frühern Soldaten Heinrich Beckmann zu Gr. Berkel, Amts Hameln, eröffnen wir auf das Gesuch vom 20 Septbr. d.J. bei Rückgabe der Anlage desselben, daß zur Zeit seine Aufnahme in das Invalidenhaus zu Hameln, da kein Platz frei ist, nicht erfolgen kann, daß dieselbe jedoch seiner Zeit erwogen werden und ihm sodann eine Eröffnung zugehen wird, ohne daß es einer weiteren Erinnerung bedarf.

Verwaltungscommission der Hospital-Legat- und Stiftungsfonds.

Bescheid. Abschrift erhält das Königliche Amt Hameln zur gefälligen Kenntnissnahme.

Seebach

Niemeyer

Bergmann

Anhang 28 (Hann. 48 IX Nr. 6 e)

Hameln, den 7. Juli 1870

Nachdem für den Veteranen Bode zu Luntorf um dessen Aufnahme in das hiesige Invalidenhaus nachgesucht worden ist, beauftrage ich den Herrn Amtsvogt, über die Verhältnisse des gg. Bode und insbesondere darüber, ob solche dergestalt ungünstig sind, daß nur die Versetzung in das Invalidenhaus als alleiniges Auskunftsmittel zur erfolgreichen Abhülfe des vorhandenen Nothstandes erscheint Recherchen anstellen und über deren Ausfall berichten.

Sofern nach dem Resultate der Recherchen sich die Aufnahme des gg. Bode als geboten darstellt, wollen der Herr Amtsvogt daneben den Petenten zu seiner protocollarischen Vernehmung auf einen der nächsten Sprechtage vorladen und demselben aufgeben: 1. die über seine ehemalige Militärverhältnisse Auskunft gebenden Documente. 2. Im Falle des Pensionsbezugs, das Pensionsbuch, und 3. einen Heimathsschein der Gemeinde Luntorf, mit zur Stelle zu bringen.

Der Amtshauptmann

An den Herrn Amtsvogt Dietrich hier

Anhang 29 (Hann. 48 IX Nr. 6 e)

An das Königlich-Preußische General-Gouvernement,
Departement der Finanzen

Bericht der Verwaltungs-Commission der Hospital-Legat- und Stiftungsfonds.

Anlagen:
Bericht der Verwaltung
des Invalidenhauses vom
23.v.M. sammt Anlage
in Abschrift.

Betreffend
die Hospitaleinrichtung im
Invalidenhaus zu Hameln.

Hannover, den 7. December 1866.

Die Verwaltung des Invalidenhauses zu Hameln hat in der rubricirten Angelegenheit den sammt Anlage in Abschrift ehrerbietigst beigefügten Bericht unter dem 23. v.M. erstattet.

Obwohl nun danach gegenwärtig Kranke der Hameler Garnison im Invalidenhouse nicht gepflegt werden und es auch dahin steht, ob demnächst die Wiederbenutzung der fraglichen Räumlichkeiten als Hospital wird beansprucht werden, so hat die Commission doch nicht verfehlen wollen hohes Königlich-Preußisches General-Gouvernement-Departement der Finanzen, von der Lage der Sache in Kenntniß zu setzen und zugleich zu ersuchen, dafür geneigtest wirken zu wollen, daß der Vergütungssatz anstatt auf 7 1/2 gr auf täglich 10 gr bestimmt werde, da die Verwaltung, wie es uns scheint, mit Grund annimmt, daß der Satz von 7 1/2 gr nicht genüge.

Wir glauben um so eher, daß die Vergütung von 10 gr werde zugestanden werden, als in den früheren Verhandlungen der Hauptmann Marcard den Satz von 10 gr als einen solchen bezeichnet hat, welcher für Übernahme Kranker Militärverwaltungsseitig gezahlt werde.

Dem hohen Königlichen General-Gouvernement, Departement der Finanzen, stellen wir danach das Weitere ehrerbietigst anheim

AU Niemeyer

Anhang 30 (Hann. 122 a XVIII Nr. 53a)

An Königlich-Preußisches General-Gouvernement
Departement der Finanzen.

Bericht der Verwaltungs-Commission der Hospital-,
Legat- und Stiftungs-Fonds.
Hannover, den 12. Jan. 1867

betreffend Hospital-Einrichtung im Invalidenhaus in
Hameln.

Da die nach dem Berichte vom 7 ten December v.J. als
Eventualität in Aussicht gestellte Wiederbenutzung
mehrerer Räumlichkeiten des Hamelner Invalidenhauses

als Militair-Hospital bereits eingetreten ist, weil sich die Krankenlocale im städtischen Hospitale als unbrüchbar erwiesen haben, so hält die Verwaltungs-Commission es für erwünscht, daß dem Herrn General-Gouverneur das beigelegte Gesuch vorgelegt werde und ersucht ehrenbietigst, die Vorlage mit einer Befürwortung hochgeneigtest eintreten lassen zu wollen.
 AJ Niemeyer.

Anhang 31 (Hann. 122 a XVII Nr. 53a)

General-Commando
 des 10. Armee-Corps.
 Sect. IV.
 Nr. 929

Hannover, den 24ten
 Januar 1867.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich mit Bezug auf das mir vorgelegte Gesuch der hiesigen Verwaltungs-Commission der Hospital-Legat und Stiftungs-Fonds vom 12. d. Mts., die Unterbringung kranker Militairs in dem Invaliden-Hause zu Hameln betreffend, ergebenst, der genannten Verwaltungs-Commission eröffnen zu wollen, daß der Bau eines besonderen Militair-Lazareths in Hameln bereits in Aussicht genommen worden ist und daher von der Mitbenutzung des Invaliden-Hauses, sobald dies angängig, Absand genommen werden wird.

Der commandirende General:

.....
 Generalleutenant.

An den Königlichen Director des Finanz-Departements
 im General-Gouvernement, Herrn von Seebach, Hochwohlgeboren, hier.

Anhang 32 (Hann. 142 a XVIII Nr. 53 a)

Berlin, den 13. Februar 1869.

Die gegenwärtig in der Provinz Hannover bestehenden Verhältnisse lassen eine nähere Betheiligung der Militair-Behörden an der Verwaltung der Hospital- und Sperr-Casse, des Reinhold'schen Legats und des Invalidenhauses zu Hameln wünschenswerth erscheinen.

Im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlaß des Finanz- und des Kriegs-Ministeriums vom 29. ten Januar 1868 und unter Berücksichtigung der mir von Euer Erlaucht über die Verhältnisse der in Rede stehenden Institute vorgelegten Berichte habe ich daher die am Schlusse der erstgedachten Erlasse vorbehaltenen Bestimmungen in beifolgender Ausfertigung aufstellen lassen. Euer Erlaucht wollen die Geneigtheit haben, solche der Verwaltungs-Commission der Hospital-Legat- und Stiftungs-Fonds zur Nachachtung mittheilen zu laßen.

Die unter 4 bezüglichen Vorlegung der Jahres-Rechnung und der Übersicht über den Zustand der Fonds enthaltene Bestimmung ist rückwirkend auf das Rechnungs-Jahr 1869 anzuwenden und wird daher die Verwaltungs-Commission dem General-Commando des 10ten Armee-Corps sobald als thunlich die entsprechenden Vorlagen zu machen haben.

Sollten im Uebrigen Bedenken gegen die in der anliegenden Zusammenstellung getroffenen Bestimmungen sich ergeben, so sehe ich über Erlaucht diesfälligen geneigten Aeußerungen ergebenst entgegen.

Der Kriegs- und Marine-Minister.

.....

An den Königlichen Ober-Präsidenten der Provinz Hannover, Herrn Grafen zu Stolberg-Werningerode. Erlaucht zu Hannover.

Anhang 33 (Hann. 74/Hameln Nr. 500)

General-Commando des
des 10. Armee-Corps.

Hannover, den 4ten
Februar 1888

An das Königliche Ober-Präsidium der Provinz Hannover hier.

Von dem Königlichen Kriegs-Ministerium ist die Frage angeregt worden, ob bei der verhältnismäßig sehr geringen Ausnutzung der Invaliden-Verpflegungs-Anstalt in Hameln nicht ein möglichst günstiger Verkauf des Grundstücks ins Auge zu fassen und die Zinsen des Erlöses zweckmäßiger der Hospital-Kasse aus welcher zur Zeit die Unterhaltungskosten der Anstalt bestritten werden, zu Überweisen sein möchten, da diese dann im Stande sein würde den vielseitigen fortgesetzt an sie herantretenden dringenden Anforderungen besser wie bisher zu genügen.

Das General-Commando würde sich in der Lage befinden, nach Anhörung der Verwaltung der Hospital-Legat- und Stiftungs-Fonds seinerseits den intendierten Verkauf zu befürworten, beehrt sich indessen zu vor ganz ergebenst anzufragen, ob seitens des Königlichen Ober-Präsidiums hiergegen irgend welche Bedenken bestehen oder besondere anderweite Vorschläge zu machen sind.

Eine sehr gefällige baldmöglichste Rückantwort würde das General-Commando mit besonderem Danke erkennen, da auch seitens des Königlichen Kriegs-Ministeriums auf eine baldige Erledigung der Rückfrage Werth gelegt ist. Von Seiten des General-Commandos.
Der Chef des Generalstabes.

Anhang 34 (Hann. 74/Hameln Nr. 500)

Der Regierungs-Präsident Hannover, den 10. Juli 1888

Betrifft Invaliden Verpflegungs Anstalt
in Hameln

Unter Rückreichung der mit der nebenbezeichneten Br.
manu Verfügung übersandten Antrag berichte ich gehorsamst,
daß meinerseits dem vom Königlichen Kriegsministerium
ins Auge gefaßten Ankauf des Invalidenhauses in Hameln
Bedenken nicht entgegenstehen, ich auch besondere Vor-
schläge für anderweitige Veruendung des Hauses nicht
zu machen habe und bemerke nur, daß meines Erachtens
die Stadt Hameln möglicher Weise an dem Ankaufe des-
selben insofern ein besonderes Interesse haben könnte,
als dasselbe sich zur Errichtung eines Krankenhauses,
dessen Neubau seit Jahren geplant wird, voraussichtlich
wohl eignen dürfte.
Der Regierungs-Präsident
v. Cranach

Anhang 35 (Hann. 74/Hameln Nr. 500)

An das Königl. General-Commando Hannover, den 15.
des 10. Armee-Corps Februar 1888
hier.

Cito!

Dem pp. beehre ich mich auf das gefällige Schr.v.
4.d.Mts. - Fact IV a No 7112/87- ganz ergebenst zu
erwidern, daß meinerseits zugunsten vom Kgl. Kriegs-
Ministerium ins Auge gefaßten Verkauf des Grundstücks
der Invaliden-Verpflegungs-Anstalt in Hameln keine Be-
denken geltend zu machen sind.

Hierbei unterlasse ich nicht ganz ergebenst zu bemerken,
daß nach einem Berichte des Herrn Regierungs-Präsidenten
hieselbst vielleicht die Stadt Hameln von dem Ankaufe
des Grundstücks ein besonderes Interesse haben könnte,
da dasselbe zur Errichtung eines seit Jahren geplanten
neuen Krankenhauses voraussichtlich sich eignen dürfte.

Der Ober-Präs. M.G.R.

Anhang 36 (Hann. 74/Hameln Nr. 500)

Berlin, den 13.5.90

Dem Königlichen General-Kommando beehrt sich das De-
partement die mit Genehmigungsvermerk versehenen Ha-
benausfertigungen der unterm 12.v.M. eingesandten Ver-

zeichnisse, enthaltend Anträge auf laufende und einmalige Unterstützungen aus der Hannoverschen Hospitalkasse, mit dem Anheimstellen der weiteren Veranlassung ganz ergebnis zurückzusenden.

Das Departement glaubt der Zustimmung des Königlichen General-Kommandos versichert zu sein, wenn für die Bewilligungen aus der vorgenannten Kasse innerhalb der kriegsministeriellen Bestimmungen vom 13. Februar 1869 - 245.1.69.A.f.J. im Allgemeinen dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen, welche bei Bewilligungen aus den übrigen Unterstützungsfonds der Militärverwaltung beobachtet werden. Wenn auch dieseitherigen, den Hospitalfonds betreffenden Abweichungen von den letzteren Grundsätzen diesseits nicht beanstandet worden sind, so haben diese Abweichungen doch zu dem Bedenken Anlaß gegeben, daß dadurch Bezugnahmen hervorgerufen werden können, deren Ablehnung leicht den Glauben unberechtigter Bevorzugung Einzelner erzeugen, deren allgemeine Berücksichtigung aber wegen Mangels ausreichender Mittel nicht angängig sein würde. Obgleich der Hospitalfonds durch den Verkauf der Invaliden-Verpflegungsanstalt in Hameln von den erheblichen Unterhaltungskosten der letzteren fortan entlastet ist, so daß dieser Betrag wie bereits in dem diesseitigen Schreiben vom 17. Februar d.J. 1016.2.90.C.2. hervorgehoben, schon von dem laufenden Rechnungsjahre ab zu Bewilligungen für die Oberklassen mit verwendet werden kann, so stehen doch die Mittel immer noch nicht zu der Zahl der Unterstützungsbedürftigen, welche das nächste Anrecht auf den Hospitalfonds haben, in einem angemessenen Verhältnis. Zur Erreichung der Absicht, die Beihilfen, für diese in erster Linie berechtigten Personen in der Höhe bemessen zu können, daß der Nothstand der Unterstützungs-Empfänger möglichst beseitigt, wenigstens aber in fühlbarer Weise vermindert wird, würde es beitragen, wenn künftig bei der Prüfung der Anträge und der bezüglichen Vorschläge auch auf folgende Punkte besonders Bedacht genommen würde, ohne daß jedoch eine Aufhebung der Kürzung der seitherigen entgegenstehenden Bewilligung für solange einzutreten hätte, als die hierfür maßgebend gewesenen Gründe noch fort dauern:

1. Wenn nicht ganz besonders schwerwiegende Umstände eine Ausnahme bedingen, würde den Wittwen der Offiziere, Militärärzte und Beamte der Militärverwaltung, welche sich mit ihren Ehemännern erst im Pensionsverhältnisse der letzteren verheiratet haben, ebensowenig ein Anspruch auf Unterstützung aus der Hospitalkasse zuzuerkennen sein, als denjenigen Wittwen, deren Ehemänner zuletzt im Dienste der Civilverwaltung gestanden haben, so daß dieser auch die Sorge für die Hinterbliebenen obliegt.

2. Ein Anspruch wäre ferner grundsätzlich nicht zuzugestehen denjenigen Töchtern verstorbener Offiziere pp., welche mit Civilpersonen verheirathet sind, bezu. zuletzt verheirathet waren, sowie den der Ausbildungszeit entwachsenen, erwerbsfähigen Söhnen verstorbener Offiziere pp.

3. Es würde endlich den Verhältnissen entsprechen, wenn bei Festsetzung des Unterstützungsbetrages für die Wittwen und Kinder verstorbener Offiziere pp. auch der Dienstrang des Gatten bzw. Vaters mit in Betracht gezogen würde.

Um bei der Bewilligung einmaliger Unterstützungen sich nicht Beschränkungen auferlegen zu müssen, welche eine hinreichende Hülfleistung in den betreffenden Fällen ausschließen, befürwortet das Departement, von den verwenbaren Mitteln der Hospitalkasse nicht mehr als zwei Drittel für laufende Unterstützungen festzulegen.

Dem königlichen General-Kommando darf das Departement hiernach die geneigte weitere Veranlassung ganz ergebenst anheimstellen.
gez. von Spitz

An Königliches General-Kommando X. Armee-Korps
Hannover.

6. Literaturverzeichnis

Bazin, Germain: Paläste des Glaubens, (Kapitel: Veteranen hinter Mauern) München 1980.

Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden. Wiesbaden 1966 ff.

Colshorn, Carl-Hermann: Die Hospitalkassen der Hann. Armee. (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens. Bd. 77, Hildesheim 1970.

Deichert, H.: Geschichte des Medizinalwesens im Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover. Hannover und Leipzig 1908 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens Bd. 26)

Delbrück, Hans: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte. Bd. 4, Berlin 1920.

Garrison, F.H.: Notes of the History of Military Medicine. Washington 1922, Reprint Hildesheim - New York 1970.

Hamelnsche Anzeigen von 1861.

von Justi, Johann Heinrich Gottlieb: Staatswirtschaft oder Systematische Abhandlung aller Oekonomischen und Cameralwissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden. T. 1, Leipzig 1758.

Kunstdenkmäler der Provinz Hannover III Reg.-Bez. Lüneburg. H 5 Stadt Celle, Hannover 1937.

von Ludewig, Johann Peter: Das Recht der Invalidenhäuser. Frankfurt und Leipzig 1707.

Müller, I. und Püschel E.: Die "Sanitätskiste", Cista militaris oder "Feldkast" des Wilhelm Fabry aus Hilden (1560-1634). In: Deutsche Apotheker-Zeitung 113. Jg. Nrn. 4, 5 und 9.

Niemeyer, P.: Vom Hamelner Invalidenhaus zum Krankenhaus an der Weser. Wie das Königreich Hannover für die ausgedienten Soldaten sorgte. In: Feierabend an der Weser Nr. 19, 22. Mai 1976.

von Ullrich, - Geschichte des Berliner Invalidenhauses. Beiheft zum Militär-Wochenblatt 8-10. Heft. Berlin: E.S. Mittler u. Sohn, 1885.

Papke, Gerhard: Militärgeschichtliches Forschungsamt. Handbuch zur Deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Bd. 1 Militärgeschichte des Absolutismus 1648-1789, München 1979.

Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. Würzburg, 28. Aufl., 1957.

Schöne, Albrecht (Hrsg.): Das Zeitalter des Barock. Texte und Zeugnisse. München 1963.

Staats- und Adreßkalender für das Königreich Hannover, 1964, Zs I 89.

von Sichert, Louis: Geschichte der Königlich-Hannoverschen Armee. Hannover 1937, Bd. 2.

Sämtliche Quellen aus den Archiven in Hannover, Celle, Braunschweig und Hameln wurden im Kapitel 5 "Akten in Abschrift" unter ihren entsprechenden Signaturen mitgeteilt.

Danksagung

Diese Arbeit wurde von Herrn Prof. Dr. med. habil. F. Büschel angeregt und betreut. Hierfür und für wertvolle Hinweise möchte ich ihm an dieser Stelle besonders herzlich danken.

Ferner danke ich den Leitungen der Stadtarchive Hameln und Celle sowie der Verwaltung des Krankenhauses des Kreises Hameln-Pyrmont, weiterhin der Leitung des Hauptstaatsarchivs Hannover für die Bereitstellung der notwendigen Archivalien.

Lebenslauf

Ich wurde am 3. 9. 1943 in Braunschweig geboren. Auf Wunsch meiner Eltern, Fritz und Cäcilie von Mallek, begann ich nach Beendigung meiner Schulzeit im Jahre 1961 eine kaufmännische Ausbildung, die ich 3 Jahre später abschloß. Im Anschluß an den Wehrdienst ging ich bis 1971 ins Ausland. Zunächst nach Barcelona, wo ich an der dortigen Universität die Fächer spanische Literatur und - Sprache belegte. 1967 bestand ich das Examen in spanischer Sprache, 1971 in England das Examen für das Diplom in englischer Sprache und englischer Literatur der Universität Cambridge.

Nach einer 5jährigen Tätigkeit in einem internationalen Chemiekonzern begann ich im WS 1976/77 das Studium der Medizin an der Ruhr-Universität in Bochum. Nach dem Physikum ging ich 1978 nach Essen. 1980 legte ich den ersten, im März 1982 den zweiten Abschnitt des Staatsexamens ab.

Meine praktische Ausbildung erfolgt z.Z. am St. Elisabeth-Krankenhaus in Essen.

